DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

281 25. JAHRGANG Februar 2008 4,50 €

AUS DEM INHALT:

MEDIEN

Wenn es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Rotlichtmilieu tätigen Frauen geht, weiß Redakteurin Juanita Rosina Henning, dann ist das ein Thema für »La Muchacha«, Deutschlands einziger Prostituiertenzeitung, die vom gemeinnützigen Frankfurter Verein »Doña Carmen« herausgegeben wird. Seite 3

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Unser Diskussionsbeitrag von Judith Dellheim wirbt dafür, Solidarische Ökonomie mit linken politischen Strategien und gesellschaftspolitischen Reformalternativen zu verbinden. Er fragt, wie Menschen ermutigt werden können, gemeinsam mit anderen ihre Alltagsprobleme zu mildern und zugleich für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einzutreten. Seite 4

GRUNDEINKOMMEN

Die Idee eines Grundeinkommens ist vor allem durch die Vorschläge des Chefs der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, in der Gesellschaft angekommen. Er bezieht sich dabei auf die Anthroposophie Rudolf Steiners, wie Kovce und Uhlenhoff in der Januarausgabe der CONTRASTE dargelegt haben. Nachdem Waldorfschulen, anthroposophische Medizin und anthroposophisches Bankwesen sich in Nischen etablieren konnten, nun also ein gesamtgesellschaftliches Konzept auf Basis der anthroposophischen Lehre. Ein Debattenbeitrag von Elisabeth Voß zu Götz Werners antroposophischer Steuerreform auf Seite 5.

GEMEINSCHAFTEN

»Je länger ich in Twin Oaks lebe, desto mehr fällt mir auf, dass wir, obwohl wir uns als Kommune begreifen, ja auch ein 100-Seelen-Dorf sind und Ähnlichkeiten mit Dörfern überall auf der Welt haben. Es gibt hier den Dorf-Apotheker, den Dorf-Schreiner und so weiter. Und wir haben auch unsere eigenen Twin Oaks-Sitten entwickelt – Rituale und Zeremonien, die nur in unserem Dorf-Leben vorkommen, inbegriffen. Dank dem Organisationstalent eines Mitglieds – unseres Festmanagers – feiern wir stilvoll übers ganze Jahr«, so Autorin Valerie Livingwater, Twin Oaks auf Seite 11.

SONNENSTADT JEVER EG

Mitte 2007 wurde in Jever die 1. Bürger-Photovoltaik-Genossenschaft im Weser-Ems-Gebiet initiiert. Damit haben die Bewohner der Stadt Jever im Rahmen eines Pilotprojektes der neu gegründeten Genossenschaft »Sonnenstadt Jever« erstmals die Gelegenheit, sich aktiv am Umweltschutz zu beteiligen und gleichzeitig eine vergleichsweise gute Rendite zu erzielen. Nach einem gelungenen Start in Jever soll das Genossenschaftsmodell auf andere Kommunen im Jeverland übertragen werden. Seite 13

www.contraste.org

JUGEND & JUGENDKULTUREN ZWISCHEN RECHTSEXTREMISMUS, ANPASSUNG & EMANZIPATION

Fuck the System ?

– Versuch einer Einführung in ein endloses Thema

Jugend hat in der europäischen Geschichte immer schon bewegt: Vor allem die, die nicht mehr jugendlich waren. Die Erwachsenen. Sie vergötterten die Schönheit der Jugend, ihre Vitalität; und sie verdammten die aufmüpfige Jugend, die keine Tugenden mehr lebte, frech und verkommen war. So geschehen bereits im alten Rom, zu Zeiten des Catilina.

Quelle: Kulturpolitische Mitteilungen

Von Roman Schweidlenka ● Heute klagen wir – d.h. »unsere« Kreise – über eine meist unpolitische Jugend. Der PolitkerInnen einfach am Arsch vorbeigehen. Die sich viel weniger in politischen Parteien engagieren als in früheren Jahren. Wofür sie vermutlich auch gute Gründe haben. Aber war es in »unserer« Zeit, von 1968 aufwärts, denn »die« Jugend, die gegen den Vietnamkrieg demonstrierte, sich die Haare lang wachsen ließ, für eine freie Sexualität schwärmte und sich Kommunen und WGs zuwandte? Die neue Utopien, neue Weltbilder träumte und mit Lebensformen experimentierte, die die satte Spießerwelt zu Hassausbrüchen und Warnungen vor dem Untergang des Abendlandes motivierte? Für unsere viel beklagte Gegenwart möchte der Beitrag von Klaus Breuss Mut machen (auf Seite 7).

Nein, es waren, wenn ich mich recht zurück erinnere, nicht alle – einige waren es, die damals die Fahne der Rebellion und eines neuen freien Lebensgefühls engagiert voran trugen. Die meisten schliefen ihren burgeoisen Traum von Geld, heiler Kleinfamilie und Karriere. Und schon bald regte sich an den gesellschaftlichen Rändern die andere Partie: Die ersten jugendlich-rechten Unkenrufe quakten aus einem immer noch braunen Sumpf.

Sind nicht jene gar nicht so wenigen Jugendlichen, die sich der zur neuen Religion verklärten Leistungsneurose verweigern, die auf ihre Art aussteigen, die, wie ich immer wieder hören kann, erkannt haben, dass mit ehrlicher Arbeit keine/r begütert, wohlhabend oder gar reich wird, man damit bestenfalls (!) überleben kann, auf ihre Art politisch? Ihr »Fuck the System!« mag tiefgründiger sein als so manches brave, biedere Engagement in etablierten Parteistrukturen.

Und wenn wir von der Politikverdrossenheit der Jugend – eigentlich ist es eine PolitikerInnenverdrossenheit – klagen: Wie viele Erwachsene engagieren sich für Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit und nicht nur für ihren kleinen ängstlichen Vorteil? Viele PolitkerInnen zelebrieren, wie es der Soziologe Bernhard Heinzlmaier in seinem provokanten Beitrag »Jugend unter Druck« dargelegt hat, die Botschaft: Selbstinszenierung auf Events, die Sucht nach Medienpräsenz, Verrenkungen für Ego, Gier, Profit- und Machtbesessenheit. Inhalte? Klare Politische Programme? Die sind für viele Jugendliche kaum erkennbar. Sollen sie besser sein als die medial hoch gepuschten »Vorbilder«? Die moderne Sinn-Botschaft im Sinn der Mächtigen und Superreichen ist: Kümmere Dich brutal nur um Dich, Deinen Erfolg, Deine Karriere, sei unsolidarisch und scheiße auf die Anderen. Sei isoliert. Der Beitrag von Peter Scheibengraf (auf Seite 9) weist darauf hin. Mein Respekt gilt jenen Jugendlichen, die aus dieser neoliberalen Dunstglocke und menschenverachtenden Ideologie ausbrechen und neue, emanzipierte, solidarische, künstlerisch offene Wege und Ausdrucksmöglichkeiten suchen. Stellvertretend für viele: Raphaela Buschenreiter, mit einem Beitrag auf Seite 9 in dieser Ausgabe. Dazu gibt es auch ein Interview mit *Impuls Aussee* (auf Seite 8).

Es gibt nicht »die« Jugend. Die gab es schon 1968 und die Jahrhunderte davor nicht. Ein bäuerlicher Jugendlicher des 14. Jhdts. hatte herzlich wenig mit einem adeligen Spross gemeinsam. Heute ist die Zersplitterung in Szenen, Jugendkulturen und Cliquen unübersehbar. Ausgehend von dieser Tatsache kann und will die Schwerpunktnummer »Jugend« der CONTRASTE kein umfassendes analytisches Bild von Jugend bringen. Aber Streiflichter sind angesagt, Perspektiven von Jugendlichen, Jugendkulturen und JugendarbeiterInnen, bunt soll es sein und lebendig.

Einen Schwerpunkt bilden die rechten Jugendlichen. Das hat einen guten Grund. Es gibt bereits viel zu viele von ihnen. Und in viel zu vielen jugendlichen Köpfen spuken ewiggestrige braune gedankliche Vampire, die der Strom der Zeit und eine erfolgreiche (?) Demokratie eigentlich längst hätten wegspülen sollen.

Schlimm, dass rechte Horrorgestalten in etlichen Jugendkulturen ihr Unwesen treiben. Jugendkulturen waren und sind, wenn sie diese Bezeichnung verdienen, autonome, selbst entworfene Lebens- und Kulturentwürfe junger Menschen, die sie in kritischem Gegensatz zur Erwachsenenwelt, zur herrschenden Gesellschaft, zur etablierten Kunst und Kultur setz(t)en.

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

ANDALUSIEN: HUNGERSTREIK FÜR MENSCHENWÜRDIGE BEDINGUNGEN DER ERNTEHELFER

Bittere Oliven aus dem südspanischen Jaén

In Unterhosen trotzt Jesús Hidalgo mit einem Hungerstreik Wind, Regen und Kälte, um die Zustände in der Olivenernte anzugreifen. »Ich bin bereit zu sterben, damit diese Situation endlich beendet wird« (1).

Ralf Streck, indymedia ● Ans Kreuz geschlagen hat sich Jesús vor der Vertretung der spanischen Zentralregierung in der südspanischen Provinz Jaén, um auf die fatalen Bedingungen aufmerksam zu machen, denen Einwanderer als Helfer in der Olivenernte in Andalusien ausgesetzt sind.

Seit dem 14. Januar ist er im Hungerstreik, um die Politiker in den beheizten Büros hinter sich dazu zu bringen, den Tagelöhnern menschenwürdige Bedingungen zu verschaffen (2).

Jesús ist Mitglied der Gruppe »Queda la palabra« (Es bleibt das Wort), die mit anderen Menschenrechtsorganisationen und kleineren Gewerkschaften seinen Kampf unterstützen. Täglich steht er nun symbolisch gekreuzigt vor dem Regierungsgebäude. Er friert, seine Stimme zittert, seine Haut ist von der Kälte gerötet, doch er will seinen unbefristeten Hungerstreik so lange fortsetzen, bis die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Einwanderer verbessert wurden. Passanten kommen und bieten ihm ihre Jacken an: »Ich habe viele Einwanderer erlebt, die Schlimmeres erleiden müssen als ich hier«, lehnt er die Hilfe dankend ab. »Wenn sie mich ins Krankenhaus bringen, werde ich das Essen weiter verweigern und so schnell es geht zurückkehren«, kündigt er an.

Erfolglos hat er seit Jahren dafür gestritten, die Lage der Saisonarbeiter zu verbessern. In diesem Jahr sei sie vielleicht noch schlimmer als zuvor, erklärt er mir im Gespräch. Statt einer Unterkunft, müssen viele Erntehelfer die Nächte nach langen Arbeitstagen in den Straßen von Jaén, Úbeda oder Torredelcampo verbringen. Allein in Villanueva del Arobispo hausten mehr als 200 Menschen unter freiem Himmel, habe die Lokalpolizei bestätigt. Gäbe es Unterkünfte, seien sie viel zu klein, völlig unzureichend ausgestattet und die Menschen litten unter inhumanen Zuständen. Die Olivenernte ist nur ein Beispiel. Ob in Gewächshäusern von Almeria und Murcia oder in der bald beginnenden Erdbeerernte in Huelva, überall würden Menschen zu »Arbeitskräften« reduziert, die Misshandlungen, einer extremen Ausbeutung und Verletzungen von elementaren Rechten ausgesetzt seien.

Auch der Verfolgungsdruck auf Einwanderer ohne gültige Papiere habe zugenommen. Statt gegen die zum Teil sklavenähnlichen Bedingungen vorzugehen, würden die verfolgt und abgeschoben, denen keine Vergehen vorgeworfen werden. Er weist auf ein neues Urteil des Obersten Gerichtshofs hin. Der Aufenthalt ohne gültige Papiere ist nur eine Ordnungswidrigkeit und reiche nicht als Grund zur Abschiebung aus. Den großen Parteien, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen, die im Einwanderungsforum der sozialistischen Regionalregierung sitzen, wirft er Untätigkeit vor. Sie hätten keinen Willen, die »humanitäre Krise« von 5.000 bis 7.000 Menschen zu beseitigen, die sich jährlich für drei Monate in der Gegend aufhielten, klagt Jesús. Dazu kommt, dass rassistische und neofaschistische Übergriffe zunehmen: »Kürzlich haben 20 Personen in Torredelcampo einen Einwanderer gejagt und mit Schlägen auf den Kopf schwer verletzt«. (3)

Kleine Erfolge hat sein Hungerstreik schon gezeitigt. Die sozialistische Bürgermeisterin von Jaén hat sich offensichtlich nicht mehr getraut, die für den 15. Januar

Fortsetzung auf Seite 2

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Wer sich gegen Nazis wehrt, wird angeklagt

Ab 16. Januar 2008 wird in Erfurt der Ex-Sekretär von ver.di, Angelo Lucifero, vor Gericht stehen. Er hatte sich mit einer Schreckschusspistole gegen einen Angriff von Neonazis gewehrt. Der Vorfall ereignete sich im März 2007 während einer Demonstration gegen Sozialabbau in der Erfurter Innenstadt. Ein Block von knapp 50 Rechtsextremisten sei mit Kameradschafts- und NPD-Fahnen aufmarschiert und gegen bekannte Linke vorgegangen, berichteten Augenzeugen. Auch Lucifero habe einen Schlag auf den Rücken bekommen. Als er sich mit einer Schreckschusspistole wehrte, wurde der Gewerkschafter festgenommen. Statt über die Einschüchterungsversuche und die Angriffe der Neonazis zu berichten, setzte eine Medienkampagne gegen den Antifaschisten ein (Auszug aus http://ggr.blogsport.de).

Anti-Antifa-Infos von Polizei für politischen Prozess benutzt

In einem Gerichtsprozess am 6. Dezember trat ein Polizist als Zeuge gegen zwei wegen Nötigung angezeigte Personen auf. Dabei legte er dem Gericht einen Ausdruck einer »Anti-Antifa«-Internetseite vor. Der Beamte bestätigte, dass er und sein Kollege dieses Material vom Staatsschutz erhalten hätten, um die Angeklagten zu identifizieren. Dass die reguläre Polizei Nazigruppierungen ganz offiziell als Quelle benutzt, erregte Protest. Auf Nachfrage bei der mittelfränkischen Polizei räumte diese sogar ein, dass die Verwendung von Nazimaterial gängige Praxis bei Ermittlungen gegen Personen aus dem linken Spektrum sei. Das benannte Verfahren wurde eingestellt – wieweit aber in anderen Verfahren Naziquellen eine Rolle spielen, ist unbekannt. Mehr auf
http://de.indymedia.org/ 2007/12/203358.shtml.

Anklage wegen »Containern«

Zwei Studierende wurden angeklagt, weil sie beim Containern am Kaufland von der Polizei gestört wurden. »Containern« bedeutet das Durchsuchen der Mülltonnen von Supermärkten und anderen Läden, um verwertbare (Ex-)Waren zu finden. Das mehr auf Normierung abzielende, aber meist wenig sinnhafte Strafgesetzbuch regelt, dass auch Diebstahl vorliegt, wenn niemand zu Schaden kommt. Hausfriedensbruch ist das unbefugte Betreten aller Bereiche, die sichtbar dafür nicht vorgesehen sind – ebenfalls unabhängig davon, ob jemand zu Schaden kommt. Trotzdem waren Anklagen bislang selten, denn derartige Bagatellen werden oft eingestellt. Am 6. Dezember 2007 wurden in Tübingen aber zwei Personen genau deswegen angeklagt. Die kurzfristigen Öffentlichkeitsaktionen konnten zwar den Filialleiter des Kauflands nicht dazu bewegen, die Anzeige zurückzunehmen, sorgten aber zumindest für einen überfüllten Gerichtssaal. Die offensive Prozessführung mit zahlreichen Anträgen (z.B. zur Frage der Schadenshöhe) und Aktionen von Zuschauenden brachten die Verhandlung dorthin, wo sie hinsollte: Zur Einstellung. Damit ist zumindest dieser Versuch der Justiz, die Verfügbarkeit von Menschen im Arbeitsmarkt durch Entzug jeglicher Alternative des Überlebens gescheitert. Mehr unter
http://de.indymedia.org/ 2007/12/202357.shtml.

»BRD Bullenstaat« bleibt doch straffrei!

Immer wieder kommt es zu Konflikten vor Gerichten, die ihre Aufgabe ernst nehmen, gesellschaftliche Eliten auch als Ganzes vor Kritik in Schutz zu nehmen. Wer daher Militär, Polizei oder den ganzen Staat kritisiert, wird kaltgestellt, d.h. mit Verfahren überzogen. Sich bis zum Ende zu wehren, kann aber lohnen. Das zeigt ein aktuelles Beispiel: Nach Verurteilungen des Amtsgerichts Garmisch und des Landgerichts München folgte am 30.11., nach gewonnenem Revisionsantrag vor dem Oberlandesgericht München, ein Freispruch durch eine andere Kammer des Landgerichts München. Die Parole »BRD Bullenstaat, wir haben Dich zum Kotzen satt!« ist, so urteilt das LG München, kein »Beschimpfen« oder »böswilliges Verächtlichmachen« der BRD gemäß § 90a, dem Majestätsbeleidigungsparagraphen der BRD, sofern es sich um Kritik an oder Protest gegen konkrete Polizeimaßnahmen handelt. Das Urteil ergänzt die bisherige Rechtsprechung, z.B. des berühmten Verfassungsgerichtsurteils zu »Soldaten sind Mörder«. Dort wurde festgelegt, dass nur individuell zuordnungsbare Beleidigungen strafbar sind, also solche gegen eine einzelne Person oder eine klar umgrenzbare Gruppe. Nun ist auch die Frage der Verwendbarkeit jener Paragraphen, die den Staat gegen Kritik schützen sollen (und derer gibt es viele!), klarer geregelt.
Mehr unter
http://de.indymedia.org/ 2007/12/203251.shtml.

Ein Verfahren aus Gießen, bei dem eine Person für den Kreidespruch »Fuck the police« in allen Instanzen verurteilt wurde, hängt noch beim Bundesverfassungsgericht (www.fuckthepolice-forever.de.vu).

Polizei-Stalking

Eine Lüneburger Atomkraftgegnerin wurde im Vorfeld des Castortransportes 2006 tagelang von Spezialeinheiten der Polizei überwacht. Die Betroffene hat jetzt Klage gegen diese Maßnahme beim Verwaltungsgericht eingereicht. Es bestehen erhebliche Bedenken an der Gesetz- und Verfassungsmäßigkeit des angewandten Gesetzes. Gerügt wurde auch der Missbrauch des Gesetzes und von polizeilichen Dateien durch die Polizei. Die Anordnung und die Gefahrenprognose basieren nämlich nur auf ungeprüften polizeilichen Erkenntnissen von vorher eingeleiteten, eingestellten Ermittlungsverfahren zu Bagatelldelikten. Das Gesetz darf jedoch nur im Zusammenhang mit Straftaten von erheblicher Bedeutung nach §2 Abs. 10 SOG (Nds. Polizeigesetz) angewendet werden. Baumklettern dürfe aber wohl kaum eine Straftat erheblicher Bedeutung darstellen und ebenso wenig Straßentheater vor dem Zwischenlager Gorleben eine »bandenmäßige« Aktion im juristischen Sinne sein. Mehr unter
http://de.indymedia.org/ 2007/12/202639.shtml.

Gerichtete Ermittlungsarbeit

Ein besonders krass nach politischen Zielen ausgerichtetes Verhalten zeigte ein Staatsschützer im Prozess gegen einen Antifa in Berlin. Offenbar hatte er die Neonazizeugen in einem anderen Verfahren von vornherein als unglaubwürdig und deren Angaben als zweifelhaft eingeschätzt. Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, wenige Minuten später den zweifelhaften Aussagen derselben Belastungszeugin im Prozess gegen Matthias Z. Glauben zu schenken. Er konnte dem Gericht und der Verteidigung nicht erklären, warum er diese offenkundigen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Zeugin P. als Bearbeiter des Verfahrens nicht aktenkundig gemacht hatte. Zum Glück konnte die Widersprüchlichkeit öffentlich gemacht werden. Das Verfahren endete mit einem Freispruch. Mehr unter
http://de.indymedia.org/ 2007/12/202578.shtml.

Jörg Bergstedt

AKTION 2008

Spendenbereitschaft ungebrochen

Auch im Monat Januar 2008 gingen weitere 1.730 EUR auf unserem Spendenkonto ein. Seit Beginn unserer Spendenaktion im November sind bereits 5.681 EUR eingegangen. Nun benötigen wir für das Jahr 2008 noch 1.575 EUR, um auch dieses Jahr mit schwarzen Zahlen abschließen zu können. Das Zeitungsprojekt bedankt sich herzlich bei allen SpenderInnen und Fördermitgliedern!

Redaktion Heidelberg ● Im Monat Januar gab es zwei Neuabos und leider 7 Abokündigungen. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 136+ Neuabos, die wir benötigen, um wirtschaftlich arbeiten zu können.
Die Spenden im Januar:

- Matthias Leyendecker, Köln (5 EUR)
- Stephan Renger, Geldersheim (20 EUR)
- Werner Driehorst, Uslar (15 EUR)
- Gertrud Lehmann-Tremmel, Speyer (20 EUR)
- Gabriele Sonns, Stuttgart (30 EUR)
- Erasmus Schöfer, Köln (55 EUR)
- Felix Bartholl, Waal (500 EUR)
- Martin Esch, Köln (1.000 EUR)
- Volker Ruwisch, Dinkelhausen (20 EUR)
- Anz Demir, Köln (5 EUR)
- Claudia Helpert, Germersheim (5 EUR)
- Sabine Ellersick, Düsseldorf (55 EUR)

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ihre Rechnungen auch auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR und mehr betragen kann. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter
contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2008

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2008: 1.575 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 136+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

FORTSETZUNG VON SEITE 1

angekündigte Schließung einer Unterkunft mitten in der Erntezeit umzusetzen, in der fast 100 Erntehelfer übernachten. Jesús ist es auch gelungen, in direkten Kontakt mit den Verantwortlichen zu treten. Empfangen hat ihn der Vize-Direktor der Vertretung der Zentralregierung. Zum Treffen mit Fernando Calahorra nahm er eine Abordnung betroffener Einwanderer mit. Vertreter verschiedener Nationalitäten schilderten dem Regierungsvertreter direkt ihre Lage. Jesús bekräftigte gegenüber Calahorra die zentralen Forderungen: Menschenwürdige Unterbringung für alle Erntehelfer, Bezahlung nach Tarif, befristete Arbeitserlaubnisse und Stopp der Verhaftungen und Abschiebungen.

Bis die Forderungen erfüllt sind, will er seinen Hungerstreik fortsetzen, wenn nötig bis zur letzten Konsequenz. »Wir können nicht untätig gegenüber dem Schmerz anderer bleiben, wenn wir selbst fähig sind Schmerzen zu fühlen«, sagt er und ruft auch die Bevölkerung dazu auf, den Betroffenen Wohnungen oder Zimmer zu vermieten und rassistischen Übergriffen entgegen zu treten.●

1) www.dalealplay.com/informacionde contenido.php?con=78262
2) http://de.indymedia.org/2008/01/205622.shtml
3) http://de.indymedia.org/2008/01/204739.shtml

Infos zur Gruppe »Queda la palabra«:
www.egrupos.net/grupo/quedalapalabra/alta

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Danbert Nobacon and the Pine Valley Cosmonauts: The Library book of the world

Im Januar diesen Jahres war das *Chumbawamba*-Gründungsmitglied Danbert Nobacon (Keyboard, Gesang) solo auf Deutschlandtour und trat u.a. beim Konzert im Rahmen der alljährlich stattfindenden Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin auf. Er hat im vergangenen Jahr mit dem Album »The Library book of the world« knapp 22 Jahre nach seinem Debüt »we are seeing some fine pisseree all over the Stone Roses« sein zweites Soloalbum präsentiert. Seit 2005 ist er nach personellen Veränderungen in der rockenden *Kommune Chumbawamba* wieder auf Solopfaden unterwegs und versucht sich derzeit nebenbei als Schriftsteller. In melodiösen und eher ruhigen Tönen präsentiert er sich auf dem aktuellen Album mit viel hintersinnigem Witz und nachdenklichen Texten. Er selbst beschreibt das Album als ein theatralisches Konzeptalbum im Sinne eines Versuchs ein Buch zu schreiben. Seine fünfzehn Songs tragen dementsprechend Titel wie »Fossil Cigarette Burns«, »Nixon is My Dentist« oder »Rock'n'Roll Holy Wars« und handeln u.a. von den Folgen des Kapitalismus und der Klimaerwärmung. Musikalische Unterstützung hat er für das Album von der Band »The Pine Valley Cosmonauts« erhalten, die auch für andere Sänger der amerikanischen Rockszene aktiv sind. Trotz seines Folkeinschlags ist das Album eher ein Album, das den oder die HörerIn einlädt, sich die Zeit zu nehmen und über seine Aussagen nachzudenken, während er oder sie am Gläschen nippt. Danberts Nobacons markante Stimme fordert seinen Tribut in Form des intensiven Zuhörens – nicht nur in seiner eklatanten Aufforderung selber zu Handeln.

Es ist kein Album, was sich als Hintergrundbeschallung eignet – ebensowenig ist es die Musik, die eine volle Tanzfläche garantiert. Wer an dieses Album mit der Erwartung herantritt, einen Chumbawamba-esken, tanzbaren Musikstil geboten zu bekommen, wird enttäuscht sein. Die übereinstimmenden textlichen Ideen sind zwar unverkennbar, aber der Stil ist etwas eigenwillig. Das Album erinnert wegen der etwas rauchigen Stimme Nobacons teilweise an Jazz-Bands in verrauchten amerikanischen Clubs. Entweder das Album gefällt gut oder es gefällt überhaupt nicht. Zwischenstufen lässt es nicht zu.●

DJ Chaoz

Danbert Nobacon and the Pine Valley Cosmonauts: The Library book of the world (Bloodshot Records / EMI)
Weitere Informationen zu Danbert Nobacon:
www.danbertnobacon.com
& www.myspace.com/ danbertnobacon
Weitere Informationen über Chumbawamba:
www.chumba.com.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

DEUTSCHLANDS EINZIGE MEHRSPRACHIGE HURENZEITUNG: »LA MUCHACHA«

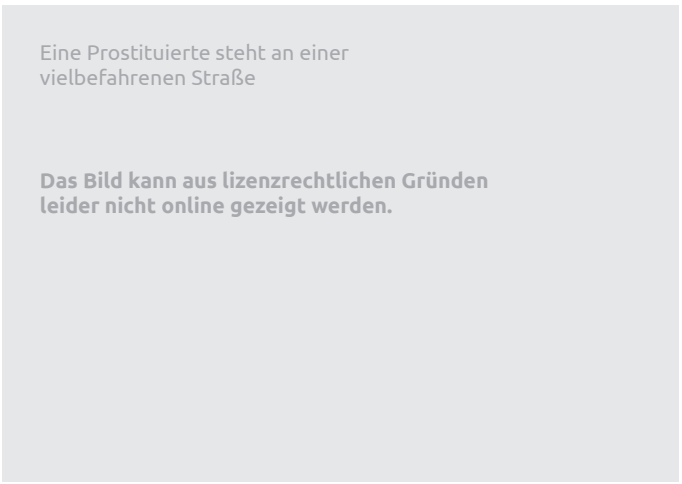
Branchenblatt klärt auf

Entgegen gängiger Klischees sind im Rotlichtmilieu von Frankfurt/Main nicht nur finstere Typen unterwegs: »Und es gehen mit der Frau Studenten, und auch Herr Zahnarzt Schmidt. Redakteure, Superintendenten, die nimmt sie alle mit«, so beschrieb Kurt Tucholsky einst die Geschäfte einer Hure in seinem »Lied von der Gleichgültigkeit«. Wenn es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der dort tätigen Frauen geht, weiß Redakteurin Juanita Rosina Henning, das ist ein Thema für »La Muchacha«.

Von Gitta Düperthal ● Deutschlands einzige Prostituiertenzeitung, sie erscheint in Deutsch und Spanisch, wendet sich an alle, die sich für die sozialen und politischen Rechte der Huren einsetzen und auch an die rund 1.000 Prostituierten selbst, die in den 26 Frankfurter Bordellen arbeiten. Herausgegeben wird »La Muchacha« gemeinsam von der Frankfurter Sozialarbeiterin Juanita Rosina Henning und anderen Mitgliedern des 1998 gegründeten gemeinnützigen Vereins »Doña Carmen«. Schlüpfrige kleine Milieustorys sucht man in der Zeitung vergebens. »La Muchacha« versteht sich als ernst zu nehmende Interessenvertretung des Berufsstandes.

Für einen Euro und eine kleine Spende erhalten die Prostituierten und alle, die sich für ihre Arbeit interessieren, nützliche Informationen. Zum Beispiel über die Pläne des Bundesfinanzministeriums, das sogenannte Düsseldorfer Verfahren zukünftig bundeseinheitlich einzuführen und den in der Prostitution tätigen Frauen täglich eine pauschale Steuervorauszahlung von 25 Euro abzuverlangen. Zu lesen ist ein Interview mit Bordellbesitzer Hako aus Ludwigsburg, der es seltsam findet, dass er als Vermieter vom Finanzamt genötigt werden könnte, Steuern von den Frauen einzutreiben. Und der noch nicht einmal eine Quittung dafür erhalten soll, dass er so und soviel tausend Euro abgeliefert hat. Oder der Call-Boy Marc konstatiert die Bildungsmisere im Sexbiz. Eine Ausbildung in »Liebe, Erotik, Sex« finde nicht statt. Er kritisiert, dass die Prostitution vom Nimbus umgeben sei, »allenfalls dort in letzter Not eine schnelle Mark machen« zu können. »Sexualität ist ein Menschenrecht und käufliche Sexdienstleistung ist eine Kulturleistung«, heißt es da. »Qualität braucht Kultivierung«, fordert er.

Das Branchenblatt setze sich dafür ein, die rechtliche und politische Situation der Frauen zu verbessern, die – so Hennings Analyse – von der Gesellschaft diskriminiert und stigmatisiert würden. Die Zeitungsmacherin will mit der herrschenden Doppelmoral aufräumen. Jeder müsse frei für sich entscheiden können, wie er seine Sexualität leben wolle. Für die Frauen sei es ein zusätzliches Problem, dass – zumindest offiziell – in unserem Kulturkreis Sex unabhängig von emotionaler Bindung tabu ist. Doch die rege Nachfrage nach dem Blatt in und außerhalb des Milieus zeige, dass es sich hierbei um überholte Klischeevorstellungen handele. Wenn Rosina Henning die Treppen in den Bordellen hinaufsteigt und die Zeitungen verteilt, sieht sie beim Heruntergehen die Frauen bereits auf ihren Betten sitzen und schmökern.●



Aus: junge Welt, 6.12.2007

MENSCHENHANDEL UND SEX ALS DIENSTLEISTUNG IN DEN MEDIEN

»Frauen haben auch das Recht auf Prostitution«

Über Menschenhandel und Sex als Dienstleistung wird in der Presse unseriös informiert. Ein Gespräch mit Juanita Rosina Henning. Sie ist Sprecherin des gemeinnützigen Frankfurter Vereins »Doña Carmen«, der sich für die Rechte der Prostituierten einsetzt.

Gitta Düperthal: *Sie finden die Art, wie die Medien über Menschenhandel und Prostitution berichten, überwiegend unsachlich, diskriminierend, journalistisch schlecht recherchiert – häufig sogar uninformiert. Sie selbst setzen sich seit mehr als einem Jahrzehnt für die Rechte der Prostituierten ein. Warum sind Sie wütend über die konventionelle Berichterstattung?*

Juanita Rosina Henning: In der Öffentlichkeit existiert ein völlig falsches Bild davon, was im deutschen Strafrecht unter Menschenhandel zu verstehen ist und was auch zur Strafverfolgung führt. Da herrscht Desinformation – häufig leider bereits bei den Berichterstattern selbst. Beispielsweise der Paragraph 233 Strafgesetzbuch »Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft«. Er spricht Migrantinnen hierzulande die Entscheidungsfreiheit ab, in prekären und untertariflich bezahlten Arbeitsverhältnissen zu arbeiten. Dabei geht es aber keineswegs darum, ihnen Rechte zu geben, damit sie sich etwa wehren könnten. Es geht vielmehr darum, sie zu kriminalisieren oder die Abschiebung vorzubereiten. Es reicht übrigens aus, Migrantinnen bei der Aufnahme einer prekären Arbeit behilflich zu sein, um als Menschenhändler verurteilt zu werden. Der Paragraph 232 StGB »Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung« spricht Prostituierten das Recht ab, Eigenverantwortung zu übernehmen, und entmündigt sie, indem sie so dargestellt werden, als ob sie alle nur verschleppt, missbraucht wurden und gegen ihren Willen in die Prostitution gekommen wären. Als strafrelevant wird hier gar nicht die Ausbeutung gewertet, sondern die vermeintliche »Ausnutzung« einer sogenannten auslandsspezifischen »Hilflosigkeit«.

Würden Sie sagen, Journalisten, die über Menschenhandel schreiben, sind einseitig informiert oder voreingenommen?

Viele Journalisten haben sich nicht kundig gemacht und unterschlagen die latent ausländerfeindliche Politik in bezug auf den Menschenhandel. Mit den Strafbestimmungen werden Polizeieinsätze und Kontrollen legitimiert. Man schreibt so die Migranten oder Prostituierten als vermeintliche Opfer fest und entwürdigt sie. Das Ziel ist weiter gehend. Auf diese Weise wird ein Überwachungsstaat legitimiert, in den die Zivilgesellschaft eingebunden ist. Unsere Argumentation bei »Doña Carmen« aber ist, dass hier Rassismus unter dem Deckmäntelchen des Humanitären eingeführt wird. Nicht ansatzweise geht es jedoch um humanitäre Hilfe, sondern vielmehr um Migrationsabwehr. Bedenklich ist, dass Nichtregierungsorganisationen zunehmend in die Kontrollen von Illegalen oder auch »Geduldeten« involviert sind. Wir sagen dazu: Es gibt keine humanitäre Abschiebung.

Warum lassen sich solche NGOs Ihrer Meinung nach vor diesen Karren spannen?

Wessen Geld ich bekomme, dessen Ideologie verbreite ich. Sie sind eingekauft. In den USA hat man bereits einen Namen dafür. Man spricht von Gongos, also »Government organised non-governmental organizations«, zu deutsch: von der Regierung organisierte Nichtregierungsorganisationen. Diese sollen mobilisiert werden, um Migrationsverhinderung und Abschottung an den Grenzen populär zu machen. Dabei macht man sich die Prostitutionsgegnerschaft vieler christlicher Organisationen zunutze: Die seinerzeit »gefallenen Mädchen« wurden ersetzt durch heutige »Opfer von Frauenhandel«. Im übrigen wurden die Migrantinnen von diesen Organisationen nie gefragt, ob sie von Kooperationspartnern der Polizei »gerettet« werden wollen.

Deren Argumentation lautet, sie wollten Frauen vor »sexueller Ausbeutung« schützen.

Man hat für alles eine Rechtfertigung. In Wirklichkeit geht es darum, die Trennung von Sexualität und Liebe zu diskreditieren und damit Prostitution in Frage zu stellen. Weiterhin wird auf tradierten moralischen Wertvorstellungen und Normen beharrt. Frauen müssen aber auch das Recht auf Prostitution haben. Wenn beispielsweise in Schuhfabriken Arbeitskräfte ausgebeutet werden, käme doch niemand auf die Idee, Schuhfabriken abzuschaffen. Und Gewalt in der Ehe ist für sich genommen noch kein Grund, deshalb die Institution der Ehe generell in Frage zu stellen.

Sie kritisieren, dass Zahlen über »Menschenhandel« von Medien oft willkürlich in die Höhe getrieben würden und aus der Luft gegriffen seien.

Ja, immer wieder werden dubiose Schätzungen und Dunkelziffern herangezogen, wenn es um das Thema Menschenhandel geht. Beispielsweise hat das United States Government Accountability Office, eine den amerikanischen Kongress beratende Regierungsbehörde, kritisiert, dass entsprechende Schätzungen nur von einer einzigen Person entwickelt worden sind. Diese hat ihre Arbeit nicht dokumentiert, weshalb deren Schätzungen nicht mehr vollständig nachvollzogen werden können! Die Person, die diese Zahlen dann verbreitet hat, war darüber hinaus dem Geheimdienst unterstellt. Solche unseriösen Zahlen über 600.000 bis 800.000 jährliche Opfer von Menschenhandel werden dann in der Presse kritiklos verbreitet.●

Das interview führte Gitta Düperthal

Aus: junge Welt, 6.12.2007

Hintergrund: Der Verein »Doña Carmen«

Der gemeinnützige Verein »Doña Carmen« in Frankfurt am Main setzt sich seit seiner Gründung 1998 für politische und soziale Rechte der Frauen in der Prostitution ein. Er hat neben seinen zehn aktiven Mitgliedern zahlreiche Fördermitglieder. Zu seinen Aufgaben gehört, über die Arbeitsbedingungen in der Prostitution aufzuklären. »Doña Carmen« geht es darum, mit Vorurteilen aufzuräumen und so den Abbau von rechtlichen und gesellschaftlichen Diskriminierungen der Frauen zu bewirken. »Wir sind im Gegensatz zu vielen anderen Organisationen vollständig unabhängig und weder vom Staat noch von den Kirchen gefördert. Dementsprechend müssen wir uns auch keiner der Ideologien unterordnen. Wir arbeiten grundsätzlich nicht mit der Polizei oder Staatsanwaltschaft zusammen. Auch das unterscheidet uns von christlichen oder staatlich geförderten Vereinen«, so Juanita Rosina Henning von »Doña Carmen«. Der Verein finanziert sich ausschließlich über private Spenden und Fördergelder. Diese werden aufgebracht von Frauen, die in der Prostitution arbeiten, und von anderen Personen, die die Ziele des Vereins unterstützenswert finden.

»Das neue Prostitutionsgesetz ist ein Flop, denn die 'Sittenwidrigkeit' wurde immer noch nicht abgeschafft. Ein zweiter Anlauf zur vollständigen Legalisierung ist insofern fällig. Prostitution muss als freiberufliche Tätigkeit anerkannt werden. Um diese Ziele zu erreichen, machen wir entsprechende Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit«, so Henning weiter. Es gehe dem Verein darum, dass Prostituierten keine Rechte mehr vorenthalten werden und sie die Belastung des Doppellebens, das sie aufgrund ihrer Diskriminierung führen müssen, aufgeben können. (gid)●

Weitere Informationen: www.donacarmen.de

Anzeige

Anzeige

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE SOLLTE FÜR »DIE LINKE.« EIN THEMA WERDEN

Fünf Überlegungen zu linken Strategien

Der Diskussionsbeitrag wirbt dafür, Solidarische Ökonomie mit linken politischen Strategien und gesellschaftspolitischen Reformalternativen zu verbinden. Er fragt, wie Menschen ermutigt werden können, gemeinsam mit anderen ihre Alltagsprobleme zu mildern und zugleich für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einzutreten.

Judith Dellheim ● Wie können Selbsthilfe, solidarisches Miteinander im konkreten Kollektiv und politisches Engagement zusammengebracht werden, um in der Gesellschaft Solidarität – insbesondere mit den sozial Schwächeren und Schwächsten – zu mehren, sie schrittweise zur Gemeinschaft sozial Gleicher und individuell Freier zu machen?

Werte und Prinzipien

»Solidarische Ökonomie« soll letztendlich helfen, das System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung grundsätzlich umzugestalten, weshalb ihre Ausgangspunkte die aktive Auseinandersetzung mit Armut, sozialer Ausgrenzung und (wachsenden) sozialen Spaltungen sind, mit der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, Kriegen, Konflikten und Militarisierung, mit Repressionen, schwindenden politischen Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten, mit der Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen.

»Solidarische Ökonomie« meint eine wirtschaftspolitische Denkrichtung und eine Wirtschaftsweise, in der genossenschaftliche Prinzipien und Werte gelebt bzw. angestrebt werden. Diese sollen zunehmend das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben beeinflussen und künftig bestimmen. Solidarische Ökonomie und demokratischer Sozialismus gehen also zusammen.

Ihre gemeinsame Geschichte beginnt mit den Kooperativprojekten der utopischen Sozialisten als doppelte Kritik an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung: wegen der Deformation menschlicher Schöpferkraft und wegen der Produktionsorganisation durch den Kapitalisten bzw. den Manager.

Mitte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts gab Marx mindestens vier Orientierungen, die für jene von Interesse sind, die der Genossenschaftsidee und der sozialistischen Vision anhängen: sich selbstorganisierten Projekten zuwenden und ihre Mitglieder für politische Bündnisse und Gesellschaftsveränderung gewinnen; derartige Projekte für eigenes Lernen und Selbsthilfe gründen, ihre Widersprüche sehen und ausnutzen; die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung als zusammengehörig stärken; Kooperativprojekten den Zugang zu wissenschaftlichem und technischem Fortschritt erleichtern.

»Wir anerkennen die Kooperativbewegung, als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft ... Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, dass das despotische und Armut hervorbringende System der *Unterjochung der Arbeit* unter das Kapital verdrängt werden kann durch das ... System der Assoziation von *freien und gleichen Produzenten*« (1). Marx sah den Kampf um Arbeitszeitverkürzung und die Genossenschaftsbewegung als gemeinsam zu praktizierende Einheit an, weil beide den Arbeitenden gewisse Freiräume eröffnen sollten.

Rosa Luxemburg hatte angemerkt, dass Gewerkschaften und Genossenschaften weder allein noch gemeinsam die Akteure für einen sozialistischen Gesellschaftswandel sein können. »Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein Zwitterding dar: eine im Kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausche«. Die Produktivgenossenschaft müsse als Unternehmen konkurrenzfähig sein, weshalb die Arbeiter/innen »sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen« hätten. Der Widerspruch wäre nur aufhebbar, wenn »sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert« (2).

Ambivalenzen erkennen

Rosa Luxemburg lässt die Schlussfolgerung zu, dass Genossenschaften eine Lokal- und Regionalentwicklung befördern können, die gegen die dominierende Wirtschaftsweise und -politik gerichtet ist. Sie könnte insbesondere Agrar- und Lebensmittelproduzenten zu Gute kommen.

Zweifellos ist das ein interessanter Ansatz für demokratische Globalisierungskritiker/innen. Diese sollten insbesondere die Politik der Europäischen Union genau analysieren. Einerseits wurden Dank EU gerade in Deutschland Entwicklungen möglich, die Solidarischer Ökonomie förderlich sein können. Sie hat erstens die Genossenschaft weitgehend »entideologisiert«, zweitens eine Modernisierung des völlig veralteten deutschen Genossenschaftsgesetzes erwirkt, drittens Best Practice-Erfahrungen ihrer Mitglieder propagiert und viertens genossenschaftliche Unternehmen zu Adressaten von europäischen Fördermitteln gemacht. Damit wurde viel gegen die Diskriminierung von Genossenschaften gegenüber anderen Unternehmensformen getan.

Andererseits gehen diese Tatsachen mit einer neoliberalen Politik einher, die kollektive Selbsthilfe in den Dienst forcierter Konkurrenz, Durchkommerzialisierung und Durchkapitalisierung der Gesellschaft stellt – ihres Umbaus in eine Gesellschaft, in der die/der Einzelne Unternehmer/in eigener Arbeitskraft und Daseinsvorsorge ist.

Herausforderungen ableiten

Solidarische Ökonomie als Teil des Wirtschaftens im Kapitalismus kann aus sich heraus den Kapitalismus nicht sprengen. Eher besteht die Gefahr, in diesen integriert zu werden. Solidarische Ökonomie ist ein Ausdruck der Grenzen und Widersprüche des Kapitalismus und zugleich ein Moment seiner angestrebten Überwindung. Ihre Akteure müssen in den Ambivalenzen von SELBSTorganisation und SELBSThilfe Handlungsmöglichkeiten aufspüren. Sie müssen politische Forderungen formulieren und um Kooperationen ringen, die zugleich konkrete Projekte erhalten und die Bedingungen dafür verbessern, dass genossenschaftliche Werte und Prinzipien gelebt werden können.

Selbstorganisation bzw. Selbsthilfe, Genossenschaften und genossenschaftliche Projekte sind nicht per se links, aber zumindest in dreifacher Hinsicht für linke Politik interessant: Wegen ihrer Akteure, des Potenzials zur Milderung und Lösung gesellschaftlicher Probleme und wegen der Wertschöpfungsprozesse, die zwar dem Finanzkapital zugute kommen können, sich aber sehr von dessen Reproduktionsweise unterscheiden.

Damit sind wichtige Herausforderungen verbunden: erstens Räume für alternatives Wirtschaften und Leben verteidigen, die nicht zuletzt mit BASEL II, den Internationalen Buchhaltungsstandards IAS und dem konzipierten GATS bedroht sind; zweitens gegen den antiemanzipativen Gebrauch kollektiver Selbsthilfe mobilisieren – der 3. Sektor hat sich bereits vielfach als Sphäre erweisen, in der Arbeitsverhältnisse prekarisiert werden und Repression wächst – Stichwort: »Ein-Euro-Jobs«; drittens Projekte kollektiver Selbsthilfe in die Solidarische Ökonomie »überführen«, d.h. sie als gesellschaftspolitische Partner/innen gewinnen.

»In quantitativer Hinsicht tragen Selbsthilfeprojekte wenig zur Überwindung der großen gesellschaftlichen Probleme bei: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und mangelnde soziale Versorgung. Entsprechend sind auch die Beiträge für eine eigenverantwortliche Gestaltung von Arbeits- und Lebenszusammenhängen gering. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend mit gesellschaftlicher Bedeutungslosigkeit. Selbsthilfeprojekte spielen vielmehr in zentralen Bereichen gesellschaftlicher Veränderungen und Auseinandersetzungen eine zunehmend wichtige Rolle«, resümierten vor fast 20 Jahren Heinz Bierbaum und Marlo Riege (3).

Transformatorische Projekte

Das emanzipative und transformatorische Potenzial von Selbsthilfeprojekten kann nur dann zunehmend erschlossen werden, wenn konsequente Kapitalismuskritik mit linker Reformpolitik verknüpft wird: Eine entwicklungsfähige Gesellschaft fördert die Selbstorganisation Betroffener, will zugleich durch diese lernen und solidarischer werden. Sie braucht ein demokratisches Bildungssystem, das Genossenschafter/innen bzw. Akteuren Solidarischer Ökonomie der traditionellen ökonomischen Aus- und Weiterbildung gleichgestellte Bildungsangebote bietet. Eine offene Gesellschaft lädt ihre Mitglieder ein, über Zukunftsfragen zu diskutieren, Lösungen für gesellschaftliche Probleme und Reformvorhaben vorzuschlagen, sich in gesellschaftspolitische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Die zukunftsfähige Gesellschaft setzt also kampffähige politische Allianzen voraus – ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Solidarischer Ökonomie, sozialen Bewegungen und linken politischen Organisationen. Dabei zeigt sich auch eine punktuelle Übereinstimmung mit den Interessen von regional agierenden kleinen und mittleren Unternehmen.

Tragfähige Bündnisse stützen sich auf gemeinsame Strategiearbeit und transformatorische Projekte. Deshalb drängten Bierbaum und Riege Gewerkschaften, sich stärker mit den internationalen Erfahrungen lokaler und regionaler Beschäftigungspolitik und so mit genossenschaftlichen Projekten zu befassen – »weil hier ein neues Feld von Arbeits- und sozialen Beziehungen entsteht« und »die Zielsetzung der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen eine Basis für prinzipiell gemeinsame, Konflikte jedoch keinesfalls ausschließende Interessenwahrnehmung [darstellt].« (4).

Diskussion internationalisieren

Seit 1989 haben sich die Bedingungen dafür, dass Gewerkschaften und Akteure der Solidarischen Ökonomie gemeinsam an Strategien für soziale und ökologische Entwicklungen arbeiten, zwar nicht unbedingt in Deutschland, aber in anderen Ländern verbessert. So zeigen Beispiele aus Brasilien, wie Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Verwaltungen, öffentliche Betriebe, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Vereine und Initiativen kooperieren, um mittels Genossenschaften gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorzugehen.

Wissenschaftliche und politische Debatten, die darauf gerichtet sind, das transformatorische Potenzial der Solidarischen Ökonomie zu erschließen, brauchen internationale Impulse. Sie kommen auch nicht umhin, Erfahrungen, die mit sozialistischen Versuchen in Ost- und Mitteleuropa verwoben sind, aufzunehmen. Sozialforumsprozesse sind bestens geeignet, überfällige Diskussionen zu führen. Das 2. Sozialforum in Deutschland bot Veranstaltungen zur Solidarischen Ökonomie in Ostdeutschland und in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Für eine Fortsetzung beim Europäischen Sozialforum 2008 ist gesorgt.●

Quellen:

1) Marx, Karl, 1962, Instruktionen für die Delegierten des Zentralrates. In: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Band 16, Berlin, Seite 195.
2) Luxemburg, Rosa, 1974, Sozialreform oder Revolution? Gesammelte Werke, Band 1, Erster Halbband, Berlin, Seite 417.
3) Bierbaum, Heinz, Riege, Marlo, 1989, Selbsthilfe Genossenschaften Vergesellschaftung. Der Beitrag von Selbsthilfe und neuen Genossenschaften für gesellschaftliche Reformpolitik, Hamburg, Seite 125.
4) ebda, Seite 139.

Anzeige

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. Berlin als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Filme gegen Deutschland

Der stumme Zwang – Das neueste Filmprojekt der Gruppe Slatan Dudow

Nicht nur die Hartz IV-Gesetze haben die Voraussetzung dafür geschaffen, dass in der Bundesrepublik ein auf Repression und Niedriglohn basierendes »Workfare-Regime« US-amerikanischer Prägung existiert. Doch gerade die Bundesagentur für Arbeit agiert mit Kernbegriffen wie »aktivierender Sozialstaat« und schafft damit ein auf Repression aufgebautes System von Arbeitszwang und Niedriglohn.

Als Projekt des Monats Februar stellen wir euch das Filmkollektiv »Gruppe Slatan Dudow« vor. Der Schwerpunkt ihrer filmisch-künstlerischen Arbeit liegt in der nicht-kommerziellen Realisierung von kleineren und größeren künstlerisch anspruchsvollen Filmprojekten, die sich kritisch mit dem Leben und Zusammenleben im Kapitalismus in unterschiedlichsten Facetten auseinander setzen. Am 8. Februar 2008 wird der aktuelle Kurzfilm des Kollektivs »Der stumme Zwang« voruraufgeführt. Die Aufführung findet um 20.00 Uhr im Filmsaal der Humboldt Universität Berlin statt. Thematisch passend zum Thema gibt es eine Lesung und anschließend eine Party im Cafe Krähenfuß.

Der Kurzfilm »Der stumme Zwang« ist ein politisch-agitatorischer Film, der versucht, auf surreale, kafkaeske Weise den internalisierten Zwang sichtbar zu machen, der die Menschen zur Arbeit treibt. Zugleich unterläuft der Film, der sich stilistisch am »Film Noir« orientiert, durch die Besetzung aller Hauptrollen mit Frauen die entsprechenden Genre- und Geschlechterstereotypen. Der aktuelle Film wurde in einem Kraftakt des Filmkollektivs »Gruppe Slatan Dudow« entwickelt und erstellt. Um die gewünschte künstlerische Wirkung zu erzielen, wurde eine komplette Wohnung gemeinsam leer geräumt, umgebaut und neu eingerichtet. Die Gruppe existiert seit dem Jahr 2002 und besteht aus StudentInnen und AbsolventInnen der Berliner Universitäten (HU, FU, UDK) sowie SchülerInnen der Ernst-Busch-Schauspielschule und des Europäischen Theaterinstituts.

Der Film soll in Berlin und weiteren Universitätsstädten einem politisch interessierten Publikum vorgeführt werden. Vorher soll der Film insbesondere auf Filmfestivals gezeigt werden um »einen einschlägigen politischen Kontrapunkt zu setzen«.

Vergangene Projekte des Filmkollektivs hatten eine große Resonanz. Mehr Informationen zu den einzelnen Filmprojekten findet ihr unter www.gruppeslatandudow.de.●

Klaus Eckert für Netzwerk Selbsthilfe e.V.

Der politische Förderfonds
NETZWERK
www.netzwerk-selbsthilfe.de

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

Grundeinkommensdebatte: Entgegnung auf Philip Kovce und Rahel Uhlenhoff (CONTRASTE 280, Januar 2008)

Götz Werners anthroposophische Steuerreform

Die Idee eines Grundeinkommens ist vor allem durch die Vorschläge des Chefs der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, in der Gesellschaft angekommen. Er bezieht sich dabei auf die Anthroposophie Rudolf Steiners, wie Kovce und Uhlenhoff in der Januarausgabe der CONTRASTE dargelegt haben. Nachdem Waldorfschulen, anthroposophische Medizin und anthroposophisches Bankwesen sich in Nischen etablieren konnten, nun also ein gesamtgesellschaftliches Konzept auf Basis der anthroposophischen Lehre.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Bereits im Frühjahr 1999 fand in Berlin ein Existenzgeld-Kongress statt, organisiert von F.e.l.S. (Für eine linke Strömung). Im Jahr 2000 erschienen zwei Bücher zum Thema: »Existenzgeld. Kontroversen und Positionen«, herausgegeben von Hans-Peter Krebs und Harald Rein im Verlag Westfälisches Dampfboot, und im AG SPAK Verlag »Existenzgeld für alle«, herausgegeben von der BAG-SHI (Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen). Das BAG-SHI-Konzept »Take half« (nimm die Hälfte), wonach jede Person ein ausreichend hohes, bedingungsloses Existenzgeld bekommen soll, das aus einer 50%igen Steuer auf alle Einkommen finanziert wird, wurde nie in größerem Rahmen diskutiert.

Alleinige Besteuerung des Konsums

Und nun kommt Götz Werner und schlägt vor, alle Steuern auf Einkommen abzuschaffen und stattdessen den Konsum zu besteuern. Er beruft sich dabei auf die Aussage des Wirtschaftsprüfers und Steuerberaters Benediktus Hardorp, eine Einnahmebesteuerung sei staatlich legitimierter Raub. So jammern alle UnternehmerInnen, die zwar gerne ein funktionierendes, steuerfinanziertes gesellschaftliches Umfeld für ihre Firma nutzen, selbst aber möglichst wenig zu dessen Finanzierung beitragen wollen.

Bei dem Grundeinkommensmodell des Unternehmers Götz Werner handelt es sich um ein klar interessengeleitetes Konzept. Was hat Rudolf Steiner (1861-1925) damit zu tun? Es klingt einfach naiv, wenn er schreibt: »... das Zeichen für viele Einnahmen (ist) eben, dass man viel ausgeben kann.« (*), oder man müsse »... das Kapital in dem Augenblick versteuern, in dem es in den Wirtschaftsprozess überführt [sprich: konsumiert, Anm. Kovce, Uhlenhoff] wird.« (*)

Eine Konsumsteuer zahlen Menschen in dem Maße, in dem sie konsumieren, nicht entsprechend ihres Einkommens. Arme müssen ihr gesamtes Einkommen für Konsum zum Lebensunterhalt einsetzen. Reiche konsumieren zwar mehr, aber vor allem investieren sie. Kapital wird nicht in den Wirtschaftsprozess überführt wenn konsumiert wird, sondern es steckt in den Produktionsmitteln und ermöglicht es, aus Geld mehr Geld zu machen, indem der Mehrwert aus der Arbeit anderer angeeignet wird.

Sämtliche Einkommen und Gewinne sollen unversteuert bleiben. Die Argumentation, dass nicht die Leistung besteuert und damit bestraft werden solle, ignoriert vollkommen, dass Gewinne nichts mit Leistung zu tun haben, und dass insbesondere hohe Einkommen in keinem nachvollziehbaren Verhältnis zu den erbrachten Leistungen stehen, insbesondere wenn sie mit schweren Arbeiten im Niedriglohnsektor verglichen werden.

Hinzu kommt, dass durch eine alleinige Konsumbesteuerung von jetzt 19 auf dann etwa 50 Prozent die Preise für Waren und Leistungen erhöht würden. Nur in sehr arbeitsintensiven Bereichen könnte dies durch die wegfallenden Sozialabgaben und Lohnsteuern kompensiert, evtl. sogar mit der Folge sinkender Preise überkompensiert werden, und das auch nur dann, wenn diese Einsparungen wirklich in die Preise eingerechnet würden. Während also auch höchste Einkommen unversteuert blieben, würde eine Konsumsteuer als einzig verbleibende Steuerart zu einer Verschiebung der Preisgefüge führen: menschliche Arbeit (z.B. Betreuung und Pflege) würde immer billiger, je mehr Investitionen und Materialkosten in ein Produkt eingehen, desto höher würden die Preise steigen (z.B. für technische Geräte, aber auch für technikbasierte ärztliche Leistungen). Die in diesen Konsumsegmenten steigenden Preise träfen vor allem Geringverdienende, auch wenn diese neue Einfachsteuer gestaffelt wäre.

Gefährdung der Demokratie

Eine Konsumsteuer bevorteilt also diejenigen, die große Teile ihres – nun unversteuert bleibenden – Einkommens investieren können, um daraus Gewinne zu ziehen, die sie wiederum investieren. Wenn Einkommensunterschiede bei der Besteuerung keine Rolle mehr spielen, öffnet sich die Schere zwischen denen da oben und uns hier unten noch mehr, als sie es ohnehin schon tut. Viel Geld führt nicht nur zu noch mehr Geld, sondern auch zu immer mehr Macht und Einfluss, und je größer die Unterschiede zwischen Arm und Reich, je gefährdeter ist die Demokratie.

Die Steinersche Begriffsverwirrung setzt sich fort in den Äußerungen von Götz Werner. Sowohl Einkommen als auch die Ausübung von Macht wird mit Konsum gleichgesetzt (vgl. Interview Steuerberater Magazin 01/2007, Seite 14):

Nehmen wir einen glatten Euro-Einkommensmillionär, der aktuell die Hälfte, also etwa 500.000 Euro, jährlich Steuern zahlt. Bei Ihrem System verkonsumiert er vielleicht brutto 200.000 Euro und zahlt bei einer Mehrwertsteuer von 100 Prozent nur noch 100.000 Euro. Ist das nicht unsozial?

Werner: Ich argumentiere jetzt mal anders herum: Nehmen Sie heute den Bezieher eines niedrigen Einkommens, der von der Hand in den Mund lebt. Der zahlt jetzt etwa die Hälfte seines Einkommens an Steuern, ohne seine Steuerlast richtig zu bemerken. Durch das Grundeinkommen würde er eher besser gestellt.

Ja, das seben wir auch – bei dem ändert sich nicht so viel. Aber beim Einkommensmillionär ...

Werner: ... wenn der ein Geizhals ist, nimmt er seinen Wohnsitz in einer Steueroase; der zahlt heute auch kaum Steuern! Die Leute, von denen wir zurzeit leben, das sind die Workaholics. Die arbeiten wie die Brunnenputzer von morgens bis abends, leben möglichst gesund, leisten sich kaum Urlaub. Und dabei scheffeln sie einen Haufen Geld, haben ein riesiges Nominaleinkommen. Real haben sie aber nur ein ganz kleines Einkommen, weil sie kaum Leistungen anderer in Anspruch nehmen. Das sind ganz arme Kerle. Die könnten sich viel leisten – tun es aber nicht. Sie tragen ihr ganzes Geld in irgendeine Anlage. Dort wird damit investiert und reale Leistungen erbracht. Sie selbst haben vom Schlemmerstandpunkt aus gesehen zunächst gar nichts davon. Aber sie sind zufrieden!

Der Einkommensmillionär hat aber, im Gegensatz zu anderen, die Wahl, wie er leben will, weil er die Mittel dazu zur Verfügung hat.

Werner: Jetzt sprechen Sie die Machtfrage an. Das ist in der Tat so – aber sobald er von dieser Macht Gebrauch macht, wird er besteuert. Das ist doch sehr fair!

Hardorp: Wir wollen die Welt ja nicht auf den Kopf stellen – im Gegenteil. Wir wollen die bestehende Welt verständlich und transparent machen, und zwar deren Wirtschaftskreisläufe und vor allem unser Steuerrecht!

www.unternimm-die-zukunft.de/Ausgewaehlte_Texte/Interview_Steuerberatermagazin.pdf

Abschaffung des Sozialstaats

Wenn zugunsten eines Grundeinkommens alle Sozialleistungen abgeschafft würden, wie sich das Werner und Hardorp vorstellen, würden die bereits heute nicht mehr vollständig paritätisch aufgeteilten Kosten der sozialen Sicherung zwischen Arbeitenden und Unternehmen endgültig auf die Arbeitenden abgewälzt. Damit wären wir in einer offen sozialdarwinistischen Gesellschaft angekommen. Unter dem Deckmäntelchen von Freiheit (vom Zwang zur Erwerbsarbeit) und Gleichheit (in der Verhandlung um den Anteil am Ergebnis der Wertschöpfung) würde die soziale Verantwortung der Gesellschaft gegenüber ihren Mitgliedern weitgehend aufgegeben. Jede und jeder müsste dann individuell mit dem Grundeinkommen in Höhe von 800 Euro – von dem dann auch noch Kranken- und Pflegekassenbeiträge zu zahlen wären – über die Runden kommen.

Steiner kritisierte sowohl Gewerkschaften als auch Genossenschaften, erfahren wir von Kovce und Uhlenhoff, und seine »... Idee vom dreigliedrigen sozialen Organismus stellt sich auf den Boden der Wirklichkeit und im Wirtschaftsleben auf den des Assoziationsprinzips...« (*). Mit der Wirklichkeit sind wohl die Gegensätze von Kapital und Arbeit gemeint, die nicht überwunden, sondern gestaltet werden sollen. Nach Steiners Vorstellungen sollen ArbeiterInnen als Gleichberechtigte den UnternehmerInnen ihre Leistung anbieten, mit diesen Assoziationen bilden und ihre Anteile am Ergebnis fair aushandeln. Das ist klassische liberale Wirtschaftstheorie, als gäbe es keine unterschiedliche Ausgangsbasis, von der aus die Beteiligten in solche Verhandlungen eintreten. Interessengegensätze aufgrund von Machtverhältnissen, Privateigentum an Produktionsmitteln und Unterschieden in der sozio-ökonomischen Situation kommen in diesem Weltbild nicht vor.

Götz Werner 2006 Foto: M. Herbst-Gompper

Grundeinkommen als Kombilohn

In freien Vereinbarungen, ohne die Einführung eines Mindestlohns, würde sich nicht eine gerechte Entlohnung für die Leistung der Arbeitenden durchsetzen, sondern statt dessen der Niedriglohnsektor weiter ausgedehnt werden, weil ja das Grundeinkommen nur noch aufgestockt werden bräuchte. Es würde also als flächendeckender Kombilohn wirken und die von den Unternehmen aufzubringenden Lohnkosten weiter senken. Da aber die Preise durch die Konsumsteuer teilweise steigen würden und es gleichzeitig keinerlei öffentliche soziale Leistungen mehr gäbe, würde der ökonomische Zwang zur Erwerbsarbeit zunehmen.

Ein ausreichend hohes Grundeinkommen, das aus einer Einkommensbesteuerung finanziert würde, in ein sozialstaatliches Umfeld eingebettet wäre und durch wirksame Mindestlohnregelungen nicht als Kombilohn missbraucht werden könnte, wäre eine gute Grundlage für eine Solidarische Ökonomie, die nicht nach Gewinnmaximierung, sondern nach größtmöglichem Nutzen für die Beteiligten strebt. Ohne Zwang zur Erwerbsarbeit könnten sich kreative Potentiale und menschliches Arbeitsvermögen entfalten. Die Ergebnisse würden sicher auch der kapitalistischen Produktion zugute kommen, zum einen durch Produkt- und Wissensentwicklungen, zum anderen durch bessere Leistungen aufgrund einer höheren Arbeitsmotivation bei freiwilliger Erwerbsarbeit. Einen Systembruch würde auch ein linkes Grundeinkommen nicht darstellen, aber die Entkoppelung von Lohn und Leistung wäre immerhin ein Ansatz einer Keimform für eine andere, nichtkapitalistische Welt. Und es könnte die Lebensverhältnisse vieler Menschen deutlich verbessern.

Wo bleibt der kritische Blick?

Eine Reform des Steuerwesens zur Konsum- statt Einkommensbesteuerung mit gleichzeitiger Abschaffung des Sozialstaats würde bestehende Ungleichheiten verschärfen. Im Modell von Werner und Hardorp scheint das Grundeinkommen nur noch eine flankierende Maßnahme zu sein, die vielleicht erst einmal die KritikerInnen ruhig stellen würde, aber es hätte nichts zu tun mit sozialer Gerechtigkeit oder solidarischer Ökonomie, oder mit dem, was sich linke Existenzgeld-AktivistInnen einmal vorgestellt haben.

Es sagt viel aus über den Zustand einer Gesellschaft und ihrer Medien, wenn in einer Situation von zunehmender Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerechnet so eine unsoziale Variante eines Grundeinkommens Verbreitung und zunehmende Akzeptanz findet. Das ist für mich ein Beispiel für die heute so typische politische Naivität. Weder wird die Interessenlage von Götz Werner reflektiert, noch der eigene Klassenstandpunkt wahrgenommen. Alle Menschen werden zu UnternehmerInnen, und wo es keine Interessengegensätze mehr gibt, geht es scheinbar nur noch darum, Sachfragen zu klären.

Hardorp sagt es ganz deutlich: »Wir wollen die Welt ja nicht auf den Kopf stellen – im Gegenteil. Wir wollen die bestehende Welt verständlich und transparent machen...« (Steuerberater Magazin). Auch wenn es etwas altmodisch ist, möchte ich dem ein schönes Zitat von Karl Marx entgegen setzen: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern«. Ich hoffe, dass sich nicht zu viele Menschen vom Drogisten einseifen lassen.●

*) Zitiert nach Kovce / Uhlenhoff

O-Ton Götz Werner und Benediktus Hardorp

Auszug aus einem Interview mit Götz Werner und Benediktus Hardorp (Steuerberater Magazin 01/2007, Seite 14):

Nehmen wir einen glatten Euro-Einkommensmillionär, der aktuell die Hälfte, also etwa 500.000 Euro, jährlich Steuern zahlt. Bei Ihrem System verkonsumiert er vielleicht brutto 200.000 Euro und zahlt bei einer Mehrwertsteuer von 100 Prozent nur noch 100.000 Euro. Ist das nicht unsozial?

Werner: Ich argumentiere jetzt mal anders herum: Nehmen Sie heute den Bezieher eines niedrigen Einkommens, der von der Hand in den Mund lebt. Der zahlt jetzt etwa die Hälfte seines Einkommens an Steuern, ohne seine Steuerlast richtig zu bemerken. Durch das Grundeinkommen würde er eher besser gestellt.

Ja, das seben wir auch – bei dem ändert sich nicht so viel. Aber beim Einkommensmillionär ...

Werner: ... wenn der ein Geizhals ist, nimmt er seinen Wohnsitz in einer Steueroase; der zahlt heute auch kaum Steuern! Die Leute, von denen wir zurzeit leben, das sind die Workaholics. Die arbeiten wie die Brunnenputzer von morgens bis abends, leben möglichst gesund, leisten sich kaum Urlaub. Und dabei scheffeln sie einen Haufen Geld, haben ein riesiges Nominaleinkommen. Real haben sie aber nur ein ganz kleines Einkommen, weil sie kaum Leistungen anderer in Anspruch nehmen. Das sind ganz arme Kerle. Die könnten sich viel leisten – tun es aber nicht. Sie tragen ihr ganzes Geld in irgendeine Anlage. Dort wird damit investiert und reale Leistungen erbracht. Sie selbst haben vom Schlemmerstandpunkt aus gesehen zunächst gar nichts davon. Aber sie sind zufrieden!

Der Einkommensmillionär hat aber, im Gegensatz zu anderen, die Wahl, wie er leben will, weil er die Mittel dazu zur Verfügung hat.

Werner: Jetzt sprechen Sie die Machtfrage an. Das ist in der Tat so – aber sobald er von dieser Macht Gebrauch macht, wird er besteuert. Das ist doch sehr fair!

Hardorp: Wir wollen die Welt ja nicht auf den Kopf stellen – im Gegenteil. Wir wollen die bestehende Welt verständlich und transparent machen, und zwar deren Wirtschaftskreisläufe und vor allem unser Steuerrecht!

www.unternimm-die-zukunft.de/Ausgewaehlte_Texte/Interview_Steuerberatermagazin.pdf

Grundeinkommen und Mehrwertsteuer

In der Schweiz vertreten Daniel Häni und Enno Schmidt (Gründer des Schweizer Netzwerk Grundeinkommen) etwa dieselben Ideen wie Götz Werner. Zur Finanzierungsdebatte gibt es zwei aufschlussreiche Beiträge im Labournet:

Schmidt / Häni: In den reifen Apfel beißen. Warum eine ausschließliche Besteuerung erst beim Konsum sinnvoll und wirklichkeitsgemäß ist.

Streckeisen: Das Grundeinkommen über die Mehrwertsteuer finanzieren? Kritische Notiz zur »Latte-Macchiato-These« von Daniel Häni und Enno Schmidt.
Peter Streckeisen ist Soziologe an der Uni Basel und Mitglied von Attac Schweiz.

www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/allgemein.html

Die vielen Gesichter der Anthroposophie

Die einen kritisieren die Anthroposophie als antisemitisch und rassistisch oder halten sie für eine hierarchische Sekte. Für andere bietet sie wertvolle pädagogische und medizinische Alternativen, und auch linke Projekte nutzen die Finanzierungsangebote der anthroposophischen GLS-Bank. Zweifellos spielen anthroposophische Ansätze eine Rolle in der Solidarischen Ökonomie.
Hier ein paar ausgewählte Internetangebote:
GLS-Bank: www.gls.de
Rudolf Steiners Originaltexte:
www.anthroposophie.net
Kritische Auseinandersetzung:
http://rudolf-steiner.blogspot.com
Kleine, feine Link-Sammlung:
www.bipomat.de/waldorf/linx/linx.html

Anzeige

1968 – CHIFFRE FÜR VIELE ERSCHEINUNGEN

1968 – Deutungen und Folgen

In der medialen Öffentlichkeit erscheinen heute das Jahr 1968 und seine Jahrestage als so weit entfernt, dass sich nicht nur um die Kommune I und ihre Helden, sondern sogar um die gesamte Rebellion herum eine ebenso florierende wie harmlose Erinnerungsindustrie entwickeln konnte. Gleichzeitig, so zumindest unsere These, sind viele gesellschaftlichen Debatten und eine zeitgemäße politische Analyse der heutigen Verhältnisse ohne eine Befassung mit »1968« nicht zu verstehen bzw. zu leisten. Welche Brüche und Verbindungslinien sind in diesem Zusammenhang wichtig, was bedeuten die »1968er Jahre« für heute, aber auch: Was bedeutet die aktuelle gesellschaftliche Situation für die Rezeption und Historiografie dieser »globalen Revolution«?

Von Peter Birke und Bernd Hüttner ● In einem Vortrag aus dem Jahre 1988 betont Immanuel Wallerstein, dass die Sozialproteste um 1968 zwei wichtige Elemente enthalten: Einerseits kommt es zu einem global sich artikulierenden Bruch mit den Vergesellschaftungsformen des modernen Kapitalismus, andererseits zu einem grundlegenden Konflikt zwischen der »alten« Arbeiterbewegungs-Linken und ihrer an einer Eroberung der Staatsmacht orientierten Praxen und einer »neuen«, informellen, auf Selbstorganisation und Selbstverwaltung setzenden Linken. Die Frage, wie sich dieser Konflikt zwischen alter, an einer Eroberung der Staatsmacht orientierter und »neuer« Linker vermittelt, ist unseres Erachtens völlig offen. Fest steht aber, dass die schematische Polarisierung zwischen den zwei Politikformen, die sich hinter den Schlagworten »alt« und »neu« verbirgt, aktuell an vielen Punkten aufbricht. Nicht zuletzt wäre sowohl für die »neue« oder auch die »radikale Linke« heute, zu prüfen, wie sie sich zur Tradition, Aktualität und Uneingelöstheit der »globalen Revolution« in den »langen 1968er Jahren« zwischen 1967 und 1973 stellt.

Deutungen

»1968« wird als Chiffre für viele Erscheinungen benutzt. Da ist im globalen Norden eine Revolte gegen die Disziplinargesellschaft, also gegen Fließband, Kleinfamilie und »Massengesellschaft«. Viele, die damals revoltierten und protestierten, trieb der Wunsch nach Befreiung, nach weniger gesellschaftlichen Zwängen und politischem Muff. In einigen der realsozialistischen Länder war die Reform des Sozialismus durch mehr kulturelle Liberalität, betriebliche Selbstverwaltung wie auch durch innerparteiliche Demokratie umkämpft. Aus heutiger Warte wird »1968« als letzte und gleichwohl vertane Chance für einen demokratischen Sozialismus angesehen, die auch zur Schaffung von mehr dringend benötigter ökonomischer Effizienz hätte dienen können.

Es gibt verschiedene Deutungen der Ereignisse rund um »1968«. Eine ist, dass die Proteste um »1968« in den strukturellen Wandel der westeuropäischen Gesellschaften seit dem Wirtschaftsboom in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eingeordnet werden müssen. Zu denken sei vor allem an die Bildungsexpansion oder die Herausbildung einer eigenständigen Jugendkultur. Dagegen gibt es mindestens drei »Lesearten«, die die Rolle der Ereignisse gegenüber den Strukturen stärker betonen:

»1968« wird als »Kulturkampf« der libertären und antiautoritären Linken gegen Realismus und Pragmatismus denunziert. Als Folgen werden Sexualisierung, Verwahrlosung, Autoritätsverfall, Geburtenrückgang und sozialdemokratische Gleichmacherei kritisiert.

Eine positive Leseart, die aber ihren Frieden mit den Verhältnissen gemacht hat, lautet: »1968« führt zur »Neu- und Umgründung der Bundesrepublik«, die dadurch in den »Kanon der westlichen Demokratien« aufgenommen wird. Die Proteste werden als eine Art Katalysator einer »Fundamentalliberalisierung« gesehen und in eine Erfolgsgeschichte eingeschrieben.

Eine Lesart, die wir stark machen wollen ist, dass »1968« eine Revolte war, die die Verhältnisse in der Bundesrepublik grundlegend in Frage gestellt hat. Während in einigen Bereichen wichtige Verbesserungen erreicht wurden (Veränderung der Geschlechterverhältnisse, im Bildungssystem usw.), sind viele Emanzipationsforderungen bis heute uneingelöst.

Mai 1968 in Paris — Foto: Michel Baron

Folgen

»1968« veränderte nicht nur das politische System, sondern auch den Alltag, die Äußerungsformen der Sexualität und der Geschlechterverhältnisse, die Arbeitswelt, die Erziehung, die Kultur. Während dies auch im westeuropäischen Maßstab so gesehen wird, zeigen sich in der deutsch-deutschen Geschichte gewisse Verschiebungen: Was in der Bundesrepublik stärker sichtbar erscheint, existierte in der DDR bestenfalls untergründig und, wie etwa im Protest gegen die Intervention der Warschauer Pakt-Armeen gegen den Prager Frühling, punktuell. Erst zwanzig Jahre später kam es zu einer neuen Debatte um die Reform des Sozialismus. 1968 wirkt im Laufe der Jahre weit in den Alltag und in die Gesellschaft hinein. Vier inhaltliche und ein organisatorischer Punkt sind uns wichtig.

● Die Revolten der »1968er Jahre« strebten eine Politisierung des »ganzen Lebens« an. Stärkster politischer Ausdruck davon war, auch bereits in Abgrenzung gegenüber den Erfahrungen zwischen 1967 und 1969, die zweite Frauenbewegung.

● Eine weitere Folge der »1968er« war, dass das linke Fortschrittsdenken in Frage gestellt wurde. Dies äußerte sich in der Umwelt- und Atomkraftbewegung, aber auch in der Wissenschaftskritik allgemein. Eine Historiographie der »Stufenmodelle«, wie sie auch im westlichen Marxismus weit verbreitet war, wurde in diesen Bewegungen erschüttert. Wichtig ist uns der »von unten« erfolgte Angriff auf die Lohn- und Fabrikarbeit. Viele wollen jetzt nicht mehr nur über die Größe des Kuchens bestimmen, sondern auch darüber, wie und von wem er gebacken wird. Sprich: Weniger und vor allem anders arbeiten, andere Produkte herstellen.

● Zugleich mit diesem Angriff wurden Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise erschüttert: die Regulation des Arbeitsmarktes, die geschlechterspezifische Arbeitsteilung. Doch viele Elemente der Kritik der »neuen« Linken wurden schließlich individualisiert und durch neoliberale Politikformen absorbiert.

● Nicht zuletzt kam es um 1968 zu einer Erweiterung linker Politikformen, die Ablehnung von Stellvertreterpolitik, eine Kritik an Delegations- und Repräsentationsprinzip, also den Prinzipien, die grundlegend auch für die »linken Parteien« waren und sind: Auch hier stellt sich wieder die Frage nach dem Verhältnis zwischen »alter« und »neuer« Linker.

Es wäre weiter konstitutiv für eine *wirklich* neue Linkspartei, wie sie mit den Folgen des Bruchs von 1968 umgeht, wie sie diese öffentlich verhandelt und in sich integriert. Also, wie sie heute auf die selektive Aufnahme der von den Protestbewegungen formulierten von »Sozialkritik« und Künstlerkritik» in und durch den Neoliberalismus reagiert. Die Bedeutung von Subjektivität und Individualisierung wird in der Linken bislang nicht ausreichend erkannt und zu gering oder falsch eingeschätzt.

Es ist wichtig, auf die Bedeutung von 1968 für die theoretische und praktische Geschichte der heutigen gesamtdeutschen Linken immer wieder hinzuweisen: Was bedeutet es zum Beispiel für den Subjektbegriff, wenn man diesen mit den Debatten um eine Reform des Sozialismus und die Herausbildung eines neuen Subjekttyps zusammen denkt, wie sie auch im realen Sozialismus (Ende) der 1960er Jahre stattfanden? Oder die Organisationsmodelle der Alternativbewegung der Nach-1968er im Westen mit parteiförmigen Organisierungen konfrontiert? Sind die Forderungen der feministischen Bewegung eigentlich eingelöst?

Es wäre – für eine emanzipatorische Perspektive – an der Differenz zwischen hegemonialer Rede und institutioneller Praxis und an einer tendenziellen Uneingelöstheit der Forderungen von »1968« festzuhalten. Das zweite meint, dass zum einen viele Forderungen, etwa nach mehr Mitbestimmung oder nach dem Ende der weltwirtschaftlichen Ausbeutung schlicht nicht erfüllt sind.

Zum anderen kann man kritisch prüfen, ob die Rede von Demokratisierung oder Liberalisierung wirklich einer Überprüfung an der Realität standhält. Ein Beispiel ist die »Innere Sicherheit«. Die westdeutschen 1970er Jahre, die heute in der Geschichtswissenschaft und in der sozialstaatlichen politischen Linken als Muster an Demokratisierung oder Liberalisierung gelten, waren die Phase mit den meisten Berufsverboten, der polizeilichen Einhegung und Niederschlagung von sozialen Bewegungen, von der »Terrorhysterie« ganz zu schweigen, oder gar der ausgefallenen Demokratisierung »hinter dem Werkstor«.

Das, was die Protestbewegungen wollten und innerhalb ihrer Aktionen auf die Tagesordnung setzten, ist heute nicht oder nur auf merkwürdig verdrehte Weise eingelöst. Der Versuch, die Geschichte neu zu erzählen ist damit zugleich der Versuch, ihr emanzipatorisches Potential neu zu begründen. Noch ist unklar, wie »1968« vierzig Jahre danach thematisiert werden wird. Es deutet sich allerdings bereits an, dass die beiden Varianten einer »liberalen« Rezeption, die Warnung vor »Terror« und »Gewaltförmigkeit« einerseits und die Lobpreisung der »Fundamentalliberalisierung« andererseits, erneut eine erhebliche Rolle spielen werden.

So wie die aktuellen Protestbewegungen waren die historischen Proteste Mehr und Anderes, sie gingen über die offiziellen und staatlichen Definitionen und Zuschreibungen hinaus, ihr Protest war kreativer, experimenteller, lag zwischen den Teilungen in »alt« und »neu«, »militant« und »friedlich«, »Reform« und »Revolution« entwickelte einen eigenen Sinn und eine eigene Legitimität. Daran gilt es anzuknüpfen.●

Anmerkung

Geringfügig überarbeiteter Nachdruck eines Textes aus RosaLux, dem Vierteljahresjournal der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Heft 4/2007 von RosaLux hat den Schwerpunkt »1968« und ist unter www.rosalux.de downloadbar. Wir danken für die Genehmigung zum Nachdruck.

Zum Thema liegt von den Autoren vor: Brennend aktuell. Die »1968er Jahre« in historisch-politischer Perspektive, rls-Standpunkte 10/2007, 10 Seiten, siehe www.rosalux.de, Rubrik Publikationen.

Anzeige

AG SPAK Bücher

NEU NEU NEU NEU

Olaf Schräder
Wohin wollen wir gehen?
20087, 978-3-930830-97-8, 124 Seiten, 16 Euro
Reihe Communiy Development

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

MEDIEN

»Sozial.Geschichte« stellt Erscheinen ein

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, mit Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte, mit Bevölkerungspolitik und Medizin- und Wissenschaftsgeschichte waren die Kennzeichen der Zeitschrift »1999«, die seit 2003 dann unter dem Namen »Sozial.Geschichte« erschien. Mit dem letzten Heft des Jahrganges 2007 stellt die Zeitschrift, die seit ihrer Gründung 1986 als eines der Flaggschiffe der kritischen Geschichtswissenschaft im deutschsprachigen Raum gelten kann, nun ihr Erscheinen ein.

Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Der Grund für die Schließung seien nicht finanzielle Probleme, sondern das zu groß gewordene »Missverhältnis zwischen dem editorisch-redaktionellen Aufwand und den Abonnements- und Verkaufszahlen«, so schreiben die HerausgeberInnen Marcel van der Linden, Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth. Das Projekt soll aber als Online-Zeitschrift mit einem erneuerten redaktionellen und inhaltlichen Konzept weitergeführt werden.

Als Ursachen für den Niedergang nennen die HerausgeberInnen zum einen das Internet, das zu einer grundlegenden Veränderung der Kommunikations- und Informationsbeschaffungspraktiken gerade im akademischen Bereich geführt habe. Zum anderen nehme der Zwang zur Existenzsicherung und zur Anpassung an akademische Trends vielen der prekarisierten Nachwuchswissenschaftlerinnen, die früher die Zeitschrift als Experimentierfeld genützt hätten, heute die Zeit zur Produktion von Beiträgen. Zwei weitere Faktoren, so das Editorial weiter, seien aber gravierender: Die Erfolge der Zeitschrift bei der Themen- und Perspektivensetzung in vielen Bereichen der Geschichtswissenschaft hätten auch zum Ende einiger Alleinstellungsmerkmale der »Sozial.Geschichte« geführt, Globalgeschichte oder Nationalsozialismus wird heute aus einer linken Perspektive von anderen Periodika genauso gut, wenn nicht besser behandelt. Nicht zuletzt sei das »soziokulturelle Milieu, für das die Zeitschrift 1986 gegründet« worden war, mittlerweile verloren gegangen.

Mit der Verwendung des Passus »verloren gegangen« wird leider offen gelassen, ob es dieses Milieu nicht mehr gibt, oder es von der Zeitschrift nicht mehr erreicht wird. Apropos: Erreicht wurde auch nicht der erstrebte Generationswechsel, was aber – so die Außenperspektive – eher daran liegen dürfte, dass die Pioniergeneration, die dem Projekt ihrer Stempel aufgeprägt hat, nicht loslassen kann, ein Umstand, der auch ein Problem anderer Zeitschriften ist.

Für welche Themen das Milieu weggebrochen ist, kann man in der aktuellen, im Vergleich zu anderen Heften ausdrücklich interessanten Ausgabe nachlesen: Hartmut Rübner schreibt über den Reemtsma-Konzern im »Dritten Reich«, während Paolo Fonzi der Verdienst zukommt, die Geschichte der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung für die Nachwelt zusammengefasst und festgehalten zu haben. Marcel van der Linden, Forschungsdirektor des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam dokumentiert einen Bericht über die Spaltung der linkskommunistischen Gruppe *Socialisme ou Barbarie* aus dem Jahr 1958. Roth behandelt im zweiten Teil eines Textes die globale Neuzusammensetzung der Weltarbeitskraft.

Das Ende von »Sozial.Geschichte« ist sicher ein Verlust für die Reste der kritischen Wissenschaftslandschaft, zumal die Zukunft der Zeitschrift *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* auch eher ungewiss erscheint. Das letzte vorliegende Heft dieses früher stark sozialdemokratisch geprägten Periodikums ist das Doppelheft 2-3/2006.●

www.stiftung-sozialgeschichte.de

LINKE JUGENDLICHE

Fuck the System ?

Es gibt keine linke Jugendkultur ?

Alle Gedanken die sich um den Begriff »linke Jugendkulturen« drehen, kommen zu denselben Entschluss: Es gibt keine linke Jugendkultur! Was wie ein Schlag ins Gesicht vieler Linksideologen und -ideologinnen scheinen mag, soll in den folgenden Zeilen etwas erläutert werden.

Klaus Breuss ● Es finden sich im Spektrum von linksorientierten Jugendkulturen verschiedenste äußerliche Sozialisationsmerkmale, welche einerseits eine klare Abgrenzung zu anderen Jugendkulturen (unabhängig ihrer ideologischen Ausrichtung) mit sich tragen, aber auch die eigenen Werte nach außen zeigen sollen.

Von Second-Hand-Kleidung über Dreadlocks bis hin zu Farbarithmetik reicht die Vielseitigkeit nach links denkender Menschen. Jetzt mit diesen hegemonialen äußerlichen Merkmalen erkennen zu können, wo Linksrichtungen klar ersichtlich wären, grenzt jedoch an Blasphemie. Denn auch wenn durch äußerlichen Kontext die Versuchung nahe liegt, zu kategorisieren, so liegt es klar auf der Hand, dass gerade hier Stereotypisierung unerwünscht und fehl am Platz ist. Die eigene Individualität steht im Vordergrund, auch wenn diese oft mit den individuell gestalteten Äußerlichkeiten von anderen im Gleichklang erscheint.

Doch viel mehr als um Äußerlichkeiten geht es natürlich auch im linken Spektrum vor allem um die inneren Werte. Die Welt zu einem Besseren verändern als

Klaus Breuss

großer gemeinsamer Nenner einer stark heterogenen Jugendkultur. Eine andere Welt ist möglich, so steht es auf den Bannern der Weltsozialforen. Eine andere, gerechtere, sozialere, kurzum bessere Welt wird gefordert und eingemahnt. Die Liste der vermeintlichen Aufgaben ist lang. Die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, Geschlechterparität zu fördern, auf die Ökologie zu achten, Vermögen und Arbeit gerechter zu verteilen und vieles mehr. Sozusagen die Würde des Menschen und der Welt neu zu errichten. Durch vermehrte Solidaritätsakte wird versucht,q sich der fortschreitenden Globalisierung des Kapitals und der sich ständig erweiterten Macht einiger Weniger entgegenzustemmen.

Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit (und Schwesterlichkeit) als ungeschriebenes Dogma der neuen Weltrevolution von unten. Jedoch so groß der Wille zum gemeinsamen Auftreten, so schwierig ihre Machbarkeit. Hierarchie und Autorität stoßen an die Grenzen des autonomen Willens. Linke Jugendkulturen benötigen keine FührerInnen, sie benötigen den Mut zur Umsetzung ihrer eigenen Ideen. Die Energie dafür ist durchaus vorhanden. Was von außen als oft unorganisierte lose Gruppe erscheint, erfährt in der Dynamik der gemeinsamen Idee immer wieder einen hohen Grad an Mobilisierung und Solidarität. Damit verbunden ist die Bereitschaft an (alten) gesellschaftlichen Werten zu rütteln und sie der Zeit anzupassen, in der wir leben. Linke Jugend äußert sich nicht durch Handlungen in Wahlkabinen, linke Jugend lebt von Rebellion, Revolution und Aktionismus. Die Umsetzung der Forderungen mutet für die Pragmatiker dieser Welt oft ungewöhnlich an. Demonstrationen, Hausbesetzungen, ja selbst die überzeugte Ablehnung tierischer Produkte zum Verzehr finden sich im Repertoire dieser jungen Menschen, um ihren Forderungen nach Veränderung und Umdenken Ausdruck zu verleihen.

Es gibt keine linke Jugendkultur war in meinen ersten Zeilen zu lesen. Um den Kreis zu schließen und die Ausführungen auf den Punkt zu bringen: »Es gibt nicht eine, es gibt viele von ihnen!«●

ZUR PERSON:

Klaus Breuss, geboren 1981 in der Obersteiermark, seit 1998 wohnhaft in Graz. Jugendsekretär des ÖGB Steiermark, Vorsitzender des steirischen Landesjugendbeirats und Student am Institut für Volkskunde und Kulturanthropologie in Graz.

MERKBLATT RECHTE JUGENDLICHE

Merkmale rechter Jugendlicher:

Sie verherrlichen die Nazizeit und wollen eine neue nationalsozialistische Diktatur. Feindbilder sind AusländerInnen, AsylantInnen, Linke sowie alle demokratischen Parteien. Das herrschende politische System wird gehasst und oft als vom »Weltjudentum« gelenkt angesehen.

Erklärungsversuche:

Verschiedene Thesen versuchen das Phänomen rechter Jugendlicher zu erklären: So werden sie u.a. als »ModernisierungsverliererInnen«, als »Produkte der vaterlosen Gesellschaft« etc. bezeichnet. Eine befriedigende, umfassende Erklärung für die deutlich erkennbare Zunahme rechter Jugendlicher gibt es bis jetzt nicht. Auf jeden Fall spiegeln diese Jugendlichen die in der Erwachsenenwelt verbreiteten rechtsextremen und ausländerfeindlichen Meinungen.

Strukturen:

Während die meisten rechten Jugendlichen ein Protestverhalten ausdrücken und keine intensive ideologische Schulung haben, sind organisierte Kerngruppen, als freie oder autonome Kameradschaften bezeichnet, ideologisch gut geschult. Sie halten Kontakt zur »frei schwebenden« rechten Jugendszene und rekrutieren geeignete Personen für ihre Kader.

Propagandamaterial, CDs einschlägiger Bands (z.B. Rechtsrock, Nationalsozialistisches Black Metal) und eine eigene Szenenkleidung wird vor allem über das Internet angeboten. Es gibt ein Netz eigener rechtsextremer Versandshops. Der Rechtsextremismus / Neonazismus ist

Auch linke Identitätsklassiker wie Palästinenserschals und Che Guevara T-Shirts werden auf rechten Körpern getragen. Hier dienen sie als Codes antisemitischer Gesinnung. Foto: Neonazi beim »Rudolf-Hess-Marsch« im Sommer 2004 in Wunsiedel (www.rantifa.de)

international gut vernetzt. In etlichen Regionen des deutschen Sprachraums gibt es No Go Areas bzw. »Angstzonen«, in denen rechte gewalttätige Jugendliche die Oberhoheit haben. Nicht nur im ehemaligen Ostdeutschland! Waren lange nur wenige Mädchen in der Szene, so hat sich der Mädchenanteil in letzter Zeit auf ein Drittel erhöht.

Erscheinungsbilder:

Bekanntestes Erscheinungsbild ist der glatzköpfige rechtsextreme Skin in Springerstiefeln. Blood and Honor-Skins und Hammerskins sind hier die bekanntesten Gruppen. Aber auch in anderen Jugendkulturen machen sich rechtsextreme und neonazistische Trends bemerkbar: Im Black Metal das Nationalsozialistische Black Metal, in der Gothic Szene, im Industrial, Neofolk, Techno und Hip Hop. Eine breit gestreute rechte Jugendkultur beeinflusst andere Jugendkulturen.

Längst gibt es langhaarige und freaky aussehende junge Neonazis. Eigene Markenkleidung (z.B. Consdaple) und Codes (z.B. 88 = Heil Hitler) dienen als szeneninterne Erkennungscodes und sichern gegenüber der Gesellschaft ein eher unauffälliges Erscheinungsbild. Auch linke Identitätsklassiker wie Palästinenserschals und Che Guevara T-Shirts werden auf rechten Körpern getragen. Hier dienen sie als Codes antisemitischer Gesinnung.

Identitätsangebot:

Die rechte Szene bietet Motivation, Identität, Gemeinschaft und Frust- und Aggressionsabbau durch verbale oder physische Gewalttätigkeiten. Dabei spielt der religiöse, esoterische, okkulte und mythische Bereich eine große Rolle: Germanische Mythologie in der Interpretation, die im Dritten Reich Staatsdoktrin war, Runenmagie und Runenyoga, ein arisch verzerrtes Neuheidentum, Symbole und Sinnbilder, antisemitische Weltverschwörungstheorien, selbst die neuen Hexen werden arisch vereinnahmt. Über das Neuheidentum wird versucht, andere naturreligiöse Erscheinungen wie z.B. die in der offenen Jugendarbeit diskutierte Visionssuche zu vereinnahmen (Arun Verlag).

Organisierte, gewaltbereite rechtsextreme Jugendgruppen weisen Merkmale einer Politsekte auf. Ihre undifferenzierte gut-böse, schwarz-weiß Malerei legitimiert Gewalt gegen anders Denkende und gegen Menschen aus anderen Kulturen. (Parallele: Der religiös-fundamentalistisch gerechtfertigte Terrorismus)

Die Frauenbilder der rechten Szene sind nicht einheitlich. Trotz des erhöhten Mädchenanteils bleibt die rechtsextreme Szene eine extrem patriarchale. Der germanische Krieger, reinkarniert im deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs, ist ein weit verbreitetes Männervorbild.

Rechte Jugendliche gibt es freilich auch bei verschiedenen bei uns wohnenden AusländerInnen. (z.B. graue Wölfe, fundamentalistisch-antidemokratische Gruppen etc.)●

Roman Schweidlenka

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Immer schon seit der Romantik versuch(t)en hell- und dunkelbraune Kräfte jugendbewegte Menschen für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren. Vor allem die Suche nach neuen spirituellen Formen, die immer wieder in den Gefilden des Neuheidentums grasen ließ, wurde zur Einfallsschneise rechtsextremer AgitatorInnen. Das war bei der deutschen Jugendbewegung ab 1900 nicht anders als bei der Alternativbewegung der siebziger und achtziger Jahre und bei den zeitgenössischen Gothics und Metalheads. Wenn es auch in diesen Jugendkulturen (kleinere) antifaschistische Kräfte und Gruppen gibt, so ermöglicht doch die große Masse der unpolitischen Szenenjugendlichen, dass rechtsextreme und neonazistische AgitatorInnen einzelne Elemente der nationalsozialistischen bzw. faschistischen Ideologie salonfähig machen können. Dazu gibt es das »Merkblatt rechte Jugendliche« auf Seite 7. Und ein Interview mit dem *Explosiv* auf Seite 8.

Eine breit gestreute politische Aufklärung ist angesagt, die Jugendliche, Jugendverantwortliche und ganz allgemein die Gesellschaft erreicht. Dabei ist zu hoffen, dass es eine Aufklärung gibt, die nicht nur den Kopf anspricht, sondern auch Herz und Bauch, jugendliche Lebenswelten. Gleichzeitig ist es sinnvoll, als Alternative ein neues Interesse an demokratischen Verhalten und Überzeugungen zu wecken. Wenn man die moralisierenden, langweiligen Belehrungen, die »uns« in jugendlichem Alter den Schlaf in die Augen trieben, dabei vermeiden kann und lustige, aufregende, spannende, vielleicht sogar erotische Methoden entwickelt, hat mensch sogar einige Chancen auf Erfolg.

Ich habe versucht, in diesem CONTRASTE-Schwerpunkt sowohl allgemein gültige Erkenntnisse, Gedanken und Berichte zu publizieren, musste und wollte dabei jedoch auf die spezifisch steirische Situation zurückgreifen. Die Steiermark ist, dies sei den deutschen LeserInnen vorsichtshalber mitgeteilt, ist ein Bundesland in Österreich. Neben den in dieser Nummer vorgestellten oder durch Beiträge erwähnten Einrichtungen seien, stellvertretend für viele steirische NGOs und Gruppierungen, noch der »Dachverband der offenen Jugendarbeit«, die »ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus« und die »Plattform gegen antidemokratische Strömungen – für eine demokratische Steiermark aktiv aufstehen«, erwähnt. Einrichtungen, die als eine wichtige Grundlage demokratischer Prozesse angesehen werden können.

Den AutorInnen und InterviewpartnerInnen der einzelnen Beiträge danke ich für ihre selbstlose Arbeit für diesen CONTRASTE-Schwerpunkt.●

ZUR PERSON

Roman Schweidlenka ist Leiter des LOGO ESO INFO, einer Beratungsstelle für sogenannte Sekten, Okkultismus, Satanismus, Fundamentalismus (etc.) und Mitbegründer des »Forums Politische Bildung – Steiermark« und der »Plattform gegen antidemokratische Strömungen – Für eine demokratische Steiermark aktiv aufstehen«, Autor zahlreicher Bücher und Pressebeiträge, unter dem Künstlernamen Michael Benaglio als Literat tätig.

Erkennungsmerkmale und Zeichen

Neonazis ließen sich in der Vergangenheit meist schon an der Kleidung erkennen. So trugen viele Bomberjacken (olivgrün oder schwarz), Stahlkappenschuhe mit weißen Schnürsenkeln. Heute werden diese Elemente immer seltener. Als Kleidermarken sind besonders »Pit Bull«, »Everlast«, »Thor Steinar«, »New Balance« und »Consdaple« beliebt. »Lonsdale« und »Consdaple« werden dabei gern als T-Shirt unter einer geöffneten Jacke getragen, damit die Buchstabenfolge »nsda(p)« zu sehen ist. Nicht jeder, der diese Marken trägt, muss gleich ein Neonazi sein, zumindest »Consdaple« wird jedoch bewusst für diesen Markt produziert. Generell muss gesagt werden, dass fast alle dieser Erkennungsmerkmale aus der Skinhead-Subkultur kommen und keine politische Bedeutung haben. Weiße Schnürsenkel etwa standen ursprünglich für die Vereinigung von weißen und schwarzen Jugendlichen in England oder einfach nur der Optik wegen und nicht für eine rassistische Botschaft.

Als wichtige Zeichen sind die Zahlen »88«, »14«, »18« und seit geraumer Zeit auch »28« zu nennen. Da der achte Buchstabe des Alphabets das »H« ist, leitet sich die Bedeutung »Heil Hitler« her. Die Zahl 14 steht für die »14 words« (»We must secure the existence of our people and a future for White children«) und wurde ursprünglich von US-amerikanischen Rassisten benutzt. Die Zahl 18 steht für AH (Adolf Hitler). Die 28 steht für die mittlerweile in Deutschland verbotene Organisation Blood & Honour, deren Kürzel die 28 symbolisiert. Kombinationen aus diesen Zahlen (1488 und 1888) sind ebenfalls sehr beliebt.

Es gibt auch in einigen anderen Jugendkulturen viele Neonazis. So zum Beispiel »National Socialist Black Metal« (NSBM), deren Anhänger äußerlich meist kaum von den Anhängern von Black Metal generell zu unterscheiden sind (schwarze Kleidung, lange Haare, heidnische Symbole) und sich meist sehr stark über das Heidentum definieren. Auch in der Gabberszene gab es in den letzten Jahren immer mehr Neonazis.

Allerdings können diese Erkennungsmerkmale bei weitem nicht auf alle Neonazis bezogen werden. Oftmals kann man die politischen Fädenzieher, wie z.B. Christian Worch oder Siegfried Borchardt, kaum von »normalen« Personen unterscheiden. Ferner gibt es auch Aktivisten wie Axel Reitz oder Philipp Hasselbach, die in SA-ähnlichen Uniformen oder langen, schwarzen »Gestapo-Ledermänteln« auftreten. Seit etwa dem Jahr 2000 übernehmen Neonazis zunehmend ursprünglich linke oder linksradikale Symbolik und Outfits, wie die der Autonomen-Bewegung. Sie kleiden sich teilweise ganz in Schwarz mit Kapuzenpulli, Basecap etc. Immer häufiger tragen deutsche Neonazis eine Kufiya (»Palituch«) als Bekenntnis gegen Israel und Juden allgemein (siehe z. B. die Kader der Freien Kameradschaften, wie Alexander Hohensee oder Thomas Gerlach).●

Aus: wikipedia

Fuck the System ?

iMPULS AUSSEE

Auf der Bühne provozieren

»iMPULS Aussee« – früher mit dem Namen Move! tourend – gibt es seit 1995. Die Angebote, die vielfach im Bereich der offenen mobilen Jugendarbeit angesiedelt sind, umfassen professionelle Beratung, Bühnenproduktion (Tanztheater), Workshops (z.B. Hip Hop), Gesprächsrunden und kleine Projekte. Vor allem durch seine Bühnenproduktionen – inzwischen sind es zehn – bei denen Jugendliche sogar in renommierten Veranstaltungsörtlichkeiten wie dem »Rockhaus« in Salzburg, dem »Orpheum« in Graz, dem »Kulturhaus« in Liezen und dem »Theater Akzente« in Wien auftraten, machte »iMPULS Aussee« von sich reden. Angela Buschenreiter, Projektleiterin, im Interview mit Roman Schweidlenka.

iMPULS Aussee Foto: Michael Rami

CONTRASTE: *Offene Jugendarbeit ist Thema, oft aber nur ein Begriff ohne Inhalte. Was hat bei Euch Priorität?*

Angela: Bei uns geht es nicht um die Ideen der Erwachsenen, sondern um die Umsetzung der Ideen der Jugendlichen. Das gilt auch für unser Theater.

In aller Kürze – wie läuft so eine Theaterproduktion ab?

Viele Erwachsene glauben, das Team von »Impuls« schreibt die Stücke, macht die Choreographie. Sie trauen das den Jugendlichen nicht zu. Aber das stimmt nicht. Die jungen Theaterleute finden sich selbst organisiert zusammen, die Gruppen sind nicht statisch sondern formen sich immer wieder neu. Entscheidend ist der Wille, ein Ziel zu verwirklichen, etwas zu tun. Der Gestaltungsprozess beginnt autonom in den einzelnen Kleingruppen. Erst dann gibt es ein großes Zusammentreffen, wo die Großgruppe anfängt zusammenzuwachsen.

Die nächste Phase des Gestaltungsprozesses ist eine kritische Reflexion, einerseits durch die beteiligten Jugendlichen, andererseits durch die Coaches von »iMPULS Aussee«. Mit dem feedback entwickelt sich durch die Arbeit am Stück ein gruppendynamischer Prozess. So kam und kommt es dabei zu tiefer gehenden Beschäftigungen mit Themen wie z.B. »AusländerInnen«-Problematik, harte Drogen, Sexualität im offenen Raum, sexueller Missbrauch, gesellschaftliche Aggression und Unterdrückung.

Und das wird dann im Tanztheater verarbeitet?

Ja. Viele unserer Jugendlichen wollen auf der Bühne provozieren. Es ist ihre Form der Öffentlichkeitsarbeit.

Nun sind die Inhalte in den Stücken oft sehr progressiv und gesellschaftskritisch, manchmal auch anarchisch gefärbt. Habt Ihr da keine Probleme, vor allem im ländlichen Raum?

Sie machen ihre provokanten Äußerungen zur Kunst. Dadurch wird eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung, aber auch bei RegionalpolitikerInnen erzielt.

Und es gibt keinen Widerstand gegen Euch?

In den Anfangsjahren gab es Unverständnis, mit bedingt durch die damals verwendete, für Erwachsene unverständliche Technomusik. Generell merke ich, dass die Jugend unbequem ist. Darum wollen uns einige auf Schulveranstaltungen reduzieren, aber es gibt auch politische Unterstützung.

Du meinst also, die Jugendlichen bei Euch sind keine unpolitischen, angepassten Leute?

Nein. Es ist viel politisches und menschliches Potential bei den Jugendlichen vorhanden. Auf der Bühne haben sie politische Freiheit, weil sie als KünstlerInnen mehr Narrenfreiheit haben. Wichtig ist, dass es den Raum für den Gestaltungsprozess gibt: Örtlich und zeitlich.

Dann alles Gute für die Zukunft!●

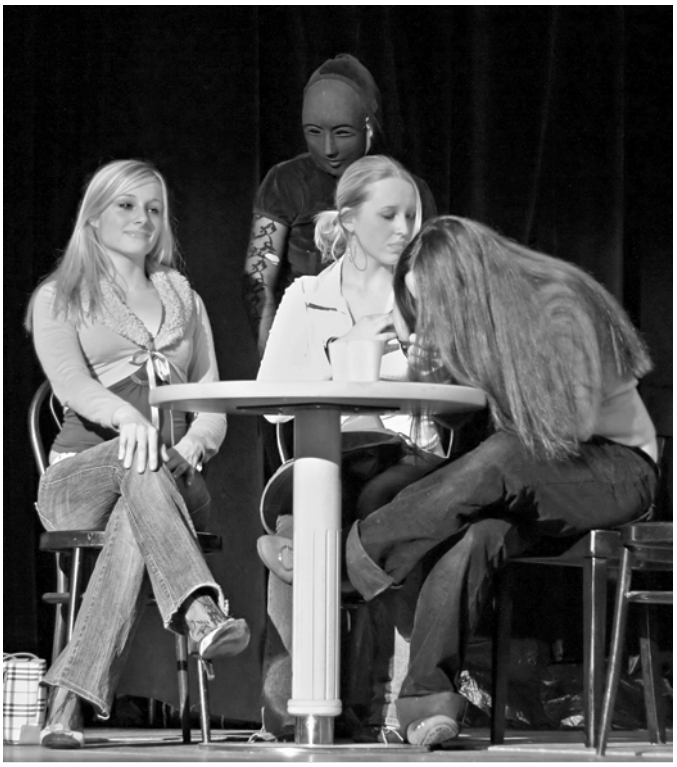
ZUR PERSON

Angela Buschenreiter ist Projektleiterin von »Impuls Aussee«, Lebens-und Sozialberaterin und Tanzpädagogin.
impuls-aussee@aon.at

DAS EXPLO

Die Legende lebt

Das »Explosiv«, Kosename »Explo«, wurde 1990 als Jugend- und Freizeitzentrum in Graz gegründet. Der Focus verlagerte sich sodann auf Musikveranstaltungen, vor allem auf jugendliche Subkulturen, die sonst keine Auftrittsmöglichkeiten hatten. Das »Explo« wurde zum Mekka der jungen Metalbands und ihrer Fans. Aber auch die in Graz sehr aktive Hard-Core-Szene fand im »Explo« ihre Heimat. Das Jugendkulturzentrum lebt von der aktiven Beteiligung der Jugendlichen, die in den verschiedensten Bereichen mitarbeiten können: Sie werden als Ton- und LichttechnikerInnen ausgebildet, für Bar- und Securitydienste etc. Musikalische Kooperationen mit anderen Ländern – u.a. mit dem European Music Meeting – stehen immer wieder im Programm. Nicht zuletzt gab und gibt es Aufklärungs- und Diskussionsprogramme zu szenenrelevanten Themen wie z.B. zur braunen Unterwanderung der Schwarzen Szene. Zur Zeit entsteht das »Explosiv« auf einem größeren Areal neu. Das »Explo«-Team hat zu Spaten und Schaufel gegriffen. Die Grazer Bandszene beteiligt sich – o Wunder, o Freude! – zunehmend am Aufbau. Alex Mikusch, Obmann des Jugendkulturzentrums »Explosiv«, im Interview mit Roman Schweidlenka



iMPULS Aussee Foto: Michael Rami

CONTRASTE: *Ihr habt für viele Jugendliche einen Kultstatus. Warum?*

Alex: Wir sind ein autonomes Jugendkulturzentrum, das in seiner Art einzigartig in Österreich ist. Wir haben uns bewusst an keine politische Partei angelehnt, was unsere Existenz nicht unbedingt erleichtert. Wir decken einen musikalischen Bereich ab, der sonst keine Chance in der Steiermark hätte. Jugendliche bekommen professionelle Auftrittsmöglichkeiten. Sie spüren, dass sie nicht verkauft, nicht instrumentalisiert werden. Auch sind wir als Verein nicht Profit orientiert, d.h. bei uns herrscht kein Konsumzwang.

Werden Jugendliche an der Autonomie und Selbstverwaltung beteiligt?

Bei uns sind Jugendliche eingeladen, mitzumachen und ihr eigenes Programm zu gestalten. Sie können ihre Veranstaltungen selbst organisieren.

Ohne Einschränkungen?

Wir unterstützen Randgruppen mit Ausnahme aller undemokratischen Kräfte.

Kannst Du Eure Jugendlichen politisch einschätzen?

Sie sind überwiegend links orientiert, es gibt auch die unpolitische Fraktion. Bei uns dürfen keine rechtsradikalen Bands spielen, kommen dennoch vereinzelt rechte Jugendliche zu uns, ist der Platz gegeben, dass unsere geschulten JugendarbeiterInnen mit ihnen diskutieren, um Vorurteile nach Möglichkeit zu entkräften. Bei latent rechts orientierten Jugendlichen, die noch in keiner verfestigten Ideologie stekken, lohnt sich die Mühe.

Immer wieder verkaufen rechte Bands und GeschäftemacherInnen ihre CDs und Fanzines bei vordergründig unpolitischen Musikfestivals. Hattet Ihr da auch Probleme?

Ab und zu wurde versucht, rechtsradikales Merchandise unter die Leute zu bringen, was von uns sofort unterbunden wurde. Das tolerieren wir nicht.

Das freut mich. Viel Glück mit dem neuen »Explo«!●

Anzeige

Anzeige

WIR SIND ANDERS

Fuck the System ?

»Wer lässt uns als Puppen tanzen ?«

Hi, ich bin 22 Jahre alt und arbeite als freischaffende Künstlerin in Wien. Bereits mit 10 Jahren wurde ich Mitglied der Kinder- und Jugendtheatergruppe MOVE! im steirischen Salzkammergut, deren Namen bald zu iMPULS Aussee geändert wurde (eine Einrichtung für mobile offene Jugendarbeit).

Raphaela Buschenreiter ● Bei iMPULS-Aussee habe ich vor allem gelernt, selbstständig zu arbeiten und meine eigenen Ideen bühnenreif zu machen. Ich werde als Künstlerin ernst genommen und kann meine aktuellen Themen unzensiert der Öffentlichkeit näher bringen.

In Wien habe ich meine eigene Rockband, wir spielen nur eigene Nummern und eine davon heißt Marionetten – sie erinnert mich irgendwie an früher, daran, wie ich dachte, als ich noch ein Teenager war. Es ist eine Punkrocknummer und es geht darum, dass jeder Mensch sich seiner »Rolle« entsprechend kleidet und sich somit selbst in eine Schublade steckt, sich anpasst und aufhört selbstständig zu denken und somit zu einer Marionette der Konzerne, der Gesellschaft wird ... das empfinden wir als Band, zumindest im Refrain, als lächerlich, es macht uns wahnsinnig: Wer zieht unsere Fäden? Wer lässt uns als Puppen tanzen? Und mit welchem Recht gibt es Menschen, die versuchen, uns wie Marionetten an ihren Schnüren tanzen zu lassen?

Ein ähnliches Thema hatten wir in einer selbst produzierten Show von »iMPULS-Aussee« mit dem Titel »FACELESS – wir sind anders«. In dieser Show war ein junger Mann auf der Suche nach seiner Identität, nach seinem wahren Gesicht und keines der Schilder (keine der Rollen), die verkauft wurden, passte, deswegen wurde er misshandelt, geschlagen, schließlich sogar verhaftet.

Wer kennt das nicht, das Gefühl anders zu sein? Sei es, weil man eine andere Hautfarbe hat, oder weil man nicht ortsansässig ist, weil man sich vielleicht anders kleidet als die anderen – Gründe gibt es genug.

Wenn man jung ist, entsteht der Wunsch, Teil einer Gruppe zu sein, eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten zu finden, weil es schwierig ist, allein zu sein. Ich sehe, wie sich junge Menschen nahezu identisch kleiden und oft derselben Meinung sind. Es scheint manchmal so, als hätte die heutige Jugend ihre Identität verloren, es wird oft kopiert und wichtig ist nicht mehr, was das Individuum denkt, sondern was besser ankommt, was gerade »in« ist und welche Marke man trägt.

Raphaela Buschenreiter

Wir orientieren uns an einer Leistungsgesellschaft, die nur mehr dazu da ist, möglichst viel zu arbeiten, Geld zu verdienen und sich im besten Licht zu präsentieren. Die Jugend scheint immer rascher körperlich reif zu werden und bindet sich bereits im Kindesalter, geht Beziehungen ein und spielt große Liebesdramen, die allerdings meistens nur von kurzer Dauer sind. Eine Beziehung folgt der anderen, Liebe ohne Sex gibt es nicht mehr.

Die Kids werden von den Erwachsenen als reif betrachtet, fühlen sich aber oft überfordert. Was ich mich frage, bei all den jungen Beziehungen, wo bleiben die Eigeninteressen, die persönlichen Hobbys? Was kommt dann Ende 20, wenn rein beziehungstechnisch schon alles durch ist und man sich plötzlich alt fühlt und – schlimmer noch – nichts mit sich allein anzufangen weiß? Hat diese Jugend Zeit für Rebellion? Oder klärt sie sich gerade selbst auf, um »erwachsen« zu werden?

Eines steht fest: Wenn jemand aufsteht, kann es nur die Jugend sein, die Generation davor hat dies bereits in den 60iger und 70iger Jahren getan. Damals gab es noch Musikgrößen wie Jimi Hendrix, Janis Joplin, The Doors und viele andere. Die heutige Jugend hat keine lebenden Idole mehr, sie trauern um Kurt Cobain und finden ihn cool, obwohl sie doch beinahe gar nichts von ihm wissen, außer dass er offensichtlich an zu viel Drogenkonsum gestorben ist ... Und die heutige Musik? Die beliebte Rapmusik ruft selten nach Revolution, wohl eher nach gutem Marihuana und goldenen Ketten, Ringen und ein paar hübschen Bunnys mit Swimming Pool.

Was ist passiert mit uns? Wo bleibt die gute Musik mit Inhalt, mit Botschaft? Sogar Bob Marley sang: »Stand up, get up for your right!«

Wir tanzen an den Fäden der Wirtschaft, der Politik, wir spielen ihr Spiel, jedoch nicht als Big Boss, sondern als kleine Arbeitermarionette, die sich ausbeuten lässt. Wie politisch kann die Jugend sein, wenn sie nicht mal merkt, wie sie vom Wirtschaftskapitalismus manipuliert wird? Und wie politisch kann meine Kunst sein, wenn es doch großteils darauf ankommt, gut auszusehen und das Richtige zu den entscheidenden Leuten zu sagen, um vorwärts zu kommen?

Raphaela Buschenreiter

Wie politisch und kritisch ich meine Kunst präsentiere, liegt jedoch ganz allein bei mir und meiner Courage und Ehrlichkeit mir selbst gegenüber. Ich habe es satt, mir vorschreiben zu lassen, was ich sagen darf und was nicht. Mein Leben liegt in meiner Hand und ich habe keine Lust, mich als Massenprodukt ohne Hirn verkaufen zu lassen.

Ich hoffe schwer, dass die heutige Jugend ihren Weg zur wahren Identität bald findet.●

www.theaterjobs.de/raphaela

Jugend im Spannungsfeld zwischen angeblicher Fürsorge und Ignoranz

»Expertokratie und Versorgungsdiktatur«

Als nunmehr seit über 40 Jahren engagierter Mensch in der Jugend-, Sozial-, Behinderten-, Projekt- und politischen Bildungsarbeit und meiner Haupttätigkeit im Landesjugendreferat Steiermark, möchte ich nun einige Gedanken zum Thema äußern.

Ein Phänomen in unserer Gesellschaft ist, dass gesellschaftliche Probleme wie Alkohol, Drogen, Sucht, Rechtsextremismus, AusländerInnenfeindlichkeit, Gewalt, etc., etc. immer wieder als vermeintlich ausschließliche Jugendprobleme gesehen, diskutiert und hysterisiert und damit gesamtgesellschaftlich verdrängt werden.

In Sonntagsreden und Lippenbekenntnissen hört man seit Jahrzehnten schon floskelartig vorgebetet: »Jugend ist unsere Zukunft, Jugend ist unsere Chance, etc.«. Tatsächlich jedoch wird Jugend von der Erwachsenengesellschaft behandelt, wie eine Krankheit, die schon einmal vergeht, oder wie ein Fehler, der von Minute zu Minute kleiner wird.

Jugendliche erleben uns Erwachsene (Ausnahmen bestätigen die Regel) als verlogen, unverlässlich und schon gar nicht authentisch.

Wenn in unserer Gesellschaft mit Kindern und Jugendlichen die tägliche Kommunikation auf maximal 12 Minuten beschränkt (davon 8 Minuten über die Schule und 4 Minuten über nicht angepasste Freunde) und ausschließlich funktional ist, darf man sich nicht wundern, wenn die Beziehungen gestört sind und das Vertrauen verloren geht (als Trost könnte man sagen, erwachsene Partner reden nur 6 Minuten miteinander).

Jugendliche erleben unsere Gesellschaft als abstoßend und aufdringlich zugleich.

Abstoßend deshalb, weil sie kein ehrliches Bemühen um sie als Menschen spüren und die Gesellschaft ihnen keine (oder zu wenig) Orientierungen, Perspektiven und Chancen bietet. Aufdringlich deshalb, weil man permanent versucht, Jugendliche vom Alkohol, von der Liebe ohne Gummi, von Gewalthandlungen etc. mittels zahlreicher Präventionsprogramme fernzuhalten.

Wir haben einerseits eine Expertokratie und Versorgungsdiktatur gezüchtet, und wundern uns andererseits, dass die gesellschaftlichen Probleme keinesfalls geringer geworden sind.

Junge Menschen haben aufgrund mangelnder Vorbilder den Glauben an die Erwachsenenwelt, die Politik, den Staat und seine Institutionen großteils verloren. Alle Versuche, ihnen Beteiligung und Mitsprache anzubieten, werden so lange scheitern, bis Jugendliche wirklich in allen Bereichen des Alltags spüren, dass sie einen Wert für unsere Gesellschaft haben.

Dieser Wert wird erst dadurch sichtbar, indem die Gesellschaft Jugendlichen Frei-Räume und Gelegenheitsstrukturen zur Verfügung stellt, die sie wirklich wollen und brauchen.

Peter Scheibengraf

Andererseits bedarf es klarer struktureller Bedingungen, wie ein eigenes Jugendbudget in jeder Kommune, fristgerechte Behandlung von jugendlichen Anregungen durch Verwaltung und Politik, sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten, adäquate jugendkulturelle Freizeitangebote, etc., etc.

Erst dadurch besteht die Chance, verlorene Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen und Jugendliche zur Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu bewegen.

Der Nährboden für jegliche Extremismen liegt in der Mitte der Gesellschaft. Erst die Apathie und Gleichgültigkeit von uns Erwachsenen eröffnet Rattenfängern Tür und Tor.

Damit plädiere ich für eine schonungslose und ehrliche Reflexion unseres Verhaltens und eine breite Gesellschaftsdiskussion über das Menschenbild, den Wert und die Würde der Menschen in einer zukünftigen Gesellschaft.●

Peter Scheibengraf
Forum politische Bildung Steiermark
forum@gesellschaftspolitik.at

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Otto Köhler
Wir sind Pabst
Volker Bräutigam
Wonach man sich richten kann
Jürgen Rose
Friedensverrat
Ulla Jelpke
Warnschußarrest
Werner Rügemer
Der Nothelfer des Kapitalismus

Elfter Jahrgang
12. Januar 2008
1
€ 2,50
sFr 5,50

Mit weiteren Texten von Leonhard Kossuth: Die Russen und ihr Oktober; Ralph Hartmann, Jochanan Trilse-Finkelstein, Dietrich Kittner: Jahresabschuß; Manfred Wekwerth, Gerhard Zwerenz u.a.

Bestellung:
Probeabo 3 Hefte € 5,-
Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 52,- (Ausland € 84,-),
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 29,-
Jahresförderabo € 75,- oder € 104,-

Verlag Ossietzky
Weidendamm 30 B
30167 Hannover
www.sopos.org/ossietzky
Fax 0511 - 21 55 126
ossietzky@interdruck.net

JUGEND IM NATIONALSOZIALISMUS:

Fuck the System ?

Unterwerfung, Gehorsam und Widerstand

Der Nationalsozialismus (NS) ließ den Jugendlichen nach Möglichkeit keine Freiräume und keine Chancen auf ein selbst bestimmtes Leben. Die Hitlerjugend (HJ) und der Bund deutscher Mädchen (BDM) waren die einzigen zugelassenen Jugendorganisationen. Zucht, Ordnung, Disziplin, Drill, Gehorsam und Unterwerfung unter Autoritäten waren die durch Zwang und Gewalt vermittelten Verhaltensweisen und Werte.

Roman Schweidlenka ● Dazu kam das mystische Führerprinzip. Hitler wurde als gottgleicher Guru und Übervater vermittelt, der in einer unio mystica mit der Volksgemeinschaft, also auch mit den Jugendlichen, verbunden war. Ein Aufbegehren gegen den NS und seinen Drill konnte leicht mit einem schlechten Gewissen begleitet werden, vergleichbar der ähnlich gelagerten psychischen Abhängigkeit der Menschen in Sekten. Dazu wurde das totalitäre System durch die Androhung harter Strafen – bis hin zum KZ – abgesichert.

Dennoch gelang es dem NS nicht, die HJ zur einzigen Lebenswelt der Jugendlichen zu machen. Die Angst vor der militaristischen Diktatur, der Gestapo und SS, vor Krieg, Elend und Hunger begleitete viele Jugendliche. Neben der mit dem Verlauf des Kriegs zunehmenden, gärenden, diffusen Unzufriedenheit mit dem NS kam es auch zu Formen des passiven oder aktiven Widerstands Jugendlicher. Die bekanntesten WiderständlerInnen waren die EdelweißpiratInnen (auch: Navajos).

Seit der Mitte der 30er Jahre sind sie nachweisbar. Es gab sie überall in den (Groß-) Städten des westlichen Deutschlands, besonders aber im Ruhrgebiet. In ländlichen Regionen spielten sie keine Rolle. Die Gruppen beherrschten bzw. bevölkerten einzelne Stadtteile, bevorzugt deren Parkanlagen. Lokale waren ebenfalls Treffpunkte. Ihre Zahl geht in die tausende. Die Gruppen hatten zwischen 3 und 130 Mitglieder, die zwischen 15 und 18 Jahre alt waren.

EdelweißpiratInnen schafften es, sich der HJ zu entziehen oder stiegen aus dieser wegen »Fehlverhaltens« – der Verweigerung der strengen Zucht – aus. Manchmal wurden auch HJ-Gruppen von EdelweißpiratInnen infiltriert. Sie waren vor allem Arbeiterjugendliche, GymnasiastInnen oder bürgerliche Jugendliche waren eine Seltenheit. Viele waren »Arbeitsbummelanten«, hatten keinen Beruf erlernt und wechselten oft den Arbeitsplatz. »Krankfeiern« war eine beliebte Beschäftigung. Manche systematische Arbeitsverzögerung mündete in die Sabotage der NS-Rüstungsindustrie ein.

EdelweißpiratInnen aus Longerich, 1942

EdelweißpiratInnen hatten längere Haare, Erkennungszeichen war ein aufgestecktes Edelweiß oder ein der KP entlehntes Totenkopfzeichen, das nicht mit dem der SS identisch war. Gegrüßt wurde mit »Ahoi« oder »Heidewitzka!«, einer Verballhornung von »Heil Hitler!«. Das Sexualverhalten war im Gegensatz zur herrschenden Sexualmoral freizügig, was die NS-Beamten ärgerte. Sex war ein beliebtes Ziel der Fahrten ins Grüne, einzelne Gruppen praktizierten die freie Liebe. Gemeinsames Nacktbaden ließ NS-Behörden von grenzenloser Verwahrlosung und Sittenwidrigkeit sprechen.

Die Wanderungen waren als »wilde Fahrten« konzipiert, im Gegensatz zu den durchorganisierten Drillexkursen der HJ. Auf den Wanderungen wurden verbotene und HJ-feindliche Lieder gesungen.

Ein Beispiel:

»Des Hitlers Zwang, der macht uns klein,
noch liegen wir in Ketten.
Doch einmal werden wir wieder frei,
wir werden die Ketten schon brechen.
Denn unsere Fäuste, die sind hart,
ja – und die Messer sitzen los,
Für die Freiheit der Jugend kämpfen Navajos.«

(Zit in Peukert, Edelweißpiraten, S.51)

Eine politische Schulung hatten nur wenige EdelweißpiratInnen, der Widerstand gegen den NS war emotional geprägt, mit Ausnahme einiger KP-naher Gruppierungen. So kam es zu Schmier- und Flugzettelaktionen gegen die NS-Herrschaft. Die Gruppen waren eine Mischung zwischen organisatorischen Ansätzen und freundschaftlichem Zusammenhalt. Neue Mitglieder kamen über Freunde hinein, etliche wurden abgewiesen. Die EdelweißpiratInnen wurden zu einer Art Mythos, durch den sich die Machthaber bedroht fühlten. Jugendliche beneideten sie: Sie galten als frei und selbst bestimmt, »keiner könne denen was befehlen«.

Mülheimer EdelweißpiratInnen, 1943

Eine beliebte Beschäftigung war das Anstänkern oder Verprügeln von HJ-Mitgliedern oder -streifendiensten. HJ-Heime und HJ-Aushängetafeln wurden beschädigt. Selbst im Dritten Reich gab es von EdelweißpiratInnen beherrschte Stadtteile, die von der HJ gemieden wurden. Üblich war auch das Singen von Spottliedern auf die Nazis. NSDAP-Fahnen wurde der deutsche Gruß verweigert. Ausländische Radiosender wurden abgehört. Es gab auch die Bereitschaft, bewaffnet gegen den NS vorzugehen. Ab 1944 kam es zur Liquidierung von NS-Führern und politischen Leitern durch militarisierte EdelweißpiratInnen.

Ständige Konflikte gab es auch in den Schulen und Betrieben. Deren autoritäre Struktur passte nicht zur Mentalität der EdelweißpiratInnen. Die NS-Behörden reagierten mit Bekämpfung, die seit dem Dezember 1942 intensiviert wurde. 1944 wurde sogar vom »seuchenähnlichen Auftreten« der Jugendcliquen gesprochen. Massiv wurde die Denunziation, auch durch »besorgte« Eltern, eingesetzt. Der Beruf des »Jugendsachbearbeiters« – die NS-Version der offenen Jugendarbeit – wurde gegründet, um der rebellischen Jugend Herr zu werden.

Maßnahmen reichten von einer Verwarnung über das Abschneiden der langen Haare (Verpflichtung zu »ordentlichem Haarschnitt« war den NS-Behörden extrem wichtig), Jugendschutzlager und Jugendarrest bis zu KZ-Einweisungen, Folter und öffentlicher Exekutierung.

Gegenüber anderen Jugendlichen schwiegen die NS-Behörden die EdelweißpiratInnen tot, was eine bewusste Taktik war. Wo es sich nicht vermeiden ließ, gab es im Sinn der Prävention Aufklärungsprogramme über die »asoziale Gefahr« in Schulen und für Eltern. Erstaunlich ist, dass trotz der Bekämpfung der Zulauf zu den EdelweißpiratInnen weiterhin zunahm.

Zusätzlich gab es weitere nicht angepasste Jugendcliquen im Dritten Reich, von denen eine politische und moralische »Zersetzung« der deutschen Jugend befürchtet wurde. Aufmüpfige Jugendcliquen kamen auch aus den protestantischen und katholischen Bereichen. Hier wurden englische Lieder und Spottlieder auf NS-Bonzen gesungen, NS-treue Lehrer wurden sogar am Unterricht gehindert. Projüdische Einstellungen wurden geäußert.

Eine wichtige Protestbewegung war die *Swing-Jugend*. Sie schwärmte für englische und amerikanische Ideale, Sprache und Kleidung, Jazz- und Hottmusik und gab sich betont lässig. Das verordnete »Deutschtum« wurde abgelehnt. Es waren meist Jugendliche aus dem gehobenen Bürgertum. Individuelle Vergnügen und sexuelle Freizügigkeit waren wichtige Werte. Die Haarlänge der Burschen erreichte, wie NS-Behörden fassungslos feststellten, 27 cm. Die Mädchen trugen lange Haare und schminkten sich auffällig. Als Gruß wurde gerne »Swing Heil!« verwendet. »Lottern« beschrieb das Lebensgefühl: Ein lässiges Lotterleben als Gegensatz zu strammer Zucht und Ordnung. Die *Swing-Jugend* wurde als politischer Gegner eingestuft. Auf andere »gesunde« Jugendliche übte sie einen großen Reiz aus, dem die HJ kaum etwas entgegensetzen konnte.

1940 besuchten in Hamburg bis zu 600 Jugendliche die Swingfeste. NS-Behörden empörten sich über die hemmungslos-ekstatischen, rauschartigen Feste. Nachdem die Polizei die Swinggroßveranstaltungen verboten hatte, verlagerte sich der Swingbetrieb in private Wohnungen und kleine Bars. Bei den Festen wurden u.a. Hitlerbilder umgedreht. Der Führer schaute nun in die Wand. Die Swingcliquen umfassten 20 bis 30 Jugendliche. Von diesen Kreisen wurden eigene Amateurjazzkapellen gegründet. Die Swingjugend akzeptierte auch Juden und Jüdinnen in ihren Reihen.

Dass HJ und BDM heute Vorbilder rechter Jugendlicher geworden sind ist mehr als bedenklich. Die Angst vor der Freiheit gibt es offensichtlich wirklich. Den Jugendlichen, die im Dritten Reich im Widerstand waren, gebührt unsere uneingeschränkte Hochachtung. Sie mögen ein Ansporn und eine Verpflichtung sein, lebensfeindlichen, antidemokratischen Strömungen entschieden und unmissverständlich entgegenzutreten.●

Kölner EdelweißpiratInnen, 1942

NEUE BÜCHER ZU JUGEND(KULTUREN): HAKENKREUZE, JOINTS UND MELANCHOLIE

Die neuen vorBilder der Jugend

Gaben früher verschiedene Weltanschauungsgemeinschaften politischer oder religiöser Ausprägung Jugendlichen Halt und dienten als Vorbildfunktion, so hat sich in unserer modernen Patchworkgesellschaft der Druck, Sinn und einen weltanschaulichen Platz im Leben zu finden, drastisch erhöht. Die AutorInnen, renommierte JugendforscherInnen, meinen, dass Jugendliche dennoch vielfach zurecht kommen. Sie reagieren auf den verunsichernden Abbau des Sozialstaates mit einem »Augen zu und durch« und haben sich vielfach von radikalen, spektakulären Weltverbesserungsutopien und -aktionen verabschiedet, mit denen man unweigerlich immer wieder in einer talk show landet. Es ist ein schonungsloses Buch, nicht für RomantikerInnen geeignet – es zeichnet moderne Jugendkulturen und jugendliche Einstellungen wie sie – zumindest im mainstream – heute nun einmal sind.

Beate Großegger, Bernhard Heinzelmaier: Die neuen vorBilder der Jugend, Wien, G & G Verlag 2007

16, männlich, rechtsradikal

Es geht um rechte Jugendliche, in deren Alltagserfahrungen die Autorin, Psychoanalytikerin und Sozialpädagogin, sensibel und ohne Angst vor Tabuverletzungen einführt. Sie hatte länger mit rechtsradikalen Jugendlichen im ehemaligen Ostdeutschland gearbeitet und schildert anschaulich aus ihrer Erfahrung und Praxis. Sie zeichnet das Bild einer jungen Generation, die keine Zukunftsaussichten mehr wahrnehmen konnte, die das Gefühl hatte, nicht gebraucht, nicht erwünscht zu sein und die – so die untersuchten Einzelfälle, gar keine Väter, oder Väter hatten, die sich um ihre Kinder nicht kümmerten, oft ihren Frust im Alkohol ertränkten. Der Zusammenhang zwischen den Jugendlichen und der sie umgebenden Erwachsenengesellschaft wird deutlich.

Gertrud Hardtmann: 16, männlich, rechtsradikal. Düsseldorf, Patmos, 2007

Rastafari

In Jamaika, dem Geburtsland der Rastas, entstand eine rebellische Philosophie, die mit dem intensiven Genuss von Marihuana, liebevoll Ganja genannt, verbunden war und ist. Mit dem Reggae, der dazu gehörenden Musik, hat die Philosophie der Rastas einen globalen Siegeszug angetreten. Viele progressiv eingestellte Jugendliche lassen sich Dreads bzw. Dreadlocks, den typischen Rasta-Haarstil wachsen und fühlen sich darüber hinaus der Philosophie der Rastas verbunden. Während die oft skurrilen, patriarchalen Elemente der traditionellen Rastaphilosophie bei unseren Jugendlichen meist ausgeklammert werden, steht Rastafari für die Rebellion gegen Autoritäten, gegen die ausbeuterische Ordnung der Industriegesellschaften, gegen den Neoliberalismus, für Gerechtigkeit. Die Rastas wurden zu einer eigenen, internationalen Jugendkultur, die auch in Europa blüht und gedeiht.

Werner Zips (Hg.): Rastafari. Eine universelle Philosophie im 3. Jahrtausend, Wien, Pro media, 2007

Jugendkultur in Wien

Los geht es mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Die österreichische Jugendbewegung, die jüdische Jugendbewegung, Pfadfinderbund, der Verband jugendlicher Arbeiter, die Katholische Jugend. Brisant geht es weiter mit jener Phase von 1919 bis 1938, wo verschiedene linke und rechte Jugendbewegungen in den Bann verschärfter Politisierung, Militarisierung und auch in den Bereich widerständlerischer Aktivitäten gerieten. In den Zeiten provokanter Machtdemonstrationen rechter Jugendlicher ist besonders das Kapitel über die Jugend im Nationalsozialismus zu empfehlen. Die *Schlurfs* als typische Wiener Erscheinung kommen als Widerstand leistende Jugendliche zu geschichtlichen Ehren. Und auch die rebellischen 68er und ihre NachfolgerInnen sowie die Wiener HausbesetzerInnenszene werden anschaulich aufbereitet. Das Buch klingt mit den neuesten Entwicklungen, den verschiedenen Jugendszenen aus.

Natalia Wächter: Wunderbare Jahre? Jugendkultur in Wien, Verlag Bibliothek der Provinz, Weitra 2006, 174 Seiten

Skinheads, Gothics, Rockabillies

Immer wieder ist es erfreulich, neben den Massen an publizistischem Müll, der über Jugendkulturen, speziell über so kontroverse wie die Skinheads und die Gothics, publiziert wird, wissenschaftlich fundierte Beiträge in den Händen zu halten, die sogar noch flüssig zu lesen sind und sich nicht in wissenschaftlicher InsiderInnensprache verkrusten. Die Feldforschungen der Autorin, die ihre persönliche Nähe zu dem Erlebten mit der wissenschaftlichen Objektivität zu einem Seiltanz vereint, sind lebendig und informativ. Besonderes Augenmerk wird auf die Themen »Gewalt« und »Tod« gelegt. Dass auch eine sonst in der einschlägigen Literatur stiefmütterlich behandelte Szene wie die der Rockabillies durchleuchtet wird, ist ein Gewinn. Das Bildmaterial ist künstlerisch beachtenswert.

Susanne El-Nawab: Skinheads, Gothics, Rockabillies. Gewalt, Tod & Rock'n Roll, Berlin, Archiv der Jugendkulturen Verlag, 2007
Ein Besuch beim Verlag lohnt sich:
www.jugendkulturen.de

Cannabis in Jugendkulturen

Marihuana, das ewige heiße Thema. Seit der Faschismus das »Kraut der Armen« verboten hatte, werden dessen KonsumentInnen immer wieder kriminalisiert. Meistens sind es Jugendliche, die mit dem Gesetz in Konflikt kommen und es sind Jugendkulturen, die – ätsch! – immer wieder zum Joint greifen, in denen Cannabis Kult ist, dazugehört und Widerstand gegen den Staat, gegen die Spießergesellschaft bedeutet. Was nicht ausschließt, dass derartiger Genuss auch zu psychischer Lethargie und psychischer Einigelung führen kann. Der vorliegende, schön gestaltete Band bringt historische Streifzüge und verfolgt die Rauchwölkchen bei Hippies, Punks, New Wavern, Gothics, Rastafaris, HipHopern, Technofreaks....für interessanten Lesestoff, mit oral history Interviews angereichert, ist gesorgt. Und das alles auf seriöser wissenschaftlicher Grundlage.

Bernd Werse: Cannabis in Jugendkulturen. Kulturhistorische und empirische Betrachtungen zum Symbolcharakter eines Rauschmittels, Berlin, Archiv der Jugendkulturen Verlag, 2007

Roman Schweidlenka

FEIERTAGE IN DER TWIN-OAKS-KOMMUNE

Riesen-Eis und Rollenwechsel

Je länger ich in Twin Oaks lebe, desto mehr fällt mir auf, dass wir, obwohl wir uns als Kommune begreifen, ja auch ein 100-Seelen-Dorf sind und Ähnlichkeiten mit Dörfern überall auf der Welt haben. Es gibt hier den Dorf-Apotheker, den Dorf-Schreiner und so weiter. Und wir haben auch unsere eigenen Twin Oaks-Sitten entwickelt – Rituale und Zeremonien, die nur in unserem Dorf-Leben vorkommen, inbegriffen. Dank dem Organisationstalent eines Mitglieds – unseres Festmanagers – feiern wir stilvoll übers ganze Jahr.

von Valerie Livingwater, Twin Oaks

Validation Day – der Bestärkungstag

Diese Alternative zum Valentinstag (*) hat sich durch »wechselseitige Befruchtung« zwischen zwei Schwester-Kommunen ergeben. Damals in den 80ern, als Cristy aus der East-Wind-Gemeinschaft nach Twin Oaks wechselte, brachte er die Tradition mit, dass der 14. Februar für alle etwas Besonderes ist, nicht nur für die mit romantischen Neigungen. Jedes Mitglied bekommt eine handgemachte Karte, speziell für ihn oder sie gestaltet. Diese Karten gibt es in den ersten beiden Februarwochen. In diesem Zeitraum sollen die Mitglieder ihre »Bestärkungen« auf jede Karte schreiben. »Ich schätze Deine Arbeit als unser Garten-Manager – danke für deine Unterstützung dabei, dass wir mit so leckerem Bio-Gemüse versorgt werden!« Oder für ein frisch gebackenes Elternteil: »Ich freue mich über dein Aufblühen als Vater und wie du dich um das wundervolle Kind kümmerst, das du in unsere Welt gebracht hast« oder ein schlichtes »Dein stilles Lächeln erfreut mein Herz«. Das Ergebnis ist jeweils eine ganz persönliche Karte mit liebevollen, positiven Bestärkungen von den Menschen, mit denen wir unser Leben teilen. Die fertigen Produkte werden dann bei einem besonderen Validation Day-Dinner verteilt.

Anniversary – der Jahrestag

Einen Ehrenplatz unter unseren Feiertagen nimmt der 16. Juni ein – unser Kollektiv-Geburtstag. Die meisten nehmen sich dann einen Tag frei, um sich im Teich zu vergnügen, ein Grill-Picknick mit Ehemaligen zu genießen, die an dem Tag vorbeikommen, und auf der rauschenden Dance-Party bis spät nachts zu schwoofen. Manchmal inszeniert unser Fest-Manager ein fantasievolles Geburtstags-Event – das Unvergesslichste war ein dreieinhalb Meter langes Schoko-Pralinen-Eis, das nach der Regel »keine Hände benutzen!« verspeist wurde.

Ritual Tree Planting – das Baumpflanz-Ritual

In Twin Oaks gibt es relativ wenig Kinder (zehn bis fünfzehn). Geburten oder Adoptionen durch ein Mitglied sind also selten und sehr besonders. Für jedes neue Kind, das in unserem Dorf erscheint, pflanzen wir einen Obstbaum. FreundInnen und GratulantInnen kommen zusammen, um einen jungen Baum in die Erde zu setzen, oft auch mit der Plazenta des Kindes. Jede Person äußert ihre Hoffnungen und Träume für die Zukunft des Kindes, während Hände voll Erde und Kompost den Wurzelraum auffüllen. Dies Ritual bedeutet einen liebevollen Start in das Leben für das Kind und bekräftigt die Verbindung der Eltern Gewordenen mit der Gemeinschaft.

Halloween Costume Parade – die Halloween Kostüm-Parade

Ein Langzeit-Favorit besonders für die Kreativeren unter uns. Am Nachmittag tauschen wir die Rollen, und die Twin Oaks-Kinder machen sich schick und paradieren durch die Kommune und verteilen Bonbons an die Erwachsenen. Am Abend ist dann unsere Kostüm-Parade, bei der jedes Mitglied auf die Bühne gebeten wird, um ein Kostüm oder eine Rolle vorzuführen. Der jüngste Trend ist: Mitglieder verkleiden sich als ein anderes Mitglied, indem sie sich charakteristische Kleidungsstücke leihen, und agieren für diesen Abend als die gewählte Person.

Thanksgiving Dinner Alternatives – Alternative Erntedank-Feiern

Viele Oakers fahren an diesem Feiertag zu ihren biologischen Familien, und wer zuhause bleibt, hat verschiedene Wahlmöglichkeiten. Manche bevorzugen ein köstliches Truthahn- oder Tofu-Essen (die Truthähne kommen von zwei Ehemaligen, die jetzt in der Nähe ihre eigene Farm betreiben). Andere wählen ein »Einfaches Essen« mit Reis und Bohnen, um sich bewusst zu machen, dass für ein Großteil der Welt schon eine sättigende Mahlzeit ausreicht, dankbar dafür zu sein. Einige fasten an dem Tag und schicken das Geld, das für ein Essen ausgegeben worden wäre, an Organisationen, die den Hunger auf der Welt bekämpfen.

Validation Day 2007: Jonah, Thea, Robert und Ez — Foto: Joan Mazza

Midwinter Celebrations – Mittwinter-Feiern

Als weltliche Gemeinschaft folgt Twin Oaks keinem besonderen spirituellen Weg. Das bleibt den einzelnen Mitgliedern überlassen. Infolgedessen haben wir eine ziemliche Bandbreite von Mittwinter-Feierlichkeiten. Einige winterfeste Seelen begehen die Wintersonnenwende, indem sie die ganze Nacht draußen verbringen, bis ein Yul-Klotz heruntergebrannt ist. Und Jake macht an jedem 24. Dezember heißen Apfelwein, und wir lassen den Text des »Christmas Carol« (**) herumgehen und erleben eine kollektive Nacherzählung dieser klassischen Geschichte. Einige Mitglieder entscheiden sich dafür, an den Kwaanza Feiern im nahegelegenen Charlottesville teilzunehmen, andere holen ihren siebenarmigen Leuchter, die jüdische Menora, hervor – entweder öffentlich oder nur für sich selbst.

Neue Feiertage schaffen

In einem Jahr versuchte unser begeisterter Fest-Manager »hausgemachte Feiertage« einzuführen, die auf unseren Prinzipien basieren wie gemeinsames Wirtschaften und Kollektiv-Entscheidungen. Ein nobles kulturelles Vorhaben – doch diese Feiertage konnten nie so richtig Wurzeln schlagen. Von den Kindern gemalte Plakate, auf denen rot durchgekreuzte Gewehre (Symbol der Gewaltlosigkeit) abgebildet waren, schmückten einige Wochen lang die Wände des Speisesaals; aber es ist uns nie gelungen, einfache und bedeutungsvolle Aktivitäten zu erfinden, die zu der Gelegenheit passen würden.

Währenddessen feiern wir weiter Feste in unserem speziellen Twin Oaks-Stil. Und können uns darauf freuen, wie sich neue Traditionen herausbilden werden, wenn wir im Einklang mit unseren Werten leben.●

*) am Valentinstag (14. Februar) beschenkt man in den USA seinen erwählten Schatz

**)»Eine Weihnachtsgeschichte« von Charles Dikkens

Valerie Livingwater lebt in der egalitären Kommune »Twin Oaks« in Virginia, USA

Übersetzung: Ariane Dettloff, Redaktion Köln

Infos: www.twinoaks.org

KOOPERATIVE SCHLOSS GERSDORF / AQUA NOSTRA

Als Kommune mal so richtig ausreichend Geld erwirtschaften

Wir, 1 Frau, 5 Männer und »fast« 2 Kinder wohnen in einem großen Haus, welches in einem kleinen Dörfchen in Sachsen (zwischen Dresden und Leipzig) steht. Angetreten sind wir mit dem Ziel, in selbstverwalteten Strukturen gemeinschaftlich zu leben und zu arbeiten.

Maik Herrmann ● Eines der wesentlichen Dinge ist die gemeinsame Kasse. Da fließt alles rein, was jedEr erwirtschaftet, bzw. wir gemeinsam erarbeiten. Natürlich haben wir uns auch Grundsätze gegeben. Da steht dann alles drin, was man halt so erwartet: solidarisch, gemeinsame Ökonomie, gemeinsamer Besitz von Grund & Boden und Produktionsmitteln, großfamiliär usw. Doch viel wesentlicher ist für uns das tägliche miteinander Umgehen, das miteinander Leben. Und das lässt sich eben schlecht in Manifeste pressen, das will einfach gelebt werden.

Den Rahmen dafür werden wir genossenschaftlich bilden: das Haus wird durch eine Genossenschaft gekauft. Für die gewerbliche Tätigkeit wird eine GmbH gegründet, welche eine 100%ige Tochterfirma der Genossenschaft ist. Die ehemaligen Selbständigen und Firmen werden nunmehr bei der Tochter GmbH angestellt und das erwirtschaftete Einkommen fließt über diese GmbH in den großen Topf der Genossenschaft und der gemeinsamen Ökonomie. Klingt umständlich, hat sich aber z.B. in der Kommune Niederkaufungen gut bewährt.

Ein wichtiges ökonomisches Standbein unserer Gruppe wird der Bau von Pflanzenkläranlagen sein. Ein Mitglied unserer Gruppe hat in über 10 Jahren eine gut gehende Kläranlagenfirma aufgebaut. Es werden ausschließlich Pflanzenkläranlagen gebaut. Beim Bau und Betrieb dieser Kläranlagen muss man sich als »Öko« nicht verleugnen: die Anlagen bilden neue Feuchtbiotope, verbrauchen minimal oder gar kein Strom, sie sind ausgesprochen dezentrale Anlagen, passen sich in die Landschaft ein und ganz nebenbei werden den Nutzern neue Gedanken bei dem Umgang mit Wasser vermittelt (»Dürfen wir jetzt nur noch Reinigungsmittel im Bioladen kaufen?«).

Schloß Gersdorf

Diese Firma könnte sechs Menschen ernähren und Geld für die Gruppe erarbeiten. Das Ziel ist nicht utopisch. Der Kläranlagensektor im Osten ist gerade in eine Art Goldrausch verfallen, da bis zum Jahr 2015 sämtliche Haushalte in unserem Land an eine vollbiologische Kläranlage angeschlossen werden sein müssen und in den neuen Bundesländern der Nachholbedarf besonders groß ist. In ganz D werden dauerhaft 1.500.000 Kleinkläranlagen betrieben werden.

In Sachsen beläuft sich die Zahl, der in den nächsten Jahren zu errichtenden vollbiologischen Kläranlagen, auf etwa 175.000. Die Erfahrung zeigt, dass ca. 2% davon als Pflanzenkläranlagen errichtet werden. Also allein in Sachsen 3.500 Anlagen. Bis 2015 pro Jahr somit etwa 500 Anlagen pro Jahr. Es gibt in Sachsen ca. 2-3 Anbieter solcher Anlagen, welche zusammen ca. jährlich 100 Anlagen bauen. Der Bedarf kann durch sie bei weitem nicht gedeckt werden. Tja, wenn sich da nicht die Motivation so richtig los zu klotzen ins Unermessliche steigert...

Und sind erst einmal Kläranlagen gebaut worden, so müssen diese auch durch fachkundige Firmen regelmäßige kontrolliert werden. Unsere Firma verfügt über den Nachweis der Fachkunde und wir wären somit berechtigt, diese Wartungen durchführen zu dürfen. Und das ist wie ein »Dauerauftrag«. Eine festkalkulierbare Einnahmegröße über lange Zeit.

Doch wisst Ihr wo das Problem liegt? Es ist unglaublich: wir haben einfach zu wenige MitarbeiterInnen! Schließlich will ja auch nicht jeder und jede Pflanzenkläranlagen bauen. Der Garten muss auch gerichtet werden, Kinder umsorgt, an den Häusern gebaut, Seminare, Kinderfreizeiten organisiert, unser Kino aufgebaut und was weiß ich noch alles gemacht werden.

Die bewusste Firma heißt AQUA NOSTRA. Was soviel bedeutet wie »Unser Wasser«. Dieser Name ist Programm und er kann für weit mehr als den Bau von Pflanzenkläranlagen stehen. Gewässerrenaturierung, Wasserfilter o.ä. sollte drin sein. Unsere Firma wird also auch in der Perspektive die Möglichkeit für Wandel und Erweiterung bieten.

Und nun kommt's: wir möchten diejenigen zu einem Workshop einladen, welche sich vorstellen könnten, Pflanzenkläranlagen mit »Leib und Seele« im Rahmen einer Gemeinschaft zu planen und zu bauen. Auf dem Workshop bekommt Ihr die Funktionsweise von Pflanzenkläranlagen erklärt und wir wollen gemeinsam über die möglichen Arbeits- und Lebensstrukturen reden.

Der Workshop findet am Sonnabend, dem 15. März von 10 bis 18 Uhr bei uns in Gersdorf statt. (Kooperative Gersdorf, Gersdorf 23, 09661 Tiefenbach). Natürlich könnt Ihr eher anreisen und auch wieder später fahren.

Wer keine Zeit hat, kann sich gern vorher telefonisch mit uns in Verbindung setzen. Der Ansprechpartner: Maik Herrmann.●

Kooperative Schloss Gersdorf, Gersdorf 23, 09661 Tiefenbach, Tel.: (03 43 22) 66 17 96

KULTURwirtschaftsPOLITIK

Die aktuelle Ausgabe der Kulturpolitischen Mitteilungen beschäftigt sich im Schwerpunkt mit dem Thema Kulturwirtschaft und Kulturpolitik. Erstere ist zunehmend in das Blickfeld letzterer geraten. Nicht zuletzt unter dem Einfluss angloamerikanischer Diskussionen um Kreativwirtschaft und die sog. »kreative Klasse« setzen sich die Autoren mit den neuen Herausforderungen auseinander. Daneben finden sich die bekannten Rubriken von »Kulturpolitik aktuell« über Projektberichte, Literaturhinweise und die aktuellen Nachrichten. Inhaltsverzeichnis unter http://www.kupoge.de/kumi.htm●

be

BROSCHÜRENVORSTELLUNG

Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel

Knapp 30 Personen vom »Komitee für Grundrechte und Demokratie« machten sich am 1. Juni 2007 auf den Weg nach Heiligendamm. Dort beobachteten sie vom 2. bis 8. Juni das demonstrative Geschehen rund um den G-8-Gipfel. Der Bericht ihrer Beobachtungen liegt nun als buchdicke Broschüre im Eigenverlag des Komitees zum Preis von 10 EUR vor (Dez. 2007).

Wolf-Dieter Narr / Redaktion Heidelberg ● Dieser Bericht belegt detailliert, wie mehrere Zehntausende – vor allem junge Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus anderen Ländern – phantasievoll und friedlich für eine andere, menschen- und umweltgerechtere Welt demonstrierten. Nicht nur als bloße Manifestation angemaßter, globaler Macht von acht Staaten durch ihre Spitzenvertreterin und -vertreter wird an Heiligendamm Anfang Juni 2007 erinnert werden sondern wie dort zehntausende von BürgerInnen sechs Tage lang friedlich demonstrierten, dass »eine andere Welt möglich ist.« Diese Tage werden vielmehr als demokratische Demonstration und gemeinsames Lernen im Gedächtnis bleiben. Im Bericht »Gewaltbereite Politik und der G-8-Gipfel« finden sich folgende Beobachtungen, Bezüge, Argumente und Analysen:

Das Grundrecht auf Demonstration

Die Basis der Beobachtungen und Beurteilungen des Komitees bildet das Grundrecht aller Bürgerinnen und Bürger, frei zu demonstrieren, wo immer sie dies von ihren Interessen heraus tun wollen. Das Grundrecht, frei zu demonstrieren, ist ein zentraler Bestandteil repräsentativer Demokratie. Bürger und Bürgerinnen können nur indirekt über gewählte VertreterInnen (= Repräsentanten) am politischen Geschehen mitwirken. Gerade darum stellt das Demonstrationsrecht eine fundamentale Bedingung der Demokratie dar. Hier können BürgerInnen ihre Meinung im Kollektiv öffentlich in ganzer Person ausdrücken. Exklusiv repräsentative Demokratie verkümmert ohne die demonstrative Mund-zu-Mund-Beatmung durch unmittelbare Meinungsäußerungen der BürgerInnen.

Aus diesem Grund legt das »Komitee für Grundrechte und Demokratie« so großen Wert darauf, dass das Recht zu demonstrieren, unverkürzt erhalten bleibt. Das Komitee hat seit 1981 zahlreiche Demonstrationen beobachtet und über sie berichtet. Einseitige Berichte der zuständigen politischen und polizeilichen Instanzen und in den bürgerlichen Medien, die oftmals nur die Pressemitteilungen der offiziellen Stellen wiedergeben, untergraben die Demonstrationsfreiheit. Berichte unabhängiger Beobachter sind notwendig, um eine »Gegenöffentlichkeit« zu schaffen.

Der angeblich gewaltdurchzogene Anfang am 2. Juni in Rostock

Das demonstrative Geschehen vom 2. bis 8. Juni wurde mit einer Großdemonstration und Versammlung am 2. Juni im Rostocker Hafen eröffnet. 80.000 Menschen trafen sich dort, um die herrschende Form der Globalisierung zu kritisieren. Diese schafft weltweite Ungleichheiten unter den Menschen und sie zerstört die Umweltbedingungen aller organischen und anorganischen Geschöpfe. Die Eröffnungsversammlung war noch nicht zu Ende, da hallte der Gewaltruf durch die Medien, es wurden Bilder gewalttätiger Auseinandersetzungen übers Fernsehen in die Wohnzimmer geflimmert. Der Vorwurf gewalttätiger Teilnehmer an der Versammlung wurde mündlich und zeitungsschriftlich verbreitet. Nicht wenige Vertreter – selbst von den Gruppen, die die Versammlung organisiert hatten – sprachen sich gegen diejenigen pauschal aus, die Gewalt ausgeübt hätten. Die Polizei meldete fälschlicherweise hunderte von teilweise schwer verletzten PolizeibeamtInnen durch gewalttätige Demonstrationsteilnehmer. Teilnehmende an der Versammlung wurden als ertappte oder vermutete »Gewalttäter« festgenommen.

Die Polizeiführung, konzentriert in der Sonderbehörde Kavala, erklärte zugleich, sie habe durchgehend eine »Deeskalationsstrategie« verfolgt. Sie werde trotz der negativen Erfahrung durch »Gewalttäter« an dieser Strategie festhalten.

Um dem Versammlungsverlauf gerecht zu werden und beurteilen zu können, welche Behauptungen zutreffen, hat die BeobachterInnengruppe ein Doppeltes getan. Sie hat zuerst die Vorgeschichte der Junitage zwischen Rostock und Heiligendamm untersucht und hat die Berichte, die die BeobachterInnen gegeben haben, als dichte Beschreibung des Geschehens am 2. Juni und der folgenden Tage bis zum 8. Juni zusammengefasst.

Vorgeschichte

Die politisch-polizeiliche Einstimmung des Junigeschehens geschah in zweifacher Weise. Auf der einen Seite wurde der G8-Gipfel als ein absolut zu schützendes »hohes Gut« vorausgesetzt. Da gelte es uneingeschränkt und kompromisslos den G8-Gipfel gegenüber allen irgend erwartbaren Gefährdungen zu sichern. Die Prävention ging soweit, dass die »hohen Staatsgäste« nicht einmal von Ferne demonstrierende BürgerInnen mit dem Fernglas wahrnehmen können sollten. Denn, so die Ansicht der Sonderpolizeibehörde »Kavala«, die Staatsmänner könnten dadurch irritiert werden.

Auf der anderen Seite wurde vermutet – geheimdienstlich und verfassungsschützerische Berichte legten solche Prognosen nahe – unter den Demonstrierenden wäre ein terroristischer, »islamistisch« geschnitzter Kern. Um diesen Kern lagerten noch vor dem Kranz friedlicher Demonstranten »gewaltbereite« Gruppen »autonom« und »schwarzblockig«. Es wurde vermutet, dass unter Umständen mit Sprengstoff oder ähnlich instrumentierte Gewalttaten gegen das Gruppenbild »Sieben Herren und eine Dame« geplant seien.

Dementsprechend wurde über zwei Jahre lang hoch gerüstet. Ein unübersteigbarer Draht- und Eisenzaun wurde großzügig um Heiligendamm gezogen. Auch die Bundeswehr wurde um grundgesetzlich nicht gedeckte Amtshilfe ersucht. Sie stand bereit. »Wenn Sie uns brauchen, sind wir Soldaten für Sie da« (Vizeadmiral Wolfgang Kühn im Januar 2007 in Rostock auf www.streitkraeftebasis.de). Die Bundeswehr war mit Schnellbooten und Panzerspähwagen zu Wasser und zu Land präsent. Nicht zuletzt dienten Tornadoflüge dazu, endlich nicht am Hindukusch, sondern in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt, den »Feind«, nämlich demonstrierende BürgerInnen, vorab ob möglicher Wühlmaustätigkeiten und Anfang Juni im demonstrierenden »Einsatz« auszuspähen. Statt Feind-, militärisch gewandte Bürger-»Aufklärung«. Wie nennt das die Polizei, die sichernd im großen Kreis um Rostock, Heiligendamm und den Flughafen Rostock-Laage mit Hubschraubern, Blaulichtwagen ohne Ende und schlagsicher verpackten Polizeien zusammenkam?! Deeskalation? »Kavala« und die hinter ihr stehende Politik, repräsentiert durch die Innenminister Caffier (Mecklenburg-Vorpommern) und Bundesinnenminister Schäuble vor allem, betrieben spekulationsgesicherte Eskalation pur.

Der Zaun um Heiligendamm hinter dem die G8-Zirkusvorstellung ablief — Foto: Steffen / Umbruch Bildarchiv Berlin

Unser Beobachtungs-Bericht...

... vom Samstag, den 2. Juni, und von den Tagen 3. bis 8. Juni weist nach, dass der mit Spekulationsluft gefüllte Ballon präventiver Sicherungen wie eine einzige Kette von Knallfröschen zerplatzte. Am 2. Juni gab es gewaltvermischte Handgemenge zwischen Demonstranten und Polizeigruppen. Es gab Steinwürfe. Es gab auch manche verletzte PolizeibeamtInnen. Die eingesetzten, divers gefärbten, oftmals wie Bürger in Zivil gekleideten, also vielfach mehr oder minder bis zu ihren heruntergelassenen Helmblenden wahrhaft vermummten Polizeigruppen wurden jedoch vor allem am Versammlungsanfang nicht so eingesetzt, dass alle wechselseitigen Aggressionen möglichst vermieden wurden.

Polizeibeamte wurden unter die versammelten DemonstrantInnen geschickt und griffen immer wieder einzelne Demonstrierende heraus, so dass die Polizei nicht Gewalt vermied, sondern Gewalt sicherte. Das rechtfertigt natürlich keinen Steinwurf. Fest steht jedoch: dass die »Kavala«, die schon im Mai durch eine hanebüchen begründete, also unfundierte Allgemeinverfügung alle Demonstrationen grundrechtswidrig untersagte, in jeder öffentlich allgemeineren Äußerung täuschte (zu ihren Gunsten nehmen wir an, dass sie sich auch selbst täuschte. Nur, wozu brauchen wir Sicherheitsorgane, die zu Ungunsten der BürgerInnen, aber zugunsten ihrer eigenen Bedeutung jedes Augenmaß und jede »Intelligence« vermissen lassen?!). Skandalös war die Täuschung zu Angaben über der Zahl verletzter PolizeibeamtInnen und der Schwere derer Verletzungen.

Von Sonntag, den 3. Juni, bis Freitag, den 8. Juni, glänzten die Demonstrationen als Demonstrationen gegen die schlimmen Folgen kapitalistisch einseitiger Globalisierung und zugleich als praktizierte Friedensbewegung. Aggressive Akte, durchgehend am Rande, sind fast nur der falsch und übermäßig eingesetzten Polizei zuzuschreiben.

Eine mehrfache »Moral« ist aus der demonstrationenumkränzten Heiligendammgeschichte zu ziehen

Unterstellt, man will lernen und nicht wie die »verantwortlichen« Politiker und leitenden Polizeibeamten obstinat mit eingewachsenen Scheuklappen auf seinem selbstverschuldeten, sicherheitswahngleichen Irrtum beharren. Innenminister Caffier (Mecklenburg-Vorpommern) verdiente ohnehin den Preis nachgewiesener Lernunfähigkeit, den er mit seinem Bundeskollegen leider teilen muss.

● So schlimm das ist: offiziellen Behauptungen über (terroristische) Gefährdungen ist nicht zu trauen, da diese im Zusammenhang mit Heiligendamm unbelegt blieben.

● Polizeiliche Eingriffe zusammen mit einem quantitativen und qualitativen »Overkill« an gewalttätig einsetzbarem Personal und gewaltsam benutzbaren Mitteln sind durch nicht überprüfbare Sicherheits- und Risikospekulationen nicht zu legitimieren.

● Die immer stärkere informationelle Zersetzung bürgerlicher Integrität (Art. 2 GG; s. auch die einschlägigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts einschließlich des »Volkszählungsurteils«) durch die schier unbegrenzte Datengier der dazu gesetzlich ermächtigten Sicherheitsbehörden führt nicht zu einem Mehr an bürgerlicher Sicherheit. Auch nicht solcher eines demokratisch grundrechtlich verfassten Staates. Sie hat vielmehr ein qualitatives Weniger bürgerlicher Sicherheit und grundgesetzlich verfasster Demokratie zur Folge. Sähen wenigstens die Abgeordneten der Landtage und des Bundestages vor allem solche Zusammenhänge dieses endlich ein! Heiligendamm kann als anderes Menetekel gelesen werden.

● Der Sicherungsaufwand der staatlichen Instanzen vor und rund um Heiligendamm war nicht nur umgekehrt proportional der Gefährdung durch die eigenen BürgerInnen oder globalisierungskritische BürgerInnen aus dem Ausland. Der Sicherungsaufwand stand in keinem Verhältnis zur nachdemokratischen, globalisierungsautoritären Struktur des G8-Gipfels und seiner bestenfalls machtsymbolischen, ansonsten aber erwartbar ergebnislosen Zirkusfunktion ohne artistischen Spaß.

● Angesichts der Eigenart solcher politisch substantiell talschluchttiefen Gipfel sind globalisierungskritische BürgerInnen demokratischen Elans gehalten, mehrfach nachzudenken: zum einen, ob es sich lohnt, Großdemonstrationen um einen in einem Hochsicherheitstrakt selbst gefangener Spitzenpolitiker zu arrangieren; zum anderen, ob es nicht vorzuziehen sei, mithilfe rundum einschlägiger Themen für lokal, regional, national und dadurch vermittelt global demokratiegemäßere Prozeduren und Entscheidungsmechanismen zu demonstrieren; zum dritten, ob es nicht wichtiger sei – und das ist zum Teil in Rostock geschehen, jedoch zu punktuell geblieben –, ungleich mehr als globalisierungskritisch groß zu demonstrieren, während die Adressaten polizeiabgeschottet fliehen, eigene (alternative) Konzepte und ihre Umsetzung voranzutreiben.

Der G8-Gipel zu Heiligendamm – ein Fiasko

Die Demonstrationen waren, soweit nicht grundrechtswidrig weithin verboten, eine leicht eingeschränkte demokratische Freude. Eingeschränkt war sie zum einen durch einige, demonstrierend am 2. 6. selbst-, jedenfalls mitverschuldete »Dellen«. Eingeschränkt war sie vor allem, weil sich die Dame im Herrenkränzchen im Sicherheitstrakt Kempinski zu Heiligendamm wegstahl (und ohnehin mit ihren Herren zu allen drängenden Fragen der Zeit, sie allenfalls erschwerend, nichts zu sagen hatte/hat).●

Darüber und anderes mehr handelt der Komiteebericht ausführlich und begründet: »Gewaltbereite Politik und der G-8-Gipfel«. Hg: Komitee für Grundrechte und Demokratie, ISBN 978-3-88906-125-6, 192 Seiten, 10 EUR.

Anzeige

Broschüre der Roten Hilfe e.V. mit Artikeln, Interviews, Presseerklärungen und Berichten zur Repression rund um den G8 2007 in Heiligendamm

Hrsg. Rote Hilfe e.V.
A4, 76 Seiten
3,– Euro

zu beziehen über:
Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
T & F: 0431 / 751 41
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Heiligendamm und die Bürgerrechte

Mit diesem Buch beleuchtet der Republikanische AnwältInnenverein die rechtspolitischen Aspekte des G8-Gipfels und der damit zusammenhängenden Proteste. Um die Rechte der sozialen Bewegungen zu verteidigen, war schon Monate vor den Gipfelprotesten klar, dass über hundert RechtsanwältInnen aus ganz Europa vor Ort aktiv sein würden. Gemeinsam mit den Ermittlungsausschüssen organisierten sie sich unter dem Dach des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins als Legal Team/Anwaltlicher Notdienst.

Die Vorgänge in Heiligendamm im Frühsommer 2007 haben das Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen – nicht nur vor Ort – in einen Ausnahmezustand versetzt. Er war, so der Tenor vieler der insgesamt 21 Beiträge, in dieser Form bislang einmalig in der Bundesrepublik. Viele Elemente dieses Ausnahmezustandes – wie lückenlose Überwachung, polizeiliche Sondereinheiten, Käfighaltung von Gefangenen, Massenverhaftungen und Demonstrationsverbotszonen – waren nicht wirklich neu. Andere dagegen ließen eine neue Qualität erkennen: Die Gründung der mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten besonderen Aufbauorganisation »Kavala«, der Einsatz »militärischen« Gerätes in Amtshilfe im Inland, die offensive Medienarbeit der Polizei. Der Bau eines 13 Kilometer langen Zauns verwandelte den Tagungsort Heiligendamm in eine Hochsicherheitszone.

Vor und während der Proteste gegen das Gipfeltreffen zeigte sich ein modernisierter präventiver Sicherheitsstaat: mit Razzien und Kriminalisierung der GipfelkritikerInnen im Vorfeld, gezielter Desinformationspolitik, gravierenden Einschränkungen des Demonstrationsrechts, Entfesselung des Polizeiapparats, Beschneidung der Rechte von Inhaftierten sowie dem gewalttätigen und eskalierenden Vorgehen gegen Formen zivilen Ungehorsams.

Die AutorInnen argumentieren von einer bürgerrechtsorientierten Position aus, die die Polizei als Dienerin der BürgerInnen und Grundrechte als Schutzrechte vor staatlichem Handeln definiert. In Heiligendamm geschah das Gegenteil. Die Polizei hinderte durch ihr zu erwartendes Auftreten die BürgerInnen an der Wahrnehmung ihrer Grundrechte. Die Bürger- und Menschenrechte, dies wird nach der Lektüre leider allzu deutlich, wurden während der Proteste gegen den G8-Gipfel in und um Heiligendamm von den Demonstrierenden verteidigt.

Viele Beiträge gehen von einem Gegensatz zwischen einem kritisiertem Ausnahmezustand und dem implizit nicht so kritikwürdigen »Normalzustand« polizeilichen und juristischen Handelns aus. Aber ist es nicht vielmehr so, dass sich beide »Zustände« zumindest anlässlich solcher Ereignisse kaum noch unterscheiden lassen?●

www.rav.de

Bernd Hüttner

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein / Legal Team (Hg.): Feindbild Demonstrant. Polizeigewalt, Militäreinsatz, Medienmanipulation. Der G8-Gipfel aus Sicht des Anwaltlichen Notdienstes; Verlag Assoziation A, Berlin 2008, 176 S., 10 EUR

SONNENSTADT JEVER EG

Im Norden viel Neues:
Bürger-Photovoltaik-Genossenschaft auf den Weg gebracht

Mitte 2007 wurde in Jever die 1. Bürger-Photovoltaik-Genossenschaft im Weser-Ems-Gebiet initiiert. Damit haben die Bewohner der Stadt Jever im Rahmen eines Pilotprojektes der neu gegründeten Genossenschaft »Sonnenstadt Jever« erstmals die Gelegenheit, sich aktiv am Umweltschutz zu beteiligen und gleichzeitig eine vergleichsweise gute Rendite zu erzielen. Nach einem gelungenen Start in Jever soll das Genossenschaftsmodell auf andere Kommunen im Jeverland übertragen werden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Schon seit langer Zeit befasst sich die Volksbank Jever geschäftlich mit dem Thema »Erneuerbare Energien«. Im Bereich Windenergie, Biomasse-Energie und Photovoltaik wurden von ihr bereits verschiedene Finanzierungen begleitet. Darauf aufbauend hat sie auf Anregung und mit Unterstützung des Genossenschaftsverbandes Weser-Ems e.V. über die von ihr initiierte Gründung der Genossenschaft nun ein zukunftsweisendes Modell vorgestellt, das breiten Bevölkerungsschichten diesen Bereich zugänglich macht. Dies geschieht in engem Zusammenwirken mit der Stadt Jever.

Zahlreiche Gewinner

Die Grundkonstruktion ist relativ einfach: Die Stadt Jever und ein örtlicher Sportverein stellen der Genossenschaft und ihren Mitgliedern Dachflächen kommunaler und vereinseigener Gebäude pachtweise zur Verfügung. Darauf werden Photovoltaik-Anlagen installiert, die über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren Sonnenlicht in Strom umwandeln. Diese wird ins Stromnetz eingespeist und zu festgelegten und gesicherten Preisen bezahlt. Bürger der Stadt Jever beteiligen sich an der Genossenschaft und stellen damit das Eigenkapital von 30% der Investitionssumme zur Verfügung. Sie erhalten dafür eine prognostizierte Rendite von bis zu 6% vor Steuern, abhängig von der Sonneneinstrahlung und der dadurch vereinnahmten Stromvergütung.

»Bei diesem Modell gibt es nur Gewinner«, resümiert Gerd Köhn, Vorstandsmitglied der Volksbank Jever eG und gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der Sonnenstadt Jever eG: »Die Stadt Jever und der Verein erzielen Pachterträge, darüber hinaus erhält die Stadt Gewerbesteuereinnahmen. Das Mitglied erhält eine attraktive Rendite und die Umwelt wird geschont durch die Reduzierung der CO_2-Emission«. Die Bank selbst bekommt ein einmaliges Agio von 5% für die gezeichneten Anteile, weitere Kosten, auch laufende, fallen nicht an. Das Projekt ist so angelegt, dass später weitere Dachflächen angepachtet werden können. Denn im Gegensatz zu einem Fonds ist eine Genossenschaft auf Erweiterung ausgelegt, die auch weitere Mitglieder aufnehmen kann.

Ausdehnung geplant

Die Finanzierung erfolgte durch 30% Eigenkapital der Mitglieder, die restlichen 70% sind durch Darlehensmittel der KfW-Förderbank dargestellt worden. Zurzeit gehören der Genossenschaft 91 Mitglieder an. Um breiten Bevölkerungsschichten den Eintritt in die Genossenschaft zu ermöglichen, wurde der Mindestgeschäftsanteil auf 1.000 Euro festgelegt. Die Satzung der Genossenschaft ermöglicht eine Höchstbeteiligung von maximal 10.000 Euro pro Mitglied. Für rund 330.000 Euro wurden bisher Anteile gezeichnet. Der Vorstand der Volksbank Jever unternahm bereits weitere Schritte, um das Pilotprojekt im gesamten Geschäftsbezirk vorzustellen. »Bei Gesprächen mit kommunalen Vertretern der umliegenden Gemeinden und Städte laufen wir offene Türen ein«, stellt Gerd Köhn nicht ohne Stolz fest. »Vielleicht gelingt es ja, dieses Gewinnermodell flächendeckend über unser Geschäftsgebiet einzuführen«, so sein Blick in die Zukunft.

Die erste Solaranlage der Genossenschaft »Sonnenstadt Jever eG« wurde bereits in Betrieb genommen

Für die bereits am Netz befindlichen Anlagen gelten folgende technische Angaben: Es wurden monokristalline Photovoltaikmodule der neuesten Generation verwendet, deren Wirkungsgrad zwischen 13% und 17% liegen. Nach heutigen Erkenntnissen ist eine Lebensdauer von mindestens 20 Jahren prognostiziert. Allerdings nimmt die Leistungsfähigkeit der Module über die Jahre geringfügig ab. Mit einem Investitionsvolumen von etwa 1,1 Mio. Euro sind Photovoltaikmodule auf drei Dächern installiert mit einer Gesamtleistung von 280 kWp. Bezogen auf die für die Region Jever vom Deutschen Wetterdienst zugrunde gelegte Sonnenscheindauer kann durchschnittlich eine Einspeisung von 250.000 kwh pro Jahr erwartet werden. Die damit vermiedene CO_2-Emission beträgt rd. 220.000 kg/a.

Vertiefende Informationen

Für das Jahr 2008 sind weitere Projekte im Vorlauf, im I. Quartal 2008 soll eine Tennishalle mit Modulen belegt werden, die eine Leistung von rd. 180 kWp haben werden. In einer umliegenden Gemeinde wird zurzeit die Machbarkeit einer Freiflächenanlage mit einer Leistung von 2,5 MW geprüft. Weitere Einzelheiten zu den Projekten können ab Ende Januar 2008 im Internet der Website www.sonnenstadt-jever.de entnommen werden.●

BUCHBESPRECHUNG

Raiffeisen in Bewegung: Geschichte der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Österreich

In Österreich nimmt das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen einen eminent wichtigen Stellenwert ein. Seit der Gründung der ersten Spar- und Darlehenskasse nach dem System Raiffeisen in Mühldorf im Jahre 1887 sind knapp 120 Jahre vergangen, eine für die österreichische Raiffeisenbewegung fast ununterbrochene Erfolgsgeschichte in den Bereichen Geld, Ware und Verwertung. Inwieweit heute allerdings noch von genossenschaftlichen Strukturen gesprochen werden kann, wird sehr konträr betrachtet.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● In der Geschichtsmonographie »Auf der Strasse des Erfolges« beschreibt Wolfgang Werner sehr detailliert die Entwicklung der Raiffeisenbewegung in Österreich. Aus kleinsten Anfängen entstand ein dichtes Netz an Primärgenossenschaften, die sich nach deutschem Vorbild in Landes- und Bundeszentralen sowie eine zentrale Anwaltschaft zusammenschlossen. Der Durchbruch zu einer flächendeckenden Organisation erfolgte weitgehend noch in der Monarchie beziehungsweise in der ersten Republik. Die Entwicklung zu Wirtschaftseinheiten, die auch außerhalb der Landwirtschaft Fuß fassten, fand allerdings zum Großteil erst in der zweiten Republik statt.

Durch das Eingehen in Beteiligungsverhältnisse und durch das Schließen von Kooperationen mit nichtgenossenschaftlichen Partnern wurden nach und nach wirtschaftliche Einheiten geschaffen, die marktbeherrschende Stellung erlangten. Im Zusammenhang mit der Integration Österreichs in die Europäische Union und durch die Ostöffnung entstanden schließlich international tätige Konzernstrukturen. Die Osteuropa-Aktivitäten der Raiffeisengeldgruppe, die international tätige Versicherungssparte, die Partnerschaft der Warenorganisation mit der bayrischen Schwesterorganisation und die Strukturen im Zucker-, Stärke- und Mühlenbereich führten zu Größenordnungen mit monopolartigem Charakter.

Fehlende kritische Reflektion

Mit dieser Entwicklung sind die österreichischen Raiffeisengenossenschaften kein Musterbeispiel genossenschaftlicher Organisation. Die Bindung der Genossenschaftsmitglieder an ihre Unternehmen hielt mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Dies wird in dem Buch zwar deutlich, Wolfgang Werner hält sich hier aber mit Bewertungen, Aufzeigen von Alternativen und kritischen Anmerkungen weitgehend zurück. Er nimmt vor allem die Position des wohlwollenden, verhalten kritisch distanzierten Beobachters und Geschichtsschreibers ein. Das Interesse an den vielen Details dürfte selbst bei engagierten Genossenschaftlern begrenzt sein. Eine etwas ausführlichere kritisch bewertende zusammenfassende Darstellung wäre deshalb hilfreich gewesen. So bleibt das Buch vor allem für Historiker eine wichtige Aufarbeitung und Fundgrube.●

Wolfgang Werner: Auf der Straße des Erfolges. Zur Geschichte der österreichischen Raiffeisenbewegung von kleinen Ortsgenossenschaften zu international tätigen Netzwerken, München und Mering 2005 (Rainer Hampp Verlag), 47,80 EUR

BUCHBESPRECHUNG

Gemeinschaftsunterstützte Landwirtschaft als Alternative zu genossenschaftlichen Großstrukturen?

Vor etwa 20 Jahren wurde das Konzept Community Supported Agriculture (CSA) entwickelt. Es soll Landwirten ermöglichen, von ökonomischen Zwängen befreit, nachhaltig zu wirtschaften. Ziel der Arbeit von Katharina Kraiß ist es, einen aktuellen Überblick über Community Supported Agriculture in Deutschland zu geben. Als Methoden wurden Literaturaufarbeitung und -wiedergabe sowie qualitative, halboffene Leitfadeninterviews angewandt. Es ist ein gelungener Einstieg in ein in Deutschland wenig bekanntes Thema.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Recherche von Katharina Kraiß zeigt, dass in Deutschland der Begriff Community Supported Agriculture, abgekürzt CSA, wenig geläufig ist. Fünf der sieben CSA-Höfe, die sie in Deutschland ausfindig gemacht hat, nennen sich selbst Selbstversorgergemeinschaft oder Wirtschaftsgemeinschaft. Die etwas holprig klingende wörtliche Übersetzung »gemeinschaftsunterstützte Landwirtschaft« ist lediglich im Kontext der direkten Übersetzung dieses Begriffes zu finden und ansonsten nicht üblich.

Vertrauensstrukturen erforderlich

Vorraussetzungen, um eine CSA aufzubauen, sind insbesondere ein Kreis von Menschen, der dieses Konzept umsetzten möchte. Dies benötigen Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowie Vertrauen und Verbindlichkeit. Das CSA-Konzept bietet sowohl Möglichkeiten zur Übernahme von Eigenverantwortung als auch Lösungsmöglichkeiten, z.B. bei Problematiken im Zusammenhang mit der Hofübernahme oder bei der Finanzierung der Landwirtschaft. Hemmschwellen für Landwirte und Verbraucher stellen u.a. das erforderliche Umdenken und die eingeschränkten Kontrollmöglichkeiten dar.

Deutschsprachige Literatur und schriftliche Informationsquellen zur gemeinschaftsgestützten Landwirtschaft liegen relativ wenige vor. Durch die bereitwillige Weitergabe von Informationen und Erfahrungen der schon vorhandenen CSAs haben Interessierte und neu entstehende CSA-Höfe mittlerweile eine Basis, auf die sie aufbauen können. Die CSA-Höfe werden in der Bachelorarbeit jeweils an Hand eines Betriebsspiegels sowie einer Beschreibung der Entwicklung, der Motivationen, der Organisation als auch der Schwierigkeiten dargestellt. Die Organisation der einzelnen CSA-Höfe ist entsprechend ihrer unterschiedlichen Herangehensweisen und ihres gesellschaftlichen Umfelds sehr individuell.

In der Diskussion wird eine Anzahl ähnlicher (Vermarktungs-) Modelle, die in einzelnen Punkten mit dem CSA-Konzept übereinstimmen (auch Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften), dargestellt und abgegrenzt. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass CSA im Grunde keine Vermarktungsform im konventionellen Sinne darstellt, sondern eine besondere Form der Zusammenarbeit von Erzeugern und Verbrauchern ist. Insgesamt sieht Katharina Kraiß die Voraussetzungen für eine weitere Ausbreitung des CSA-Konzeptes in Deutschland gegeben. Eine Prognose, wie stark die Zahl der konkret umgesetzten Projekte in den nächsten Jahren steigen wird, kann auf der Grundlage der Bachelorarbeit nicht gegeben werden.●

Katharina Kraiß: Community Supported Agriculture (CSA) in Deutschland, Bachelorarbeit an der Universität Kassel, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, Wintersemester 2007/2008. Kontakt: Ermschwerderstr. 56, 37213 Witzenhausen; 05542 503905; K.Kraiss@web.de

Handbuch Direkter Aktionen

Dieser Reader der weltweit agierenden antikapitalistischen Bewegungen hat es in sich: vielfältig und widersprüchlich wie diese selbst gibt er zu denken, zu erinnern, zu verstehen und zu hinterfragen. Die Texte und Bilder kommen von innen – das macht sie authentisch. Sie kommen aus unterschiedlichen »Ecken« (sowohl geografisch als ideologisch) – das macht sie je nach Standpunkt der Lesenden interessant, zustimmungsfähig, wunderlich oder auch schwer verdaulich.

Der kleinste gemeinsame Nenner all der Geschichten aus Graswurzelbewegungen von 1994 bis 2003 ist der Widerstand gegen neoliberale Unzumutbarkeiten. Gelegentlich sind aber auch schon gewisse Alternativen sichtbar, getreu dem Motto: »Wir sagen nein, indem wir unsere Jas gestalten.« Gesammelt wurde dies alles von einem angelsächsischen Redaktionskollektiv (vier Männern und zwei Frauen), dem Selbstorganisation viel bedeutet. Gewidmet ist das Buch den AktivistInnen, die überall tätig sind und nichts für ihre Mühen bekommen »abgesehen von dem süßen Wissen, dass sie zur richtigen Zeit am richtigen Ort der Geschichte waren und das Richtige getan haben«.

Was das jeweils Richtige ist, wird innerhalb und zwischen den beteiligten Bewegungen wohl weiterhin umstritten sein. Aber wichtiger als solches Streiten ist ihnen das Agieren und Agieren-lassen. Die Aktionsbeispiele reichen von zapatistischen Aufständen in Mexico, die den Ausgangspunkt bilden, über Street Reclaiming in England, Landlosen-Aktionen in Brasilien, Global Action Days von Seattle bis Genua und Prag, dem Kapern der »Nike«-Homepage, Guerilla-Gärtnerei in New York und autonome Protestdörfer in Thailand (»Der Staat hat hier keinen Zutritt«) bis zu selbstverwalteten Kooperativen in Argentinien und Nachbarschaftsinitiativen in Südafrika.

Parallel zu den Geschichten und Berichten läuft als Textband eine Chronik der Ereignisse durch die Seiten. Schade, dass oft unklar bleibt, welche Konsequenzen die aufgeführten Aktionen hatten – oder auch nicht. Und mensch verliert leicht den zeitlichen Überblick, weil die jeweiligen Jahreszahlen zwar irgendwo genannt sind, doch das Zurückblättern kann sich hinziehen – das Inhaltsverzeichnis hilft dabei jedenfalls nicht. Doch abgesehen von derlei zu Bemeckerndem: das Buch ist eine Fundgrube nicht nur an Ideen, Überlegungen und Praxis-Tipps, es ist auch dank der vielen Fotos eine spannende Augenweide. Auch jede Menge ansprechende Zitate lassen sich finden.

Schade ist es, dass die Erfolge der Widerständigen oft nur beiläufig erwähnt und gleichfalls nicht leicht auffindbar sind. Dabei ist doch so ein Sieg wie der von Earth First!-AktivistInnen im Januar 1999, als fünf alte Wälder nach zwölf Jahren Kampagne durch ein 50 Jahre gültiges Rodungsverbot geschützt wurden, ganz großartig. Die eine oder andere Siegesmeldung in den Textbeiträgen kommt hingegen ziemlich pathetisch daher und lässt eher an Pyrrhus denken (der, der den Sieg mit allzu viel Verlust bezahlte). So wenn es über den Tod des italienischen Aktivisten Carlo Giuliani in Genua heißt: »Jetzt müssen sie uns umbringen, weil wir mittlerweile wirklich eine Bedrohung ihrer Macht sind. Carlo wurde ermordet. Wir alle sind Carlo.« Carlo wird in dem eher wie eine triumphale Schlachtbeschreibung wirkenden Text auch noch als »tapfer und furchtlos« dargestellt – peinlich, oder? Auch eine gelegentliche Volksseligkeit irritiert: »Die Völker dieser Erde sind das einzige Mittel die Demokratie auf der Erde durchzusetzen«. Aha!

Kein Zweifel: Solidarität ist wichtig. Aber muss sie so identitär daherkommen wie in einigen Texten des Readers? Das vielfach beschworene Wir-Gefühl macht skeptisch, ob es auf längere Sicht den sehr unterschiedlichen und oft vagen Erwartungen (»...dass dort etwas Besseres sein muss« oder eine »anständigere Welt« zum Beispiel und natürlich immer wieder die »andere Welt«, die möglich ist) standhalten kann. Der resümierende Text der »Notes of Nowhere« benennt solche Gefahren und reflektiert sie – etwa in der Warnung, dass wir aufpassen müssen, nicht dem zu gleichen, was wir bekämpfen.

Unterschiede zeigen sich vor allem auch in den Beiträgen aus der »ersten« und der »dritten« Welt. Letztere sind häufig konkreter und auf lebenspraktische Alternativen ausgerichtet wie Bauerninitiativen in Indien und Nachbarschaftsgruppen in Südafrika, über die Ashwin Desai sagt: »Politische Ideologien abzulegen ist eine große Sache, doch ein Teil aus seiner Identität herauszuschneiden, der von der Mitgliedschaft in einer bestimmten Clique oder einem Glaubensbekenntnis abhängig ist, ist noch schlimmer. In dieser neuen Bewegung gibt es das Bedürfnis, sich davon und von Wahlpolitik zu lösen.«●

Ariane Dettloff

Notes from Nowhere: »wir sind überall. weltweit. unwiderstehlich. antikapitalistisch« Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenburg, Hamburg 2007, 550 Seiten, 19,90 EUR

»Break on through to the other side«

In diesem reichhaltig und größtenteils vierfarbig illustrierten Buch geht es um die Orte und Räume, in denen vorrangig jugendliche AkteurInnen Rockmusik als Leitmedium ihres Habitus ausleben konnten. Rock ist Mitte der 1960er Jahre noch ein halbwegs dissidentes Mittel, und die ersten Beatschuppen sind zweckentfremdete Tanzsäle in Landgaststätten, die temporär für einen Nachmittag (die Konzerte beginnen oft schon um 16 und enden um 21 Uhr) oder dann auf Dauer umgenutzt werden. Einige, wie etwa das 1977 geschlossene »Scala« sind nur 200 Quadratmeter groß.

Sie heißen »Voom Voom«, »Etzhorner Krug«, »Ede Wolf« oder »Fizz Oblion« und sind in ganz Nordwestdeutschland bekannt. Dahinter verbergen sich die ersten Diskotheken, die sich teilweise aus den Beatschuppen heraus entwickeln, in denen in der Regel aber noch zu Livemusik getanzt worden war. Von Diskotheken, dem Gegenstand dieses Begleitbandes, spricht man ab Anfang der 1970er Jahre, vorher waren Live-Auftritte von Beatbands die Regel, die nur Cover-Versionen aus der aktuellen Hitliste (nach-)spielten, oft ohne den Text wirklich zu kennen.

Die einzelnen, insgesamt 14 Beiträge erzählen nun die Geschichte einzelner Städte und Regionen (Wilhelmshaven, Oldenburg, oder einzelner Einrichtungen nach, vor allem die Stätten, die einer »progressiven Diskotheken-Szene« zuordenbar wären, werden in den Blick genommen. Die Autoren sind in der Regel Zeitzeugen, die sich auch in etlichen der von ihnen beschriebenen Einrichtungen aufgehalten haben. Sie und die anderen BesucherInnen von Tanzlokalen oder auch Beatkonzerten waren damals AnhängerInnen einer zusehends massenmedial bearbeiteten Minderheit. Der Beat und Rock kam vor allem über das Radio der britischen Streitkräfte in die kulturelle Diaspora, später kam das Fernsehen hinzu und die Diskjockeys, die die besten Kontakte zu den in Holland oder Hamburg ansässigen Importeuren von Platten hatten, besaßen einen Vorteil. Weitere Beiträge behandeln das Verhältnis von Jazz- und Rockfans in den 1950er Jahren in Oldenburg oder die Entwicklung in der Medien- und Lichttechnik und deren Auswirkungen auf die Diskotheken.

Das Buch lebt von seinem Nostalgiefaktor, der von seinen popsozialisierten LeserInnen wohl sehr gerne angenommen wird, es enthält eine Unmenge an Daten, sein analytischer Gehalt ist aber überschaubar und entspricht dem eines Ausstellungskataloges. Die Inhaber der Diskotheken werden zum Beispiel zwar namentlich genannt, bleiben aber seltsam blass. Wer waren sie? Hatten sie eine politische oder kulturelle Mission, wie es bei der Beschreibung einiger, vor allem von Meta Rogall, der Gründerin von *Metas Musikschuppen* in Norddeich anklingt, oder waren sie vor allem toughe Geschäftsleute mit dem richtigen Riecher? Oder beides? Waren diese Orte wirklich solche der kulturellen Dissidenz oder vor allem solche der subkulturellen Vergesellschaftung?

Schmerenbeck ist ein wichtiger Beitrag zur Erstellung einer popmusikalischen Topographie Nordwestdeutschlands gelungen, wie ja Pop- und Jugendkulturen im Herbst 2007 im Vorklapp zu »40 Jahren 1968« in der nordwestdeutschen Ausstellungslandschaft öfter vertreten waren: Im Oldenburger Landesmuseum gab es eine große Ausstellung mit Fotos des mittlerweile 66-jährigen Günter Zint samt dazugehöriger Publikation, und in Bremen-Vegesack die kleine Ausstellung: Wilde Zeiten – Musik, Lebensgefühl, Zeitgeschichte.●

Bernd Hüttner

»Break on through to the other side«. Tanzschuppen, Musikclubs und Diskotheken in Weser-Ems. Katalog zur Sonderausstellung im Schlossmuseum Jever vom 1.9. 2007 bis 27.4. 2008. Hg. von Peter Schmerenbeck. Oldenburg, Isensee Verlag, 2007 (Kataloge und Schriften des Schlossmuseums Jever. H. 27), 19,80 EUR

Gewissen für die Gesäßtasche

In Deutschland werden jährlich 111 Millionen Tonnen Erdöl, 100 Milliarden Kubikmeter Erdgas und 245 Millionen Tonnen Kohle verbraucht. Dies verursacht Treibhausgase, die massiv das Erdklima beeinflussen. Die Folge sind zunehmende Überflutungen, Stürme und Dürren.

In den letzten 15 Jahren stieg der Ausstoß dieser Treibhausgase weltweit um über 25 Prozent. Verantwortlich für diese Entwicklung sind die Industriestaaten und das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern wie Indien und China. Derzeit beträgt der jährliche Pro-Kopf-Ausstoß des Treibhausgases CO_2 in Indien rund eine Tonne und in China rund drei Tonnen. Die Bundesrepublik und die USA gehören zu den zehn Ländern mit dem größten Gesamtausstoß. In Deutschland entfallen auf jeden Bundesbürger jährlich elf Tonnen CO_2 und auf jeden US-Amerikaner kommen sogar über 20 Tonnen CO_2 pro Jahr. Der ehemaliger US-Vizepräsident und aktuelle Friedensnobelpreisträger, Albert (»Al«) Gore, spricht von einem »planetaren Notfall, den wir nur noch gemeinsam lösen können«.

Zur Problemlösung möchte der CO_2-Zähler aus dem Pendo Verlag beitragen. Der CO_2-Taschenführer gibt den individuellen Umfang und den Ausstoß von Kohlendioxid (CO_2) im Alltag an und zeigt Alternativen zur Reduzierung auf. Er gibt anschauliche Beispiele zum Ernährungsverhalten, zum Umgang mit Elektrogeräten, zum Heizen, zum Reisen und zur Mobilität. Dabei kommt er nicht mit erhobenem Zeigefinger daher, sondern holt die Menschen dort ab, wo sie stehen und rät: »Ändern Sie erst einmal das, was problemlos umzusetzen ist.« Denn das Klimaengagement soll erhalten bleiben und der eigene Beitrag soll Freude bereiten.

Allgemein gilt: Die Klimabilanz eines Lebensmittels fällt schlechter aus, je mehr Verarbeitungsschritte bis zum Verkauf erfolgen. Frische Kartoffeln sind also klimafreundlicher als getrocknetes Fertigpüree.

Fliegen verursacht einen hohen CO_2-Ausstoß. Jemand, der sein Haus ein Jahr lang, rund um die Uhr festlich erleuchtet, verursacht für das Klima nur halb soviel Schaden, wie ein Urlauber mit einem Hin- und Rückflug nach Australien.

Der CO_2-Zähler erweist sich als nützliches Instrument. Er hat das Ausmaß einer Geldbörse und gehört in jede Gesäßtasche. Besonders von Menschen, die über die drohende Klimakatastrophe nicht nur lamentieren wollen, sondern tatkräftig ihren Beitrag zur Verbesserung der Klimabilanz leisten wollen. Dem Bändchen wäre zu wünschen, dass sich möglichst schnell ein US-Verleger findet, der eine amerikanische Ausgabe herausgibt.●

Kai Böhne

Pendos CO_2-Zähler. Die CO_2-Tabelle für ein klimafreundliches Leben. Die wichtigsten Zahlen, Fakten und Vergleiche zu Konsum, Strom, Heizen und Mobilität. 156 Seiten, Preis: 6,90 EUR,. Pendo Verlag, München und Zürich 2007. ISBN 978-3-86612-141-6.

Anleitung zum Zukunftsoptimismus

Das Buch »Apocalypse No!« und dieses Werk haben viel gemeinsam – vor allem das Ziel, die Weltuntergangsideologien zu widerlegen. An dieser Stelle verfolgen sie auch ein emanzipatorisches Ziel: Die Menschen sind in der Lage, eine bessere Welt zu schaffen. Beiden Büchern fehlt zudem eine Analyse von Herrschafts- und Verwertungsverhältnissen: Institutionen und profitorientierte Unternehmen sind eben nicht die Menschen. Beide forschen und handeln für ganz andere Ziel als für ein besseres Leben.

Insofern haben Horx und Lomborg auch die Ausblendungen gemeinsam. Der Unterschied aber: Lomborgs Buch bemüht sich um Präzision, Horx verbleibt auf dem Niveau, was von ihm und in den von ihm inszenierten Buchreihen schon Tradition ist: Viele Phrasen, Sprüche und allgemeine Behauptungen ohne Quellen. Beispiel gefällig? Auf S. 181 steht: »Noch nie war es auf diesem Planeten so friedlich!« Horx gibt sich keine Mühe: Weder definiert er den Begriff »friedlich« noch nennt er einen Zeitraum. »Nie« wäre wörtlich ja: Seit Entstehung des Kosmos bzw. des Planeten Erde. Wahrscheinlich meint er das aber nicht. Doch bei Phrasen ist oft nicht erkennbar, was gemeint ist. »Niemals wurden so wenig Menschen durch Kriege getötet wie in den neunziger Jahren« – na dann. Widerlegen lässt sich eine Aussage ohne Inhalt nicht.●

Jörg Bergstedt

Matthias Horx: Anleitung zum Zukunftsoptimismus. 2007, Campus in Frankfurt, 310 S., 24,90 EUR

Bewusst subjektiv

Zum Jahrestag des erfolgreichen Bürgerentscheids am 12. November 2006 in Freiburg hat die Bürgerinitiative »Wohnen ist Menschenrecht« ein Buch veröffentlicht und damit ihren Kampf gegen den Verkauf städtischer Wohnungen dokumentiert. Etwa 70 % der wahlberechtigten Freiburger Bürgerinnen und Bürger stimmten damals dafür, »dass die Stadt Freiburg Eigentümerin der Freiburger Stadtbau GmbH und der städtischen Wohnungen bleibt.« Dieses Ergebnis wäre ohne die Arbeit der Bürgerinitiative undenkbar gewesen.

Das Buch ist eine bewusst subjektive Rückschau geworden. Sie verzichtet weitgehend auf all die komplizierten Argumente für oder gegen den Wohnungsverkauf als vermeintlich letztes Mittel zur Haushaltskonsolidierung. Stattdessen kommen jene zu Wort, die den Bürgerentscheid zum Erfolg verholfen haben. »Mit unglaublichem Engagement, mit beispielloser Kreativität und einer Menge Zivilcourage«, wie Mitherausgeber Günter Rausch bilanziert. In der Tat lässt sich anhand der Beiträge nachvollziehen, wie aus dem ersten Schock, als der Oberbürgermeister seine Gedanken zu einem möglichen Wohnungsverkauf öffentlich machte, sich sofort Widerstand organisierte, in einer Bürgerinitiative bündelte und nach anfänglichen Zweifeln strategisch geschickt den Bürgerentscheid ansteuerte. Die Beiträge zeigen auch, wie persönliche Betroffenheit zum politischen Mittun motivieren kann, Quartiersarbeiterinnen schildern die Ängste vor Ort, VertreterInnen von Mieterinitiativen beschreiben die missglückten Bürgerversammlungen, eine Künstlerin erzählt, wie die Plakate entstanden sind, ein Pfarrer berichtet vom Protest in seiner Gemeinde.

Unterschiedliche Erfahrungen, Erlebnisse und Aktionen, Wut und Frust, Freude und Engagement kommen zu Wort und können durchaus als Inspiration für den Widerstand andernorts dienen.●

Peter Streiff

Klus, Rausch, Reyers (Hrsg): Wohnen ist Menschenrecht – Ein erfolgreicher Bürgerentscheid in Freiburg. AG SPAK, 2007, 175 Seiten, ISBN 978-3-930830-95-4, 10 EUR, Bezug: www.wohnen-ist-menschenrecht.de oder direkt bei AG SPAK-Bücher: spak-buecher@leibi.de

Internet, Recht und Abzocke

Das Buch sollte eigentlich in einem anderen Verlag erscheinen – aber dem war die Sache dann wohl zu heiß. In der Tat: Die Abmahner und Unterlassungserklärungsverfasser der Republik sind überall aktiv und agierten mit harten Bandagen.

Viel hilft viel – und Frechheit siegt, scheinen das Motto zu sein. Mit jeder noch so absurden Abmahnung werden gleich Anwaltsgebühren kassiert. So manche Kanzlei verdient sich ein gutes Zubrot durch wildes Briefeschreiben und Einschüchtern von Menschen, die ihnen gänzlich unbekannt sind. Die vielen geschilderten Fälle schokkieren – mit dabei sind Fernsehanstalten, Banken und viele, die als seriös gelten, weil ihre Propaganda das so suggeriert. Hinter den Kulissen läuft der Kampf um die Märkte der Aufmerksamkeit, Kauflust und Lobbyräume und wird mit spitzen Ellbogen ausgefochten. Ein Glück: Ganz schutzlos ist niemand den Abzockern ausgeliefert. Das Buch liefert nicht nur Beispiele für die widerlichen Machenschaften der Robenträger und anderen Geldschneider, sondern auch einige Tipps, sich zu wehren.

Glücklicherweise hat es inzwischen einige der dreistesten Abmahner selbst erwischt. Offenbar führt das große Geld zu Unvorsichtigkeit – und vielleicht ist Subversion auch ein gutes Mittel zum Erfolg: Die Abmahner zu Fehlern provozieren – und dann erst mal abmahnen.●

Jörg Bergstedt

Wolf-Dieter Roth: Internet, Recht und Abzocke. 2007, Rainer Bloch Verlag in Weinheim, 250 Seiten

Moderne Erziehung zur Hörigkeit?

Esoterik hat sich etabliert, die warnenden Töne, die mit ihrem Siegeszug durch unsere Gesellschaft verbunden waren, sind weitgehend verstummt. Die diesbezügliche kritische Literatur ist alles andere als brandaktuell, oft bereits vergriffen. Die Probleme, die manche Angebote auf dem Esoterik- und Psychomarkt immer noch bereiten, sind aber nicht aus der Welt; Probleme, die den einzelnen Konsumenten, aber auch die demokratische Gesellschaft betreffen.

Es ist angesichts dieser Tatsache mehr als erfreulich, dass endlich wieder ein umfassendes kritisches wissenschaftliches Werk zum Thema erschienen ist. Genauer formuliert: Die umfassendste kritische Studie zum Psychomarkt und zur modernen abendländischen Esoterik, die es – soweit es mir bekannt ist – im deutschen Sprachraum gibt!

Die voluminösen Bände gliedern sich:

Band 1: Der Tradierungsgrundbestand und seine Ausgestaltung in den wichtigsten Pilotprojekten der New-Age-Bewegung und auf dem Psychomarkt

Band 2: Die evolutionäre Psychologieentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg und ihre Bedeutung für die New-Age- und New-Era-Bewegung

Band 3: Ein gestalttherapeutischer Beitrag für eine ideologiekritische Psycho- und Soziotherapieforschung im Mehrgenerationenfeld. Methoden und Ergebnisse.

Nun ist das Werk in seiner Gesamtheit bedeutend. Für mich am wichtigsten ist die kritische Aufarbeitung von Methoden und Trends in Psychologie und Psychotherapie, wo ja vor Jahren bereits der große Rechtsruck und Verdummungsdruck stattgefunden hat. Daekes Plädoyer für eine Erneuerung der Psychoanalyse und -therapie unter ideologie- und gesellschaftskritischen Aspekten – und das betrifft besonders die esoterischen bzw. spirituellen Spielarten, die unser Eso-Supermarkt anbietet – kann nicht genug betont und befürwortet werden. Denn die »Psychologie der Verführung«, mit der der NS punktete, feiert bei etlichen Zweigen vordergründig apolitischer Eso-Therapien fröhliche Auferstehung. Die Studie, schreibt Daeke, »erschließt hierfür die Psycho- und Soziodynamiken des Totalitären, ihre narzisstischen Verführungs-, Vereinnahmungs- und Verwertungsstrukturen und die darin eingehende Instrumentalisierung verschiedener Abwehrformen und Entwicklungsstörungen«.

Natürlich keine leichte Kost, wie es wissenschaftliche Werke nun einmal so an sich haben. Aber wer sich intensiv mit der Thematik befassen möchte, bereit ist, auch die dafür nötige Zeit aufzubringen, dem seien diese drei Bände, die zugleich zu den wichtigsten zeitgenössischen antifaschistischen Studien zählen, wärmstens empfohlen. Es wäre erfreulich, wenn sich StudentInnen davon angeregt fühlen, mit eigenständigen kritischen Forschungsarbeiten den Eso- und Spirittherapienboom unter die Lupe zu nehmen.

Daeke ist Soziologin, Gestalt- und Bewegungstherapeutin und arbeitet seit langen Jahren mit Geschädigten aus so genannten Sekten (u.a. Scientology) und aus dem Esoterik-Supermarkt sowie mit Familien mit traumatischen NS-Ideologienachwirkungen.●

Roman Schweidlenka

Karin Daeke: Moderne Erziehung zur Hörigkeit? Die Tradierung strukturell-faschistischer Phänomene in der evolutionären Psychologieentwicklung und auf dem spirituellen Psychomarkt, 3 Bände, Neuendettelsau 2006 / 07, Verlag Edition Psychotherapie und Zeitgeschichte, insgesamt 1834 Seiten, Preis für alle 3 Bände 125 EUR. Erhältlich im Buchhandel oder bei tradierungsstudie@verlag-epz.de

Anzeige

PROJEKTE

Das Kommunespiel:
Für Gruppen und interessierte Leute spiele ich mit Euch das Kommunespiel:
»Wir gründen eine Kommune!«.
Unterkunft bei uns im Seminar- und Ferienhaus. Jeweils von Freitagabend bis Sonntagmittag. Kostenbeitrag: 70 Euro / Person.
Informationsmaterial bitte anfordern.
Uwe, von der Kommune Olgashof, Seminar- und Ferienhaus Olgashof, D-23966 Olgashof, Haus 1
☎(0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38

3er wohnprojekt, berlin-wedding sucht ab **1.3. 2 mitbewohner**, 280 EUR miete inkl. ökostrom, tel. + internet, lpg-beitrag, gemeinschaftsraum, 2 schlafräume, NR
☎(0 30) 45 02 29 61, (01 52) 0207 33 14

Dreiseitenhof in ruhiger Lage Nähe Gelting/Ostsee, 200/9.105qm mit Teich und Obstwiese. Ökol. teilsan. Viele Nebengebäude, ideal für Wohnen/Arb. **Verkauf** von privat, VHB 220.000 oder **Übergabe an Projekt**
☎(0 46 37) 96 37 34

PROJEKTSUCHE

Imker + Dipl.-Biol. (44j.) mit eig. Bio-Imkerei im Aufbau (z.Zt. 35 Völker) m. Interesse an ökol. Landwirt. / Umweltbild. / Naturschutz (Artenkenntn.: Pfl. + Tiere, Vogelsti.) sucht in ländl. Umg. **ein Lebens- & Arbeitsprojekt:** Erzg.-Verbr-Gemein. / nichtkommerz. Proj., Genossensch., Kommune; gemeinsch. erprobt, bin ungebunden.
Info's bitte gern:
Bunte_Imkerei@yahoo.de
☎(01 76) 29 49 49 36

GWR 325, 1/08. Aus dem Inhalt: Flüchtlinge in Griechenland: zurückgewiesen, misshandelt, rechtlos ; Die Auferstehung des Evil Empire: Russland nach der Wahl ; Emissionshandel & kapitalistische Klimapolitik; Streiks in Frankreich ...

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Jetzt bestellen!
Ja, ich bestelle von der Broschüre zur XIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2008 inklusive DVD zum Preis von 7,60 € (zzgl. 1,50 € Versandkosten)

Exemplare
Gesamtsumme: Euro
Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag einmalig von meinem Konto abzubuchen (Einzug erfolgt erst nach Auslieferung):
Name
Geldinstitut
Vorname
Bankleitzahl
Straße
Konto-Nr.
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift
Unterschrift
Coupon einsenden an Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-44

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@t-online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax **(06 21) 30 38 13, E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎ (0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de / **Selbstorganisation im Alltag: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎ (07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.
V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@t-online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 4.-6.4.2008

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 28.-30.3.2008

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie;
- Entscheidungsfindung im Konsens;
- gemeinsame Verantwortung füreinander;
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 5.-9.5.2008
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

BUKO

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik
ProtagonistInnen der Entwicklungshilfe sehen sich gern in einer Samariter-Identität. In diesem Seminar soll herausgearbeitet werden, dass bereits der Begriff der »Entwicklung« eine tragende Säule zur Legitimation der Herrschaft des Nordens über den Süden bildet. Diese These soll anhand der deutschen Entwicklungspolitik in Lateinamerika konkretisiert werden. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für einen politischen Internationalismus?
Als Referent ist Dr. Aram Ziai geladen, Soziologe und Politikwissenschaftler an der RWTH Aachen und Autor mehrerer Bücher zum Diskurs über Entwicklung. Zudem wird es ein Inputreferat zur strategischen Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika geben.
Veranstalter:
BUKO, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Ökumenisches Büro München
Termin: 28.-30.3.2008
Ort: Burg Schwaneck in Pullach bei München
Anmeldung bis zum **14.3.:**
mail@buko.info
Infos: Ökumenisches Büro München
nica@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de/aktuelles/2008seminarentwicklungspolitik.html

Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt
Videoüberwachung öffentlicher Räume, Verdrängung marginalisierter Gruppen aus den Innenstadtzentren, Privatisierung städtischer Infrastrukturen oder des sozialen Wohnungsbaus – das alles (und mehr) ist als Kennzeichen einer neoliberalen Stadtpolitik weithin bekannt.
Für neu in das Thema Einsteigende gibt der Workshop zunächst in »Crashkursen« einen Überblick über die neoliberale Urbanisierung. Diskutiert wird dann mit stadtpolitisch interessierten AktivistInnen, kritischen StadtforscherInnen und allen, die es sonst interessiert, vor welche neuen Herausforderungen dies städtische soziale Bewegungen stellt. Anhand von Bewegungsbeispielen werden typische Probleme und Konfliktkonstellationen städtischer Initiativen und Kampagnen seit den 80er Jahren erörtert und Bedingungen für erfolgreichen Protest und Stadtpolitik »von unten« diskutiert.
Einerseits ist die Präsenz progressiver Bewegungen nach dem Ende der Mobilisierungswelle in den 1980er Jahren insgesamt gering. Durch Privatisierung und Deregulierung sind städtische AktivistInnen mit immer mächtigeren AkteurInnen beispielsweise auf dem Immobilienmarkt konfrontiert (z.B. REITS).
Die aktuelle Stadtentwicklungspolitik versucht verstärkt alternative Initiativen zu vereinnahmen (etwa in Form der Unterstützung von »Zwischennutzungen«). Alternative Projekte laufen Gefahr, als »Pioniere« die Gentrifizierung der Stadtteile, in denen sie aktiv sind, vorzutreiben. Andererseits regt sich ein kreativer Protest gegen die »hässliche Stadtumstrukturierung«. Neue Aktionsformen wie Imagebeschmutzung oder Radioballett werden erprobt. Die globalisierungskritische Bewegung entdeckt zunehmend die lokale Ebene.
Der Workshop fragt daher: Wie kann unter den Bedingungen neoliberaler Stadtumstrukturierung (noch & wieder) erfolgreich und mit Spaß linke Politik gemacht werden? Bieten die neuen Bedingungen möglicherweise auch neue Ansatzpunkte? Was können wir aus den Fehlern und Erfahrungen vergangener Bewegungen und von internationalen Beispielen lernen?
Termin: 11.-13.4.2008
Ort: Berlin, SFE im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 2.HH
Kontakt:
jenny.kuenkel@metropolitanstudies.de
Info: **www.buko.info**

MEDIEN

5. Akademie für linke MedienmacherInnen
Mehr als 40 verschiedene Veranstaltungen bietet die 5. Akademie für linke Medienmacher/innen Anfang März in Berlin. Sie findet erstmals im Tagungszentrum am Franz-Mehring-Platz 1 statt – verkehrsgünstig am Berliner Ostbahnhof gelegen. »Wir haben hier mit dem großen Münzenberg-Saal sowie sieben modernen Seminarräumen optimale Arbeitsbedingungen«, freut sich der Akademie-Initiator Christoph Nitz.
In den vergangenen Jahren entwickelte sich die Akademie aus Kursen für Zeitungsprojekte der Linkspartei und ihrem Umfeld. Die vierte Auflage im Frühjahr 2007 bot knapp 20 Veranstaltungen und konnte 100 TeilnehmerInnen begrüßen. Die Akademie für MedienmacherInnen wird 2008 um einen Tag erweitert und offeriert mehr als 40 Veranstaltungen: Fachvorträge, Workshops, Intensiv-Kurse, Exkursionen und genügend Möglichkeit für abendliches Networking. Kurse in den Bereichen Neue Medien; PR- und Öffentlichkeitsarbeit; Journalistische Genres und Praxis; Bildbearbeitung, Layout und Illustration sowie Wissensmanagement und Recherchemöglichkeiten werden angeboten.
»Neben dem fachlichen Input schätzen die TeilnehmerInnen auch die Möglichkeit zum abendlichen Networking« ergänzt Christoph Nitz. Die Akademien hätten sich zu einem »jährlichen Gipfeltreffen für linke Medienmacher/innen« entwickelt. Die Kursangebote werden in drei Schwierigkeitsstufen gegliedert:
Starter, Fortgeschrittene und Experten.
Die Akademie bietet so maßgeschneidert Weiterbildung sowohl für Menschen, die ein Internetangebot oder ein Printprojekt auf den Weg bringen wollen als auch für »alte Hasen«, die seit Jahren in der kritischen Medienarbeit tätig sind. Das komplette Programmheft ist erschienen. Im Internet kann man und frau sich unter www.linke-medienakademie.de über die Angebote der Akademie informieren und anmelden.
Termin: 6. bis 9. März 2008
Ein Projekt der
Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Ort: Tagungszentrum,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Kostenbeiträge: 25 Euro (ermäßigt), 50 Euro (Normalbeitrag) und 100 Euro (Förderbeitrag)

Layout-Werkstatt
Nicht nur der Inhalt muss stimmen, die Form trägt wesentlich dazu bei, wie Informationen wahrgenommen werden. Geben Sie Ihren Texten ein Gesicht!
Im ersten Teil des Workshops werden Grundlagen vermittelt. Eine Einführung in die Werkzeuge, die in Layoutprogrammen zur Verfügung stehen, werden anhand von Indesign (Kostenpflichtiges Adobe-Programm für die professionelle Anwendung) oder auch Scribus (Open-Source-Programm für den kostenfreien Privatgebrauch) vorgestellt.
Im zweiten Teil können Sie beginnen, das Gelernte umzusetzen. Wir werden experimentieren, Tipps geben und gemeinsam ein Erscheinungsbild für die von Ihnen mitgebrachten Ideen und Projekte entwickeln. Wie lassen sich Texte und Bilder kombinieren, das Layout ein- und mehrseitiger Dokumente festlegen? Welche Schriften eignen sich für was? Wo können Farben wirkungsvoll eingesetzt werden? Sie lernen etwas über Satzspiegel, Farbmanagement, Typografie und die Wirkung der verschiedenen Elemente im Zusammenspiel.
Nächster Kurs für InDesign:
8.-10. März 2008
Nächster Kurs für Scribus:
18.-20. April 2008
Information & Anmeldung:
AG SPAK, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg
☎/Fax (0 83 82) 8 90 56
www.agspak.de

Bildbearbeitung mit Photoshop
Mit Photoshop von Adobe können Sie Bilder professionell scannen und bearbeiten – für Druckwerke wie fürs Internet. Photoshop bietet hervorragende Möglichkeiten zur Retusche und Bildbearbeitung. Weitere Stichpunkte: Dateiformate, Im- und Export, Systemkalibrierung, Ebenen, Filter, Kanäle, Pfade, Masken und Farbbehandlung.
Termin: 4.-6.4.2008, München
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Arnulfstr. 111-113, 80634 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
www.journalistenakademie.de

JUNGE LINKE

We don't need no education!
Warum die Rede von den schönsten Jahren des Lebens eine gewaltige Lüge ist. Seminar zur Kritik der Schule
Früh morgens aufstehen – Angebrüllt werden oder verständnisvolle LehrerInnen ertragen – Klausuren und Noten – Auswendiglernen – Sich auf Kommando sportlich betätigen – »Pubertär« oder »engagiert« genannt werden – Aufsätze über blödsinnige Fragestellungen schreiben – Ex-Linke LehrerInnen – Bleierne Langeweile – Auf Konstruktivität verpflichtet werden – Lehrplanwissen. Und dann sind da auch noch die MitschülerInnen, die all ihre Kreativität ausspielen, um dem ganzen Horror des Schulalltags noch die besondere Note zu geben.
Im Rückblick auf die Schulzeit werden diese Erfahrungen oftmals verkitscht. Nicht nur der Film »Feuerzangenbowle« weiß um die Schönheit des Schülerlebens, noch der autoritärste Lehrer und das harschste Gewalterlebnis wird als Meilenstein des früheren Glücks verklärt. Andere widersprechen bei einigen Punkten jedoch deutlich: Auswendiglernen, Frontalunterricht und autoritäre Lehrende sollten durch Erziehung zur Mündigkeit ersetzt werden. Manch einer fordert den kreativen Unterricht. Erziehung zur Freiheit soll es sein, und dafür braucht es LehrerInnen, die zwar all die Gepflogenheiten wie Noten und Examen nicht kritisieren sondern exekutieren, aber doch gleichzeitig gegen die konservativen LehrerInnen aufbegehren und den Liberalen raushängen lassen. Wir wollen diskutieren, inwiefern sich diese beiden Konzeptionen von Pädagogik – verständnisvoll oder autoritär – möglicherweise doch nicht so sehr unterscheiden. Vielleicht schauen wir dazu auch noch Filme wie »Club der Toten Dichter« oder die 90er-Jahre-Serie »Unser Lehrer Dr. Specht«, die das veranschaulichen.
Doch dieses Schulsystem leistet sich auch Kritikerschulen. Neben den in anderer Weise autoritären Waldorf-Schulen haben sich auch grundlegendere KritikerInnen an einer »neuen Schule« versucht, die aber im Gegensatz zur Waldorf-Pädagogik von den staatlichen Bildungswächtern eher mit Misstrauen betrachtet wurden und werden. Schluss mit dem »Notenterror« hatten sich diese KritikerInnen vor allem in den 60er und 70er Jahren auf die Fahnen geschrieben und ließen selbst die Anwesenheitspflicht beim Unterricht ruhen. Doch warum gebärdet sich ihre Verteidigung (von Summerhill bis Glocksee, von A.S. Neill bis Celestin Freinet) immer gleich als großes Dementi einer grundlegenden Schulkritik?
Das scheint kein Zufall zu sein. Wir wollen uns zusammen die Gründe näher anschauen, die diese Schulen scheitern ließen. Das führt zu der Frage, warum all die unschönen Dinge so notwendig auftauchen. Hierfür wollen wir uns gemeinsam in der Diskussion und anhand von Texten und Lehrplänen schlussendlich darüber klar werden, welchen Zweck in der aktuellen Gesellschaft die Schule besitzt und wie das mit der grundlegenden Verfasstheit dieser Gesellschaft und deren Bedarf nach ausgebildeten StaatsbürgerInnen zusammenhängt. Und nicht erst seit der PISA-Studie verstärkt sich der Druck auf die SchülerInnen und StudentInnen durch Budgetkürzungen, Schulvergleiche und Studiengebühren. Werden nun Räume ökonomisiert, die es vorher nicht waren? Wird Bildung eine Ware? Und hat das alles was mit dem oft gehörten Wort Neoliberalismus zu tun? Über all das wollen wir mit Euch diskutieren.
Termin: 15.-16.2.2008, Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
hannover@junge-linke.de
www.junge-linke.de

FUNDRAISING

»Es ist genug für alle da!«
Erfolgreiches Fundraising für Initiativen und Projekte
Die öffentlichen Mittel fließen immer spärlicher oder gar nicht mehr. Wer ein Projekt oder eine Veranstaltung organisieren will, ist auf Fundraising angewiesen. Die Akquise von Geldern und Ressourcen gestaltet sich jedoch äußerst schwierig, da es zum einen viel Konkurrenz gibt, zum anderen der Dschungel der verschiedenen Fördermöglichkeiten undurchdringbar scheint.
Mit der Fortbildung wollen wir die Möglichkeiten des Fundraisings für Initiativen und Projekte aufzeigen. Neben einer Einführung in die Recherche nach Spenden und Fördermöglichkeiten werden wir in die korrekte Antragstellung bei Stiftungen einführen und darstellen, wie man einen realistischen Finanzplan entwickelt. Die TeilnehmerInnen haben die Gelegenheit, individuell auf ihre Initiative und ihr Projekt zugeschnitten eine Fundraisingstrategie zu erarbeiten.
ReferentIn: Claudia Leitsch
Termin: 22.02.-23.02.2008
Ort: Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg
Um Anmeldung wird gebeten bis zum **15.02.2008** bei
ClaudiaLeitsch@web.de oder
☎(01 63) 196 06 23

BERLIN

Strike Bike
Eine erfolgreiche anarchosyndikalistische Kampagne
Vortrag und Diskussion
Als im Sommer 2007 zum Erstaunen nicht weniger in Nordhausen von den kündigungsbedrohten BeschäftigtenBeschäftigten die Fahrradfabrik besetzt wurde, zeigte sich bald die völlige Unfähigkeit der etablierten Gewerkschaften mit der Situation umzugehen. Statt Unterstützung wurden die Streikenden stehen gelassen wie Sauerbier. In dieser Situation ergriff die kleine anarchosyndikalistische Gewerkschaft F.A.U. / I.A.A. die Initiative und überzeugte die BesetzerInnen davon, die Produktion testweise auf eigene Rechnung fortzusetzen. In kurzer Zeit wurde durch eine internationale Solidaritätsbewegung ein Bestellvolumen von 1.800 knallroten »Strike-Bikes« realisiert, das eine Woche Produktion mit gesichertem Absatz ermöglichte. Nach Abschluss der Aktion hätten noch weiter Räder produziert werden können, so viel Bestellungen liefen ein. Die Lage ließ aber keine Weiterproduktion zu, waren doch im regulären Betrieb täglich 1.000 Räder gefertigt worden. Aber ein Teil der ArbeiterInnen hat aus der Strike-Bike-Aktion gelernt, so dass es möglich ist, auch selbst und eigenverantwortlich etwas auf die Beine zu stellen. Das Gelände ist inzwischen verlassen, aber es gibt Überlegungen in einer Gruppe ehemaliger Beschäftigter, ob nicht doch was geht ...
Termin: 20.2.2008, 19 Uhr, A-Laden im Exil (ALEx) im BAIZ

Anarchistische Gruppen in Berlin seit 1945
Vortrag und Diskussion – Zweiter Teil: ab 1980
Die 1980er Jahre waren – nicht nur in Berlin – geprägt von der aktionsfreudigen europäischen HausbesetzerInnenbewegung und den mit ihr verknüpften anderen sog. Neuen Sozialen Bewegungen wie »Startbahn West« Ffm., WAA Wakkersdorf, Anti-Nachrüstung u.v.a.m..
Anarchistische Gruppen und Ideen fassten erstmals breiter in der Gesellschaft Fuß, weil sich AnarchistInnen ohne Führungsanspruch im ganzen Spektrum des Widerstands gegen staatliche und kapitalistische Zyne und Willkürherrschaft engagierten und den Widerstand libertär mitentwickelten. Ein anderer, dezentraler Stil der Politik wurde in breiten Kreisen nicht nur der Jugend konsensfähig.
Als Ableger des Anarchismus (sowie in einer Nebenlinie inspiriert von der ital. Autonomia Operaia) und der 68er Antiautoritären entstand die eher unspezifische autonome Bewegung. In diesem Spannungsfeld agierte eine aufstrebende anarchistische Szene in Berlin, die sich 1989 mit relevanten Teilen der DDR-Opposition zusammenklinkte. Radikal, Der Blues, Libertäres Forum, Rhizom-Kollektiv, TUWAT, AStI & A-Laden, Café Untergrund, Café El Locco, Kubat-Dreieck, Umweltbibliothek, Schwarze Tage, Libertärer Jahrmarkt, FREIe HEIDe, Anti-Tunnel-GmbH, Mainzer Straße etc. sind nur ein paar unvollständige Stichworte die neben den anarchistischen Verlagen Berlins die libertäre Kultur markieren, die bis zur Jahrtausendwende in Berlin entstand.
R@lf G. Landmesser, seit 1980 in Bärlin, von 1983-2000 Herausgeber des »Schwarzroten KALENDA« erzählt zusammen mit ZeitzeugInnen aus dem Nähkästchen und diskutiert mit Euch wo's lang geht.
Termin: 27.2.2008, 19 Uhr, A-Laden im Exil (ALEx) im BAIZ
Freie Kultur Aktion & ALEx
Alle ALEx-Veranstaltungen in der Kulturschankwirtschaft BAIZ (Ecke Tor/Christinenstr., Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)
www.baiz.info

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg